Nr. 241. 30. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Schlieben.

Schlieben? Wer ist das? Was soll es mit dem Manne? Schlieben ist den weiten Massen des deutschen Volkes unbekannt! Ganz gewiß, aber da sich von heute auf gestern der einfache Dr. Schlieben in einen Fall Schlieben verwandelt hat, lohnt es schon, sich einmal damit zu beschäftigen. Dr. Schlieben war nämlich bis vor wenigen Tagen Berufskonsul des Deutschen Reichs in Belgrad, und zum Fall Schlieben ist er dadurch geworden, daß er von seinem Posten dieser Tage abberufen wurde, und zwar, wie man munkelt, nicht aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, sondern weil man ihn dem österreichischen Ministerium des Auswärtigen opfern mußte, dem Dr. Schlieben mit seiner serbenfreundlichen Haltung seit langem höchlich mißfiel. Eben wegen dieser serbenfreundlichen Stellung soll Dr. Schlieben sich auch bei weitem nicht in der Gunst des deutschen Gesandten in Belgrad, des Freiherrn v. Griesinger, gesonnt haben, sondern zu verschiedenen Malen mit ihm hart aneinander geraten sein.

Der Fall Schlieben hat nun ganz gewiß eine prinzipielle Bedeutung, insofern er von einem Stück Klassenkampf zwischen Junkertum und Bourgeoisie auf dem Felde der auswärtigen Politik den Vorhangzipfel lüftet. Die Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger, die in dem preußischen Deutschland, von einzelnen ausgefallenen Posten in halbwilden Ländern abgesehen, nur aus den Kreisen des blauen Blutes ihren Ersatz beziehen, sind eigentlich mehr noch Vertreter der Höfe als Vertreter der Regierungen und bringen das auch in dem ganzen höfischen Zeremoniell ihres Auftretens zum Ausdruck. Sie vertreten Wilhelm II. bei Georg VII. oder Nikolaus II., und damit basta! Um ein solches Amt unbefangen ausüben zu können, sind positive Kenntnisse eigentlich vom Uebel. Daher wissen die Herren Botschafter zweifellos in allen Hof- und Klatschgeschichten intimen Bescheid und können die Prinzessinnen des Hofes, bei dem sie beglaubigt sind, bis in die dritte und vierte Linie hinein an den Fingern herzählen, und im Schlaf finden sie im „kleinen Gotha" die Stelle, die sie haben wollen, aber die Ausfuhr- und Einfuhrziffern des Landes, in dem sie hausen, die industriellen Verhältnisse, die Lage der arbeitenden Bevölkerung — keine Spur und keine Ahnung! Wo kämen wir hin, wollten unsere Hochgeborenen mit solchem Ballast ihre Köpfe belasten! Und so ist auch der junge Nachwuchs unserer Diplomatie in allen Künsten und Listen des Kavaliers wohl bewandert, erfährt in Tokio und Rio de Janeiro den neuesten Pariser Hosenschnitt früher als die Elegants von Berlin W, stellt Meister im Tennis-, Polo- und Golfspiel und hat sich sogar durch das Hin und Her auf dem Erdball eine gewisse Weltläufigkeit erworben, ganz verschieden von der steifen Verknöcherung der Geschlechtsvettern, die jahraus, jahrein auf dem Kasernenhof in Forbach oder Insterburg Stechschritt üben lassen, aber nationalökonomische Kenntnisse bei diesen alten Herren der Bonner Borussen und Reserveleutnants der Pasewalker Kürassiere — keine Spur und keine Ahnung!

Anders die Konsuln! Wenn Lothar Bucher schon die Gesandten für überflüssig erklärte und nur in den Konsuln berechtigte Mittler des Wirtschaftslebens verschiedener Völker sah, hatte er für seinen Teil ganz recht. Die Konsuln nämlich, wenn schon auch sie vom Staate angestellt sind, geben sich nicht als die Vertreter der Höfe und Regierungen, sondern als Vertreter der Bourgeoisie und des Kapitals. Sie müssen in der Volkswirtschaft mehr als im Sport des Taubenschießens beschlagen sein, sie müssen die Sprache des Landes beherrschen, in dem sie ihre Wirksamkeit ausüben, sie müssen sich über seine ökonomische Verhältnisse auf dem laufenden halten, und wenn sie all das nicht tun, so sind es eben Stümper, die schleunigst zum Gesandten oder Botschaftsrat befördert zu werden verdienten. Dr. Schlieben in Belgrad war nun kein Stümper, sondern wer immer Gelegenheit hatte, mit diesem Vertreter deutscher Wirtschaftsinteressen auf dem Balkan zusammenzukommen, ward sehr schnell der hohen Intelligenz und der großen Energie dieses Mannes inne. Da der Konsul sich nicht damit begnügte, als Aktenmensch an seinem Bureaupult zu hocken, sondern an die Quellen des Wirtschaftslebens hinabstieg, hatte er nicht nur bald rege und freundschaftliche Beziehungen zu allen Kreisen des serbischen Volkes angebahnt, sondern überzeugte sich auch sehr bald, daß die Serben nicht die verlauste Bande waren, als die sie mit seltener Hartnäckigkeit der „Simplicissimus" und die deutsche Balkandiplomatie zeichneten, sondern ein wirtschaftlich und politisch aufstrebendes Volk, mit dem die deutsche Bourgeoisie gute Geschäfte machen könne. Wenn sie in der Tat gute Geschäfte machte — der deutsch-serbische Handelsverkehr bewegt sich in ständig aufsteigender Linie — war das nicht in letzter Reihe das Verdienst von Schliebens Umsicht und Tatkraft. Bei seinem Streben, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern enger zu knüpfen, mußte der Konsul aber notgedrungen mit der deutschen Gesandtschaft in Widerstreit geraten, denn während der Freiherr v. Griesinger sich, getreu der von Berlin ausgegebenen Losung, im Kielwasser der schwarzgelben Politik schleppen ließ, suchte Dr. Schlieben das berechtigte Mißtrauen und den berechtigten Haß der Serben gegen die Donaumonarchie umzumünzen in Gewinn für die deutsche Bourgeoisie, indem er ihr Aufträge vermittelte, die die österreichische Industrie eingebüßt hatte. Das machte in der k. k. Gesandtschaft in Belgrad natürlich böses Blut, und da Dr. Schlieben auch sonst kein Blatt vor den Mund nahm und freimütig aussprach, was er über die mehr als frivole Politik des Ballplatzes gegen Serbien dachte, fiel er auch bei dem deutschen Gesandten in Ungnade. Der Ausbruch des Balkankrieges im Herbst 1912 gab diesen Dingen den letzten Stoß. Während man auf der deutschen Gesandtschaft bis zum letzten Augenblick Stein und Bein darauf schwor, daß es sich nur um einen Bluff, aber nicht um einen Krieg handle, war sich, dank seiner guten Beziehungen, Schlieben keinen Moment über den Ernst der Lage im unklaren. Diese Meinungsverschiedenheit, die sehr bald die Entwickelung der Tatsachen zugunsten des Konsuls entschied, wurde gekrönt durch die serbenfreundliche Haltung, aus der Schlieben auch während des Krieges kein Hehl machte, und so wurde denn, wie sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einem gewundenen Dementi ausdrückt, seine Versetzung „ohne Anregung von dritter Seite schon vor längerer Zeit als notwendig erkannt und beschlossen". Aber ob mit oder ohne Anregung von dritter, das will sagen: von Wiener Seite, auf jeden Fall wandert Dr. Schlieben zu Gefallen dieser dritten Seite nach dem fernen Ecuador in die Verbannung.

Und daß ein tüchtiger Beamter, der sich hervorragende Verdienste um die deutsch-serbischen Handelsbeziehungen erworben hat, der das Vertrauen der kaufmännischen Kreise in seiner Heimat wie in Belgrad genoß, der wirklich ein guter Kenner der Balkanverhältnisse ist und der im Herbst 1912 das Kommende richtiger voraussah als die ganze hohe Diplomatie Deutschlands auf dem Balkan zusammengenommen, geopfert wird auf dem Altar jener Wiener Ballplatzpolitik, die in den vergangenen Monden so oft so verbrecherisch mit dem Feuer eines Weltkrieges gespielt hat, ist eine Tatsache von weittragender politischer Bedeutung, über die Herr v. Jagow wohl dem Reichstag wird Aufklärung geben müssen.

Der Bericht des Parteivorstandes.

Jena, 15. September.

Es war vorauszusehen, daß die Debatten der letzten Monate in den Referaten des Parteivorstandes ein lebhaftes Echo finden würden. War doch auch der Parteivorstand hier und da mitverantwortlich gemacht worden für die Stagnation innerhalb der Organisationen, für den behaupteten Mangel an politischer Initiative und Aktionskraft der Partei. Es war daher nur natürlich, daß Genosse Scheidemann den Stier gewissermaßen bei den Hörnern packte und aus der Deckung zum energischen Angriff gegen die Kritiker überging. Das legte ihm schon die Situation nahe, wozu noch kam, daß einem so temperamentvollen Redner die Attacke sympathischer sein mußte als die bloße Abwehr.

Witzig und lebhaft, wie man das bei ihm gewohnt ist, führte Scheidemann die Sache des Parteivorstandes. Vielleicht sogar mit einem Ueberschuß von Temperament, das nicht ganz im Verhältnis stand zu dem Charakter und dem Gewicht der Angriffe, die gegen den Parteivorstand erhoben worden waren. Denn im Grunde war ja der Parteivorstand als Instanz kaum für die Erscheinungen des Parteilebens verantwortlich gemacht worden, die man beklagte. Die Bedenken, die gegen die Haltung der Fraktion in der Steuerfrage geltend gemacht worden waren, trafen ja nur zum kleinsten Teil den Parteivorstand, so daß im Grunde — von den Polemiken einzelner Personen abgesehen — nur die Klagen über den allzu bureaukratischen Geist übrig blieben. Aber auch diesen Bureaukratismus betrachtet man ja nicht als das verruchte Werk bestimmter Personen oder Instanzen, sondern als den Ausfluß der allgemeinen Verhältnisse. Wenn man Scheidemanns temperamentvolle Philippika hörte, hätte man fast glauben können, es gelte den Ansturm einer neuen Jungen- oder anarchosozialistischen Bewegung abzuwehren, während in Wirklichkeit doch die Gefahr der Bureaukratisierung zurzeit sicherlich viel größer ist als die des Putschismus oder irgendwelcher Revolutionsromantik!

Auch erlag Scheidemann gelegentlich der rhetorischen Versuchung, die Ansichten seiner Widersacher allzu einseitig herauszuarbeiten. So wenn er aus der Warnung vor dem „Organisationshochmut" etwas wie Verachtung der Organisationen heraushörte, oder wenn er den Kritikern der Fraktion nachsagte, sie hätten quasi bestritten, daß die Besitzsteuern ein Erfolg der Sozialdemokratie gewesen seien. In Wirklichkeit hatte man doch gerade behauptet, daß die deutsche Sozialdemokratie ein so gewichtiger Faktor in der politischen Rechnung der Bourgeoisie sei, daß man auch im Falle einer Reichstagsauflösung und vielleicht gar Schwächung der Fraktion diesmal an den Besitzsteuern gar nicht hätte vorüberkommen können!

Wir wollen damit natürlich nicht schulmeisterlich mit Scheidemann darüber rechten, wie er hätte sprechen sollen. Er hat von seinem Standpunkt aus und seinem Naturell gemäß gesprochen, und wir wollten nun auch von unserem ebenso guten Rechte Gebrauch machen, die Dinge in unserem Sinne zu betrachten.

In sehr vielen Punkten traf Scheidemann natürlich den Nagel auf den Kopf. Seine Warnung vor Schwarzseherei in Sachen des inneren Parteilebens war völlig berechtigt und die von ihm angeführten respektablen Parteileistungen sprechen wirklich eine beredte Sprache. Nicht minder darf der Parteivorstand die Anerkennung fordern, daß er in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß an organisatorischer Arbeit das Menschenmöglichste zu leisten versucht hat und daß es zum guten Teil die Häufung der politischen Ereignisse und Aktionen war, die den Eindruck der Einzelaktionen schwächte und schließlich eine begreifliche Erschlaffung der Massenbewegung hervorrief, die aber an sich keineswegs tragisch genommen zu werden braucht, weil sie bald genug wieder höchster Kräfteanspannung weichen wird. Aehnliche Situationen hat die Partei ja schon wiederholt erlebt und jedesmal siegreich überwunden.

Klipp und klar nannte Scheidemann auch diejenigen „Narren", die da glaubten, daß der politische Massenstreik niemals kommen werde. Wenn der Parteivorstand nicht über ihn gesprochen habe, so nur deshalb, weil er das Eingeständnis für überflüssig gehalten habe, daß er zurzeit nicht inszeniert werden könne. Von Reden über den Massenstreik erwarte er keinen Nutzen; die Erziehung des Proletariates zum sozialistischen Klassenkampf bilde seine einzige und beste Vorbereitung. Scheidemann warnte zum Schluß dringend vor Herabsetzung der Organisationen, vor dem Lockern der Disziplin und der Untergrabung des Vertrauens zu den politischen und gewerkschaftlichen Führern. Gerade der Massenstreik unter deutschen Verhältnissen bedinge straffste Disziplin und machtvollste Organisation des kämpfenden Proletariats.

Die Diskussion, die nach dem Bericht über das Parteibudget und der von der Kontrollkommission erstatteten Rechenschaftsablegung einsetzte, gab zunächst die verschiedensten Anregungen zur wirksameren Ausgestaltung unserer Propaganda. Dringlich wurde immer wieder die Förderung der Jugendbewegung und die Frauen- und die Familienagitation empfohlen, durch die ganz besonders der sozialistische Geist gepflegt werden könne. Gewiegte Organisationspraktiker warnten vor allzu rascher Kritik unseres Organisationswesens und unüberlegten Experimenten. Wie weit indessen die Ueberzeugung verbreitet ist, daß zur geistigen Belebung des Organisationsapparates noch mancherlei zu tun übrig bleibt, bewiesen die beachtenswerten Ausführungen des Hamburger Genossen Stengele, eines Mannes, der auch aus vieljähriger Parteierfahrung spricht und dem man wahrhaftig nicht Hitz- und Querköpfigkeit nachsagen kann. Es wäre wirklich gut, wenn seine Warnungen nicht in den Wind geschlagen würden!

*

In der Nachmittagssitzung wurde die Aussprache über den ersten Teil des Vorstandsberichtes geschlossen. Nur die Referenten werden am Dienstag noch das Schlußwort haben. Die Debatte des Nachmittags beschäftigte sich mit zahlreichen Einzelfragen: mit Vorschlägen zur Belebung der Agitation, mit der Jugendbewegung, der Ausgestaltung der Parteipresse u. a. m. Nur Genosse Dißmann ging näher auf Scheidemanns Ausführungen ein. Er erklärt es nur für erfreulich, wenn sich an den Vorstandsbericht eine rege Diskussion knüpfe. Selbst wenn die Kritik gelegentlich über das Ziel hinausschieße, brauche man deshalb nicht allzu empfindlich zu sein. Scheidemann habe darum vielleicht einen zu großen Aufwand von Kraft und Witz an die Abwehr dieser Kritik geknüpft. Genossin Zetkin versprach — Anregungen von anderer Seite entsprechend — einen leichter faßlichen Lesestoff der „Gleichheit" für die neu zu gewinnenden Leserinnen. Ueberhaupt ist es vielleicht am Platze, daß allgemein in der Parteipresse mehr Rücksicht auf die Fassungsgabe der noch minder geschulten Elemente genommen wird. Zur Frage der Jugendbewegung steuerte Genosse Adolf Braun durch Humor gewürzte, beherzigenswerte Anregungen bei, denen Genosse Heinrich Schulz jede mögliche Berücksichtigung versprach, wie auch bisher schon nach Kräften im Geiste Brauns gearbeitet worden sei. Sicher sei die Jugendgewinnung durch die polizeiliche Drangsalierung und die ungeheure Begünstigung der bürgerlichen Jugendbewegung außerordentlich erschwert. Aber ein Grund zum Pessimismus liege durchaus nicht vor. Je mehr durch die Schule des Sozialismus gegangene jugendliche Proletarier in die Partei hineinwachsen, desto fruchtbarer wird sich auch die Werbearbeit unter der Arbeiterjugend gestalten. Eine scharfe Kritik, die Genosse Adolf Braun am Pressebureau geübt hatte, gab schließlich noch dem Genossen Stücklen Veranlassung, eine eingehende Darstellung der Schwierigkeiten zu geben, unter denen das Pressebureau arbeitet und mancherlei Beschwerden als unbegründet mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Politische Uebersicht.

Nochmals Herr Kirchhoff und das Auswärtige Amt.

Der „Deutschen Tageszeitung" scheint unsere gestrige Veröffentlichung des freundschaftlichen Briefes des Unterstaatssekretärs Zimmermann an den Zeitungsmacher Artur Kirchhoff recht unbequem zu sein, denn sie wendet die von ihr in ähnlichen Fällen schon öfters beliebte Taktik an, den Brief des Unterstaatssekretärs, mit dem Kirchhoff 1000 M. aus Staatsmitteln für seine Privatzwecke überreicht wurden, für ganz belanglos zu erklären. Mit schlecht gespielter Verwunderung fragt das Oertelsche Intelligenzblatt:

„Weshalb der „Vorwärts" dieses ihm jedenfalls auf dem üblichen Wege zugegangene Schreiben veröffentlicht, ist uns nicht recht klar. Der Herr Unterstaatssekretär hat durchaus korrekt

gehandelt; auch daraus ist ihm kein Vorwurf zu machen, daß er zur Vorbereitung eines Unternehmens, das immerhin nützlich hätte wirken können, 1000 M. zur Verfügung gestellt hat."

Wir begnügen uns damit, als Antwort auf diese kindliche Einfalt des Hauptagrarierorgans hier die Bemerkungen folgen zu lassen, welche die der „Deutschen Tageszeitung" in mancher Beziehung so seelenverwandte „Post" an den Brief des Unterstaatssekretärs Zimmermann knüpft:

„Aus dieser Urkunde geht ohne weiteres hervor, daß das Auswärtige Amt sich zwar geweigert hat, amtliche Empfehlungen Herrn Kirchhoff zu geben, daß es aber keine Bedenken gehabt hat, für „Unternehmungen, deren Durchführbarkeit praktisch nicht erprobt ist"; 1000 M. zu stiften. Wir sind wiederholt an dieser Stelle für die Erhöhungen des Dispositionsfonds des Auswärtigen Amts eingetreten, weil wir genau wissen, welche Mittel anderen Staaten zu geheimen politischen Zwecken zur Verfügung stehen, und wie viele deutsche Schulen, Kindergärten, Vereinshäuser usw. im Auslande einer Unterstützung bedürfen. . . . Wir haben aber angenommen, daß bei Verwendung dieser Gelder mit der Sorgfalt eines tüchtigen Kaufmannes vorgegangen würde. Das scheint uns aber diesmal nicht der Fall gewesen zu sein. Das erste hätte doch sein müssen, daß man sich nach der Fähigkeit des Gründers der neuen Zeitung erkundigt hätte. Nun besteht ja über die Unzulänglichkeit der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes geradezu Uebereinstimmung bei allen Journalisten, die jemals mit ihr in Verbindung getreten sind. Auch Abgeordnete aller Parteien haben im Reichstage dieselbe Ueberzeugung ausgesprochen. Trotzdem hätte man erwarten müssen, daß diese Abteilung über Herrn Artur Kirchhoff hinreichend Material gehabt hätte, um von vornherein jede Unterstützung unmöglich zu machen. Wenn aber in der Presseabteilung nichts zu erfahren war, so stehen einem Reichsamt bekanntlich auch noch andere Quellen zur Verfügung, aus denen es Aufklärung schöpfen kann. Diese Auskunft würde jedenfalls nicht so ausgefallen sein, daß das Auswärtige Amt es mit seiner Pflicht und seinem Gewissen hätte vereinbaren können, die 1000 M. Herrn Kirchhoff zu bewilligen."

Dann bringt die „Post" zum Beweise für den Ruf des Herrn Kirchhoff allerlei bereits von uns erwähnte höchst zweifelhafte Zeitungsgründungen dieses Herrn zur Sprache: die Herausgabe der vom Braukapital subventionierten „Medizinischen Wochenblätter", der illustrierten Wochenschrift „Das Leben", der „Pariser Weltausstellung in Wort und Bild" usw.

Die „Post" hält die von Herrn Kirchhoff ausgeübte Tätigkeit auf dem Gebiete der Zeitungsgründerei für so wenig ehrenhaft, daß sie zum Schluß erklärt:

„Jedenfalls dürfte hiermit der Beweis geliefert sein, daß Herr Artur Kirchhoff nicht der geeignete Mann ist, ein großes Presseunternehmen durchzuführen. Das Auswärtige Amt aber hat, indem es diesem Manne 1000 M. zur Verfügung stellte, nach unserer Ansicht sich nicht hinreichend über die Persönlichkeit, wie es seine Pflicht gewesen wäre, unterrichtet. Es wird Sache des Reichstages sein, die hierfür verantwortlichen Männer zur Rede zu stellen."

Die „Post" scheint anzunehmen, daß das Sündenregister des Herrn Kirchhoff damit schon erschöpft ist. Sie irrt gründlich. Auch mit sozialdemokratischen Kreisen hat Herr Kirchhoff einst (im Jahre 1901) Beziehungen anzuknüpfen versucht, um seine „Technischen Blätter" an den Mann zu bringen. Ferner hat er eine Zeitlang eine „Wissenschaftliche Korrespondenz" und dann nach der Pachtung des Sonnenlandes Kiautschou die „Ostasiatische Korrespondenz" herausgegeben. Auch sonst ist Herr Kirchhoff nicht gerade „stubenrein". Vielleicht erkundigt sich mal die „Post" oder das „Auswärtige Amt" nach dem Streit Kirchhoff-Lemmig.

Beschönigungsflausen.

Im Kongreßsaal der Baufachausstellung in Leipzig tagten heute die Delegierten des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, um über das mit dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband abgeschlossenen „Verteuerungskartell" und die Frage, ob die deutsche Industrie sich an der Weltausstellung in San Franzisko beteiligen solle, zu beraten. Der Vorsitzende des Zentralverbandes, der frühere Landrat Rötger, präsidierte und eröffnete die Verhandlung sofort mit einem langen Hin- und Hergerede über das sog. „Kartell der schaffenden Arbeit" und dessen Absichten. Er warf der Reichstagsmehrheit vor, durch ihr Verhalten haben sie die Vermutung aufkommen lassen, daß sie wichtige Interessen des Volkes zurücktreten läßt hinter Parteiinteressen. (!) Und fragte dann: Wer verdient mehr den Namen eines selbständigen Mannes, der, der den Parteiführern sich einfach fügt, oder der, der Kritik nicht nur am Gegner übt? Ich war verwundert darüber, daß das Auftreten unseres Geschäftsführers am 24. August eine solche Beachtung in der Oeffentlichkeit gefunden hat. Ich knüpfe daran die Hoffnung, daß dadurch diese Frage auch bei der Regierung größere Beachtung finden wird, als es ohne den Sturm der Entrüstung geschehen wäre. Ein wirtschaftlicher Verein wie der unsrige darf sich nicht in die Gefolgschaft einer Partei drängen lassen, sondern muß seine Selbständigkeit wahren. Wir verteidigen unsere Interessen gegen jedermann.

Dann nahm das Wort der Geschäftsführer des Zentralverbandes Regierungsrat a. D. Dr. Schweighoffer-Berlin, der sich im Laufe seiner Ausführungen ebenfalls über das neubegründete Kartell der drei Wirtschaftsverbände im obigen Sinne aussprach.

Nach längerer Diskussion wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Aus dem Wortlaut der Ausführungen des Vertreters des Zentralverbandes und des Vertreters des Bundes der Landwirte auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstag ergibt sich, daß irgendwelche Abmachungen handelspolitischer oder sonstiger Art nicht getroffen sind. Der Zentralverband hat sich bereits mehrfach dahin ausgesprochen, daß er einer weiteren Erhöhung der schon jetzt von weiten Volkskreisen als hoch empfundenen Lebensmittelzölle und einem lückenlosen Zolltarif nicht zustimmen kann.

Andererseits hält der Zentralverband fest an seiner bereits am 6. Februar 1891 abgegebenen Erklärung, daß die in ihm vereinigte Industrie keine Vorteile erstrebt, die nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Der Zentralverband hält es für seine Pflicht, auf dem Gebiet der Sozialpolitik einzutreten für die Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebers und für einen wirksamen Arbeitswilligenschutz."

Ein zweiter Beschluß nimmt Stellung gegen eine Beschickung der Weltausstellung von San Franzisko und ein dritter Beschluß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung den jetzt der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung versagt.

Die Nationalliberalen und das großindustriell-agrarische Verteuerungskartell.

Die Nationalliberalen sehen in dem „Bund der schaffenden Arbeit", den in Leipzig der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband geschlossen haben, ein auch gegen die Nationalliberalen gerichtetes feindliches Gebilde. Unzweideutig hat bereits die „Köln. Ztg." gegen das Kartell Stellung genommen und die offizielle „Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz" tritt noch entschiedener auf. Sie kündigt allerhand Enthüllungen über die systematische Vorarbeit der Agrarkonservativen im Westen an. Es scheine ernstlich geboten, schreibt sie, die Proklamation von Leipzig als neuestes Glied einer Kette von Ereignissen und Bestrebungen anzusehen und zu beurteilen, die von gewisser Seite seit mehreren Jahren geschmiedet werde gegen die „popularisierende Tendenz des heutigen Kurses der nationalliberalen Partei", und sie fährt fort:

„Wir werden uns vorbehalten, das uns zur Verfügung stehende Material zum geeigneten Zeitpunkt bekanntzugeben. Wer Kenntnis davon hat, wie namentlich seit Anfang 1910 von sehr angesehener agrarisch-hochkonservativer Seite in bestimmten führenden Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie gewirkt wird, wie die Sendboten des Ostens sich bald hier, bald da bei unseren Industriefürsten zu Gaste melden, und wer weiß, wie allerdings das Bewußtsein von der Bedeutung der liberalen Weltanschauung für Industrie und Gewerbe zu zerbröckeln droht, der tut gut, die Leipziger Kundgebung nicht allzu gleichgültig aufzunehmen — trotz des Beruhigungspulvers des Zentralverbandes. Sie sind ununterbrochen an der Arbeit, die mit der nationalliberalen Partei den liberalen Gedanken tödlich treffen wollen. Bleiben wir wachsam!"

Mit den „liberalen Gedanken" in der nationalliberalen Partei war es nun zwar nie weit her, aber die Minierarbeit der Konservativen im Westen, die vom Altnationalliberalismus gefördert wird, muß schon recht vorgeschritten sein, wenn ein offizielles Organ der Partei solche Alarmrufe ausstößt.

Den Agrariern und Junkern ist diese offene Feindschaft der Nationalliberalen nicht angenehm. Ganz besonders ist der „Kreuz-Zeitung" der Vorstoß des „Bundes der Industriellen" auf dessen Generalversammlung nahegegangen. In seinem Wochenrückblick weist das Blatt deshalb darauf hin, daß das Kartell der schaffenden Arbeit ja doch auch die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf sein Banner geschrieben habe. Das Junkerblatt hetzt in der bekannten Weise gegen die Sozialdemokratie und hofft dadurch auch die feindlichen Brüder wieder einfangen zu können.

Der einträgliche Güterschacher.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Obwohl in den letzten Jahren die Güter im Preise fortgesetzt gestiegen sind, ist auch jetzt noch eine ganz erhebliche Preissteigerung zu verzeichnen, so daß inzwischen auch einsichtigen agrarischen Kreisen angst geworden ist. Man erklärt, daß diese Entwickelung zum Ruin der Landwirtschaft führen müsse. Selbst der neueste Bericht der ostpreußischen Landwirtschaftskammer meint, es werde auch von den maßgebenden Stellen erkannt, daß die durch eine Steigerung der Rentabilität keineswegs begründete Erhöhung der Bodenpreise für das landwirtschaftliche Gewerbe eine Gefahr bedeutet. Abgesehen von der zunehmenden Verschuldung des Grund und Bodens würden leider auch der Landwirtschaft Elemente zugeführt, die das Gut nur als eine Verkaufsware ansähen.

Die Landwirtschaftskammer führt zum Beweise an, daß stellenweise bereits über 500 M. für den Morgen Land gezahlt würden. Das ist nicht ganz richtig. Nicht nur stellenweise, sondern fast allgemein werden über 500 M. bezahlt. Bei den letzten Verkäufen in Ost- und Westpreußen stellte sich mehrfach der Preis auf 600, 700, 800, ja auf über 900 M. pro Morgen. Besonders für die größeren Güter werden ständig höhere Preise angelegt, so daß dieser Handel für die Verkäufer ein äußerst rentabler ist. So hat der Gutsbesitzer Lilienthal sein 815 Morgen umfassendes Gut Lemkühnen bei Zinten mit einer Preissteigerung von etwa 250 000 M. verkauft. Im Jahre 1904 gab er 185 000 M. und jetzt brachte ihm das Besitztum 430 000 M. Der Agrarier Otto Kuhn auf Heinrichshof verkaufte sein etwa 400 Morgen großes Gut für 221 000 M. Kuhn hatte vor einem Jahr 200 000 M. bezahlt. Samuel Schweigert verkaufte seine Wirtschaft bei Freystadt, die 184 Morgen groß ist, für 105 000 M. an den Landwirt Reinhold Neudorf-Briesen. Schweigert hat vor zwei Jahren 95 000 M. bezahlt. Für den Preis von 280 000 M. ging das Grundstück des Besitzers Lange in Zuckau (Kreis Karthaus), 9 Hufen groß, in den Besitz des Rentiers Knooph-Danzig über. Vor sechs Monaten hat die Besitzung 258 000 M. gekostet. Der Besitzer Reiffenrath verkaufte sein 3200 Morgen großes Gut Sulitz (Kreis Putzig) an den Leutnant Bennecke-Brandenburg a. H. für 1 250 000 Mark. Vor einiger Zeit hat Reiffenrath für das Gut 850 000 M. entrichtet. Er hat also nicht weniger als 400 000 M. mehr erhalten. Für 340 000 M. veräußerte Gutsbesitzer Rosinski sein Gut Adlig-Pollnitz (Kreis Schlochau) an den Landwirt Kierl aus Oberschlesien. Es ist 1100 Morgen groß und kostete vor 1½ Jahren 220 000 M. Auch hier ist in der kurzen Zeit ein Mehr von 120 000 M. erzielt worden.

Die neuen Käufer werden sehr bald das bekannte Lied von der „schrecklichen Not der Landwirtschaft" singen und zu beweisen suchen, daß die Landwirtschaft nicht mehr rentabel ist — also die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse unbedingt erhöht werden müssen. Dann kann sich das arbeitende Volk, auf dem dieser ganze Wucher am schwersten lastet, den Hungerriemen noch enger schnallen, wenn es sich nicht energisch aufrafft und dafür sorgt, daß endlich mit den Zöllen auf die nötigsten Lebensmittel aufgeräumt wird.

Objektive Breslauer Richter.

Einige Breslauer Richter sind von ihrer vorgesetzten Instanz kräftig geschüttelt worden. Gegen einen organisierten Arbeiter hatte das Breslauer Schöffengericht wegen Beleidigung von Vorgesetzten auf 50 M. Strafe erkannt. Als der Mann Berufung einlegte, wurde diese zurückgewiesen. Die Strafkammer aber, die schon manchen Redakteur ins Gefängnis geschickt hat, hielt sich für befugt, folgendes in die Abweisungsbegründung zu schreiben:

„Lediglich der Umstand, daß allein der Angeklagte gegen das Schöffengerichtsurteil Berufung eingelegt hat und dieserhalb das Urteil nicht zum Nachteil des Angeklagten abgeändert werden kann, konnte das Berufungsgericht von der Verhängung einer empfindlichen Freiheitsstrafe für die frivole Handlungsweise abhalten. Die vom Vorderrichter eingesetzten Geldstrafen von 20 bezw. 30 M. erschienen überaus milde."

Da die Strafkammer auch sonst noch eine ganze Anzahl Rechtsirrtümer begangen hatte, wurde ihr Urteil vom Oberlandesgericht aufgehoben. Mit Bezug auf den obigen Satz aber fügte die höhere Instanz hinzu:

„Gemäß § 344 Absatz 2 Str.-P.-O. ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das benachbarte Landgericht in Oels verwiesen, da nicht zu verkennen ist, daß der sächlich ganz überflüssige Schlußabsatz der Urteilsgründe die Grenze objektiver Beurteilung überschreitet."

Diese Kennzeichnung Breslauer Richter ist vom Präsidenten des Oberlandesgerichts, Biehaus, selbst gezeichnet.

Die Balkanfragen.

Ein türkisch-französisches Abkommen.

Paris, 15. September. Zu der Meldung eines auswärtigen Blattes über die Unterzeichnung eines französisch-türkischen Abkommens zur Regelung finanzieller und wirtschaftlicher Fragen bemerkt der „Petit Parisien": „Wir glauben zu wissen, daß dieses Abkommen vor seinem Abschluß steht. Jedoch sind noch verschiedene Punkte zu erledigen; insbesondere ist sein Abschluß dem Abschluß der türkisch-deutschen Verhandlungen untergeordnet. Die Frage der französischen Bahnen in Anatolien ist an die Frage der Bagdadbahn geknüpft. Das französisch-türkische Abkommen wird sich erstrecken: 1. auf die Konzessionserteilung für Eisenbahnen im östlichen Teile von Kleinasien und in Syrien an französische Gesellschaften, 2. auf die Erhöhung der türkischen Zölle, welche die türkische Regierung als unerläßlich für das Gleichgewicht des Staatshaushalts erklärt, und 3. auf die Genehmigung einer türkischen Anleihe von 700 Millionen durch Frankreich.

Nachgiebigkeit der Bulgaren.

Konstantinopel, 15. September. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" erfährt von einflußreicher Seite, daß die Bulgaren in der heutigen Sitzung offiziell auf Kirkkilisse verzichten werden, nachdem die Bemühungen durch diplomatische Fürsprache diese Position zu retten, schon daran scheiterten, daß die Diplomaten bei der sicheren Aussicht auf die kategorische Ablehnung durch die Pforte ein Engagement gar nicht mehr versuchten. Den einzigen noch ernstlich zur Diskussion stehenden Punkt bildet Demotika. Aber auch dabei ist Bulgarien zum Nachgeben bereit, soweit die strategischen Positionen dieses Gebietes in Betracht kommen. Man wird offenbar aus innerpolitischen Gründen wenigstens das Stadtgebiet von Demotika zu retten suchen, wird aber schließlich auch daran das Friedenswerk nicht scheitern lassen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine neue Oppositionspartei in Ungarn.

Budapest, 14. September. Heute fand die konstituierende Versammlung der von dem Grafen Julius Andrassy gegründeten neuen Oppositionspartei statt. Das Programm führt aus: Männer von verschiedener staatsrechtlicher Auffassung haben sich vereinigt, um normale Zustände im Verfassungsleben herzustellen. Das Programm fordert die Reparation der begangenen Rechtsverletzungen, die Schaffung einer neuen Hausordnung ohne Ausschluß der Mitglieder, durch die aber andererseits die technische Obstruktion verhindert wird, Revision des neuen Wahlgesetzes, Reform des Oberhauses, dessen Mitglieder zum Teil gewählt werden sollen, Abschaffung des Ausnahmezustandes in Kroatien, bezüglich der äußeren Politik Festhalten am Dreibund und Beibehaltung des Friedenskurses, wobei jedoch die Lebensinteressen der Monarchie geschützt werden sollen. Die Partei erklärt sich bereit, für die Entwickelung der Wehrkraft zu sorgen, deren Vorbedingung jedoch die Hebung der finanziellen Leistungsfähigkeit und die Herstellung des inneren Friedens sei.

China.

Die japanischen Forderungen.

Peking, 15. September. Unter den von der chinesischen Regierung angenommenen Forderungen Japans wegen der Zwischenfälle in Nanking befindet sich auch die auf Abberufung des Generals Chang aus Nanking.

Ein Zusammenstoß.

Kwan-Tschoeng-Tsu, 15. September. Hier hat ein Zusammenstoß zwischen Japanern und Chinesen stattgefunden, der durch herangezogene japanische Truppen beigelegt (?) wurde.

Fortdauer der Kriegshetze in Japan.

Tokio, 15. September. Hier verlautet, daß außer den bereits bekannten Forderungen Japans noch eine weitere bestehe, die bisher unerledigt sei. Die öffentliche Meinung ist durch das Entgegenkommen Chinas enttäuscht, die gesamte Presse erachtet die Forderungen als ungenügend, besonders die gegenüber General Changsuen, sie wirft der japanischen Diplomatie Schwäche vor und verlangt den Rücktritt des Kabinetts.

Amerika.

Die Wirren in Mexiko.

Mexiko, 15. September. Hundert Amerikaner, darunter Frauen und Kinder, die sich auf dem Wege nach Saltillo befanden, sollen den Rebellen in die Hände gefallen sein. Die amerikanische Botschaft hat den mexikanischen Minister des Aeußern um eine Untersuchung der Angelegenheit ersucht.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Zürich, 13. September.

Im großen Volkshaussaale eröffnete nach 10 Uhr Genosse Schneeberger-Bern, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, mit einer kurzen Ansprache den Kongreß. Er gab bekannt, daß sich bereits zahlreiche ausländische Gäste eingefunden haben, die an den in den nächsten Tagen stattfindenden Konferenzen der Landessekretäre und der internationalen Berufssekretäre teilnehmen werden. Es sind dies die Genossen Legien und Sassenbach aus Berlin, Appleton-London, Mertens-Brüssel, Söderberg-Stockholm, Tokoi-Helsingfors, Hueber-Wien, Nader-Wien, Bukseg-Agram, Rauscher-Serajevo, Jaszai-Budapest, alle Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen; Tobler-Hamburg und Schrader-Hamburg, Kloth-Berlin und Shaw-Manchester, alle internationale Berufssekretäre; Professor Reichesberg-Bern, Sakaroff, Sokolowski und Kreewele, alle drei Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, und Paulsen-Brüssel, Redakteur des „Peuple". (Nachher kamen noch Madsen-Kopenhagen und Perkins aus Amerika.) Schneeberger wünschte den Verhandlungen des Kongresses den besten Erfolg. Namens der ausländischen Gäste entbot Legien dem Kongreß die besten Glückwünsche und Erfolge. Er würdigte die Notwendigkeit und Bedeutung der internationalen Verbindung der Gewerkschaften, der gegenüber die internationale Verbindung des Kapitals, der Unternehmer, schon viel weiter gediehen ist. Die ausländischen Gäste möchten die Gelegenheit benützen, auf diesem Kongreß die schweizerische Gewerkschaftsbewegung kennen zu lernen. Er wünschte den Verhandlungen den besten Erfolg. Im Namen der Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei begrüßte Genosse Pflüger-Zürich den Kongreß und namens der Arbeiterunion Zürich Genosse Arbeitersekretär Gschwend.

Hierauf widmete der Präsident Schneeberger dem verstorbenen Genossen Bebel einen kurzen warm empfundenen Nachruf und erhoben sich die Anwesenden zu seinen Ehren von ihren Sitzen.

Nun gab der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Genosse Huggler-Bern längere mündliche Erläuterungen zum gedruckten

Bericht des Gewerkschaftsbundes,

dessen gegenwärtigen Stand darstellend. Er stellte fest, daß es in der Schweiz zirka 900 000 Lohnarbeiter und -Arbeiterinnen gibt, von denen aber nur etwa 800 000 organisationsfähig sind, also etwa 68 Proz. Gewerkschaftlich organisiert sind gegenwärtig zirka 92 000 Arbeiter im Gewerkschaftsbund und gehören demselben ungefähr 70 Proz. aller in der Schweiz überhaupt wirtschaftlich organisierten Arbeiter an. Angesichts der vielen besonderen Schwierigkeiten, die in der Schweiz der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung entgegenstehen, wie z. B. die Vielsprachigkeit, darf gesagt werden, daß der Stand unserer Bewegung relativ nicht unbefriedigend ist. Das läßt sich auch feststellen im Vergleich mit den Zahlen früherer Jahre. So zählte der Gewerkschaftsbund im Jahre 1890 erst 6000 Mitglieder. Gestiegen sind auch die Beiträge der Mitglieder, die Leistungen der Organisationen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens und die Fortschritte in der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Graphische Tabellen, die an der Wand des Saales angebracht sind, veranschaulichen in übersichtlicher Weise die Entwickelung dieser Verhältnisse. Sehr eingehend beleuchtete Huggler an Hand der Haushaltungsstatistik die wirtschaftliche Lage der schweizerischen Arbeiterschaft. Sie ist besser geworden, gewiß, aber sie ist zurückgeblieben hinter dem starken Wachstum des sogenannten Nationalreichtums. Die Kosten der Lebenshaltung eines Arbeiters in den Städten schwanken zwischen 1820 und 2430 Fr., die aber die große Mehrzahl der Arbeiter nicht aufzubringen vermag. Mindestens 75 Proz. der Arbeiter kommen nicht auf ein Jahreseinkommen von 1500 bis 1800 Fr., sondern nur auf ein Jahreseinkommen von 1200 bis 1400 Fr. Es ist also auch in der schweizerischen Arbeiterschaft Not genug vorhanden, die bekämpft und beseitigt werden muß. Befriedigend sind auch unsere Arbeitszeitverhältnisse nicht und gilt es, den Widerstand des organisierten Unternehmertums gegen weitere Fortschritte durch Stärkung unserer Gewerkschaften zu überwinden und ebenso die Arbeiterschutzgesetzgebung zu fördern.

Seine Ausführungen faßte Huggler schließlich in eine Anzahl Thesen zusammen.

Die

Diskussion über den Bericht

des Sekretärs Huggler eröffnete die Arbeiterinnensekretärin Genossin Hüni (Walter) mit Ausführungen über die Frauenbewegung, insbesondere über die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats und regte die Erhöhung des Kredits für diese Institution des Gewerkschaftsbundes an.

Den Thesen Hugglers wurde sodann ohne weitere Diskussion zugestimmt.

Anträge des Holzarbeiterverbandes betreffend den Uebertritt von Hilfsarbeitern und Handlangern bei Arbeitswechsel in den jeweilen zuständigen Verband wurden dem Gewerkschaftsausschusse zur weiteren Behandlung überwiesen.

Ferner interpellierte der gleiche Verband das Bundeskomitee betreffend die Herbeiführung einer einheitlichen Rechtsprechung der gewerblichen Schiedsgerichte in Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis auf der Basis der Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts. Wie die ersteren Anträge begründete auch diese Interpellation der Redakteur Reichmann von der „Schweiz. Holzarbeiter-Zeitung". Der Interpellant wie auch die nachfolgenden Diskussionsredner: Staude, Bock, Huggler, Rieder, Dürr-Bern, Zingg-Bern und Greulich befürworten übereinstimmend ein Vorgehen des Gewerkschaftsbundes in dieser Richtung durch Sammlung von bezüglichen gewerbegerichtlichen Entscheidungen, sowie deren Veröffentlichung in der Gewerkschaftspresse und Veranstaltung von Konferenzen von Arbeiterbeisitzern in den Gewerbegerichten. Bezügliche Anträge von Bock-Basel und Staude-Zürich werden angenommen.

Ein Antrag des Buchbinderverbandes auf Untersagung der Veranstaltung von Tombolas zur Fundierung von Unterstützungskassen oder zu anderen Zwecken unter Inanspruchnahme der Gewerkschaften, den Albert-Zürich begründete, fand allseitige Zustimmung. Auf Antrag Huggler werden Ausnahmen zugelassen, wenn es sich um Zwecke zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft handelt. Auf Antrag Schraders-Basel bedarf es in solchen Fällen der Zustimmung des Bundeskomitees. Der Antrag Huggler wurde angenommen.

Nun referierte Schneeberger-Bern über die

Erhöhung der Beiträge

der Verbände an den Gewerkschaftsbund von 3 Cent. pro männliches und von 1½ Cent. pro weibliches Mitglied einschließlich der Heimarbeiter auf 5 bzw. 2½ Cent. pro Monat. Im Jahre 1912 haben die ordentlichen Beiträge und Subventionen der Verbände 29 478 Fr. betragen; nach den höheren Beiträgen würden sie 36 944 Frank betragen und mit den Beiträgen der deutschen Generalkommission und der italienischen Gewerkschaftszentrale 43 380 Fr. Dafür würden bisherige Extraleistungen der Verbände in Wegfall kommen, also nach dieser Richtung wieder entlastet werden.

Die angeschlossene Diskussion ist durchwegs zustimmend, nur die Uhrenarbeiter verlangen, daß in Zukunft die hauptsächlichsten Publikationen des Gewerkschaftsbundes auch in französischer Sprache herausgegeben werden, was beschlossen wurde. Hierauf wurde die Beitragserhöhung einstimmig angenommen.

Es folgt das Referat des Adjunkten Lorenz vom Schweizerischen Arbeitersekretariat über die kommende schweizerische

Gewerbegesetzgebung.

Heute stehen neben den gesetzlich geschützten 335 000 Fabrikarbeiter zirka 200 000 gewerbliche Arbeiter, die noch ohne gesetzlichen Schutz sind. Wohl haben mehrere Kantone besondere Arbeiterinnenschutzgesetze, Gesetze zum Schutze des Wirtschaftspersonals und der Lehrlinge; aber sie werden vielfach nicht kontrolliert und wahrscheinlich auch nicht durchgeführt. Ein schweizerisches Gewerbegesetz könnte diesen Personen Schutz gewähren, auch die Stellenvermittelung regeln und Kinderschutz schaffen. In Betracht kommen 130 000 Betriebe gewerblicher, hausindustrieller, kaufmännischer usw. Art. Der Referent findet es aus verschiedenen Gründen, namentlich im Hinblick auf das Referendum, zweckmäßiger, für die verschiedenen Gebiete Spezialgesetze zu schaffen. Im einzelnen ist zu fordern der gesetzliche Schutz der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben gegen die Unfallgefahren, auch die Unterstellung unter die Unfallversicherung; Schutz des Personals in der Fremdenindustrie; Sicherung des Lohnes der Bauarbeiter; eine umfassende Gewerbeinspektion usw. Aufgabe der Gewerkschaften muß es nun sein, für ihre besonderen Gewerbe Material zu sammeln und dem Gewerkschaftsbund zur Verfügung zu stellen. Dieser soll eventuell in bestimmten Gewerben Enqueten veranstalten oder auch durch das Industriedepartement unter Mitwirkung der Gewerkschaften veranlassen. Dieses könnte auch eine Expertenkommission bestellen, wie es das auch in Sachen der Revision des Fabrikgesetzes getan. Der Gewerkschaftsbund soll eine besondere Kommission für diese Materie bestellen, welche dann ihrerseits die Forderungen der Arbeiterschaft aufzustellen hat. Schließlich empfahl der Referent die Annahme einer Anzahl Thesen, in denen er seine Ausführungen zusammenfaßt.

In der Diskussion erinnerte Nimathé daran, daß auch vorhandene Kategorien von Arbeitern, z. B. die Dienstboten, des gesetzlichen Schutzes bedürfen. Den amtlichen Enqueten steht er sehr skeptisch gegenüber.

Greulich wendete sich gegen den Vorschlag der Spezialgesetzgebung, bei der es 30 Jahre dauern würde, bis der geforderte Arbeiterschutz erreicht würde. Er würde ein Gesetz mit Spezialverordnungen vorziehen, eine Praxis, die in der schweizerischen Gesetzgebung nicht mehr neu ist. Die Spezialgesetzgebung könnte auch die Arbeiterschaft entzweien, während ihre Einigkeit hochgehalten werden muß.

In seinem Schlußwort hält Lorenz an seinen Standpunkt der Spezialgesetzgebung als den zweckmäßigeren Weg fest. Er könnte sich allerdings auch mit einem einheitlichen Gesetz mit Spezialverordnungen einverstanden erklären, wenn bei deren Aufstellung die Arbeiter mitwirken können, bzw. paritätische Kommissionen für diese Aufgabe bestellt werden. Mit einem solchen Zusatzantrag wird die Resolution Lorenz angenommen und damit die Sitzung geschlossen.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Bromme-Lübeck:

Wir begrüßen es, daß die Agrarfrage wieder auf die Tagesordnung kommen soll, aber ich bitte, von der Wahl der Studienkommission hier auf dem Parteitag abzusehen. Die richtige Zusammensetzung aus Fachmännern, Theoretikern und Praktikern ist schwierig. Die Aussicht, besoldete Mitarbeiter anzustellen, rechtfertigt es, daß die Zusammensetzung der Kommission vom Parteivorstand und vom Ausschuß gründlich geprüft wird. Für das Familienblatt wäre ein Preis von 15 Pf. das höchste. Auch dafür könnte etwas Gediegenes geschaffen werden. Um eine ähnliche Aufmachung, wie die der Berliner Illustrierten Zeitung kommen wir nicht herum; denn ein gewisses Sensationsbedürfnis besteht nun einmal in den weiten Volksschichten. Ullstein hätte so hohe Abonnentenzahlen nie erreicht, wenn wir mit einem solchen Blatt rechtzeitig auf dem Platz erschienen wären.

Damit schließt die Debatte, die Schlußworte sollen morgen gehalten werden.

Von dem Genossen Haase ist ein Danktelegramm für die ihm übermittelten Wünsche eingegangen. Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Hollands ist Genosse Ravesteyn erschienen. Ferner sind Begrüßungstelegramme eingegangen von der britischen sozialdemokratischen Partei, den organisierten Frauen Halberstadts und zahlreiche Telegramme aus russischen Parteizentren.

Schluß 6 Uhr.

* * *

Es sind noch folgende Anträge eingelaufen.

Im Antrage 94 (Massenstreik) die Absätze 2 und 3 zu ersetzen durch:

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Eroberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der Preußische Parteitag vom Januar 1910 in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wach zu halten, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteiinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht. Luxemburg. Oskar Cohn. Kleinspehn. J. Wellmann. P. Reißhaus. Zetkin. Wilh. Apel. Antrick. J. Voigt. Liebknecht. Hofrichter. Helene Schweida. F. Geyer. Ledebour. Fuchs. Ant. Pannekoek. Theodor Schwartz. Horn (S.). M. Schnabrich. A. Henke. Donalies. Westmeyer. Hoch. Krüger (Königsberg). Emmel. Dittmann. Rob. Dißmann. Hartung. Joh. Knief. Rosenfeld. Peter. Linde.

Antrag 101. Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgabe heranzuziehen. Gottschalk. Donalies. Linde. Krüger (Königsberg). Jul. Gehl. Crispien. Schulz. Peter. Sellin. Dittmann. Westmeyer. Speich. Engelhardt. Göst. Bihlmaier. Dißmann. L. Emmel. Otto Antrick. Rühle. Hoch.

Aus der Partei.

Das Leichenbegängnis Heinrich Baerers.

Unter sehr starker Teilnahme der Arbeiterschaft von Harburg und Wilhelmsburg sowie aus den Landorten hat am Sonnabend das Leichenbegängnis unseres alten Parteiveteranen Heinrich Baerer in Harburg stattgefunden. Es war ein imposanter Zug, der sich vom „Wilstorcher Park" nach dem Friedhof bewegte. Genosse Karl Frohme, sowie die Genossen Hirschfeld und Seitz sprachen an der Bahre und am Grabe tiefempfundene Gedenkworte.

Mit Heinrich Baerer ist wieder einer der ganz Alten dahingegangen. Er war einer der Mitbegründer der Partei.

Hervorgegangen aus den allerärmlichsten Verhältnissen, ist Heinrich Baerer sein ganzes Leben lang ein echter Sohn der Armut gewesen. Im Alter von 14 Jahren wird Baerer, da er elternlos war, nach Aushändigung von 2 Talern Reisegeld von seiner Gemeinde Kirchhain in Hessen aufs Geratewohl hinaus in die Welt geschickt. Sein Weg führte ihn nach Harburg, wo er das Schuhmacherhandwerk erlernte. Da er fast ohne jede Schulbildung aufgewachsen war, lernte er erst als Schuhmachergeselle fließend lesen. Seine natürliche Begabung ließ ihn die größten Lücken seines Könnens ausfüllen und so kam es, daß er, als in Deutschland der Boden für eine selbständige Arbeiterbewegung vorhanden war, sich dieser anschloß. 1864 trat Baerer dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bei und arbeitete mit Theodor York gemeinsam an dessen Ausbau. Als York zu den „Eisenachern" übergetreten war und die Bewegung infolgedessen am Orte ganz daniederlag, war es Baerer, der im Verein mit einigen Gleichgesinnten die Bewegung hochhielt. Als über Hamburg-Altona im Jahre 1880 der kleine Belagerungszustand verhängt und später auch Harburg davon betroffen wurde, fiel Baerer dem Schandgesetz zum Opfer. 1884 am Weihnachtsabende erhielt Baerer die Ausweisung. Er ging nach Hannover und war auch kurze Zeit in Burtehude. Im Jahre 1887 wurde Baerer im Wahlkreise Harburg (17. hannoverscher) zum ersten Male als Kandidat aufgestellt. Er vereinigte auf sich eine große Stimmenzahl, die sich bei den folgenden Wahlen fortgesetzt steigerte.

Infolge hohen Alters sah er bei der letzten Wahl von einer Wiederannahme der Kandidatur, die er ein Vierteljahrhundert mit Ehren bekleidet, ab.

Mit Heinrich Baerer ist einer jener wahrhaft volkstümlichen Agitatoren für unsere Partei ins Grab gestiegen, die weniger durch theoretische Gelehrsamkeit als durch packende, dem Leben entnommene Vergleiche zu wirken verstehen. Heinrich Baerer hat ein Alter von 73 Jahren erreicht, er wurde geboren am Neujahrstage 1841. Persönlich war Baerer ein herzensguter Mensch und genoß auch bei den Gegnern hohe Achtung.

Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Soziales.

Ein moderner barmherziger Samariter.

Von der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen wird uns geschrieben:

In seiner Berichtigung hält es der Vertreter des Dr. med. Bernhard Friedenheim für angebracht, Bezug auf eine Widerklage zu nehmen, welche die Ortskrankenkasse der Schneider pp. zu Berlin gegen seinen Mandanten angestrengt hatte. Seine Ausführungen treffen aber nicht die Sachlage und nötigen uns zu folgenden Bemerkungen:

Welcher Art die Feststellungen des von mehreren Krankenkassen angerufenen ärztlichen Ehrengerichts waren, entzieht sich auch unserer Kenntnis. Auch uns wurde nur die Mitteilung, daß eine Entscheidung gegen Dr. Friedenheim ergangen und sich die Sache zurzeit in der Berufungsinstanz befindet. Sobald diese gesprochen, wird ja, da die Angelegenheit wiederholt die Oeffentlichkeit beschäftigte, der notwendigen Aufklärung seitens Dr. F. nichts im Wege stehen.

Der Vertreter des Dr. F. teilt in seiner Berichtigung nur den Ausgang einer Widerklage — die wir als Antwort auf eine Klage des Dr. F. eingeleitet hatten — mit, schweigt sich aber über das Urteil der Klage vollständig aus. Dadurch wird die Sache auf ein Nebengleis geschoben. Denn es handelte sich in unserem Falle um etwas ganz anderes. Für seine Hilfeleistung bei der Frau A. verlangte Dr. F. — nachdem wir ihn bereits nach den Sätzen der Gebührenordnung mit 35 M. entschädigt hatten — noch ein Resthonorar in Höhe von 21 M. Als ihm das, weil es uns nicht genügend begründet war, verweigert wurde, ließ er durch seinen Vertreter beim hiesigen Magistrat auf den Namen der Frau A. eine Klage gegen die Kasse führen, von welcher das Mitglied keine Ahnung hatte. Diese Klage fiel, nachdem der Magistrat durch Vernehmung der Frau A. festgestellt hatte, daß diese weder von der Klage wußte, noch wissentlich eine Vollmacht dazu gegeben hatte. Nunmehr erhob Dr. F. beim Amtsgericht wegen der 21 M. Klage, und dieses Gericht entschied — was er in der Berichtigung nicht erwähnt —, daß dem Kläger nur eine Forderung von 3 M. gegen die Kasse zusteht, wies ihn mit der Mehrforderung von 18 M. ab und verurteilte ihn, ⅔ der Kosten zu tragen. Das ist der Kernpunkt der Sache. Ehrengericht und Amtsgericht haben sich damit gegen Dr. F. ausgesprochen. Wenn wir angesichts der bekannt gewordenen Manipulationen berechtigte Zweifel an der Dringlichkeit der Hilfsleistungen hegten und deshalb durch die Widerklage eine gerichtliche Nachprüfung herbeiführen wollten, so kann das von Dr. F. überhaupt nicht zur Rechtfertigung seiner Handlungen herangezogen werden.

„Lohnender" Nebenverdienst.

Welches große Maß von Vorsicht den Annoncen gegenüber am Platze ist, die lohnenden Nebenverdienst versprechen, und, wie überaus zahlreich diejenigen sind, die trotz aller Warnungen immer wieder auf den Schwindel hereinfallen, lehrte eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht.

Der frühere Kaufmann, jetzige Invalide Brücken klagte gegen einen gewissen Walter Hoenig, früher Dresden, auf Zahlung von insgesamt 166 M. wegen kündigungsloser Entlassung, restierenden Lohnes und einbehaltener Kaution.

Der Kläger hatte sich auf eine der bekannten Annoncen hin gemeldet. Hoenig verlangte eine Kaution zur Sicherstellung des Materials in Höhe von 6 bis 40 M. Der Kläger Brücken stellte 30 M. Er bekam nun auch Briefbogen mit aufgedruckter Firma — die jedoch gar nicht existierte — zugesandt und trat zum Beklagten in ein Vertragsverhältnis, wonach monatliche Kündigung vereinbart und für die zu schreibenden an Privatleute zu sendenden Briefe pro Stück 20 Pf. zugesichert wurden. Zahlung des verdienten Lohnes sollte halbmonatlich erfolgen. Aber schon nach der ersten Arbeitsleistung erhielt er weder Geld noch Antwort, schöpfte Verdacht und erstattete Anzeige. Jetzt stellte sich heraus, daß über 800 derartige Fälle vorliegen. Hoenig wurde wegen Kautionsschwindel strafrechtlich zu 9½ Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Erledigung des Strafverfahrens konnte die Klage vor dem Gewerbegericht seinen Fortgang nehmen, mußte jedoch wegen Unzuständigkeit abgewiesen werden, denn Hoenig hatte im Strafprozeß zugegeben, daß es ihm lediglich auf die Erlangung der Kautionssumme angekommen sei. Mithin lag kein gewerbliches Arbeitsverhältnis, sondern ein Betrugsfall vor und dafür ist das Gewerbegericht nicht zuständig.

Bemerkenswert ist, daß sich unter den vielen Hundert Hereingefallenen nicht nur solche befinden, die aus tiefster wirtschaftlicher Not zu der „lohnenden Nebenbeschäftigung" als einem letzten, rettenden Strohhalm griffen, sondern daß auch Beamte, Lehrer usw. dabei waren. Diese haben sich zwar nicht auf den öffentlichen Aufruf der Kriminalpolizei gemeldet, aber der Beklagte hat sie dann selbst noch angegeben. Jedenfalls ist es eine Ungeheuerlichkeit, daß Leute, die sich in fester Anstellung befinden, sich nicht scheuen, die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes zu verschlechtern.

Letzte Nachrichten.

Zur Unterstützung der japanischen Forderungen.

Tokio, 15. September. (W. T. B.) Zwei japanische Kreuzer sind von Saseho nach Nanking beordert worden.

Huertas Opfer für Amerika.

New York, 15. September. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Mexiko City hat Präsident Huerta die Demission des Ministers des Innern Urrutia angenommen, der der Urheber des sogenannten Ultimatums an die Vereinigten Staaten war zu der Zeit, wo Linds Mission angekündigt wurde.

Explosion auf einem Bergungsdampfer.

Helsingfors, 15. September. (W. T. B.) Während der Arbeiten zur Hebung eines gesunkenen Schiffes ereignete sich auf dem Bergungsdampfer eine Explosion; der Dampfer sank, der Kapitän, ein Taucher und zwei Matrosen sind ertrunken.

Polizeikampf mit Räubern.

Kiew, 15. September. (W. T. B.) Als eine Polizeiabteilung in der Vorstadt Podol drei Räuber zu verhaften versuchte, kam es zu einem Feuergefecht; ein Räuber wurde getötet, die beiden anderen entkamen, einer davon verwundet. Ein Schutzmann ist schwer, einer leicht verwundet.

A. Wertheim G. m. b. H.

Leipziger Str. König-Str. — *Die neue Preisliste für Herbst u. Winter ist erschienen. Versand-Abteilung Berlin W 66* — Rosenthaler Str. Oranien-Str.

Extra-Preise Dienstag bis Donnerstag

Damenkleider

Damenkleid aus reinwoll. Cheviot, Taille mit Sammet und Tüllrüsche garniert, Rock mit Knopfgarnitur **21.50**

Damenkleid aus Ramagé, Taille moderne lose Form mit Tülleinsatz, Rock mit Seidengürtel u. Knöpfen **45.—**

Damenkleid aus Wollcotelé, Taille m. Tülleinsatz, Rüschen u. Pelzgarnitur, Rock moderne Raffung . . . **53.—**

Damenkleid aus Satin-Grenadine, Taille moderne lose Form mit Tüllrüsche, Rock mit Bajaderengürtel, modern gerafft . . . . . **72.—**

Mädchen-Garderobe

Taillenkleid aus reinwollenem Cheviot mit Faltenrock und farbiger Garnitur
für 6 bis 14 Jahre Länge ca. 68 bis 104 cm **6.75** bis **11.25**

Schulkleid Taillenkleid aus gestreift. Wollstoffen mit Leinenkragen u. reich gepaspelt
für 6 bis 14 Jahre Länge ca. 68 bis 104 cm **8.—** bis **12.50**

Neue Blusen

Bluse aus Wollkrepp, in neuen Farben, mit großem Batist-Plissé, lange Aermel **3.75**

Bluse aus Wollkrepp, mit Moiré und gestreifter Seide garniert, lange Aermel **9.50**

Bluse aus Messalineseide, mit langen Aermeln und Kragen garniert, neue Farben **9.75**

Bluse aus gestreifter Seide, mit Moiré und Kragen garniert **9.75**

Bluse aus Messalineseide, mit Rippstoff und Krawatte garniert neue Farben, lange Aermel **10.25**

Bluse aus Pailletteseide, mit Pelzbesatz und Plissé garniert, neue Farben **10.50**

Bluse aus gemustertem Tüll, mit Kragen garniert . . . . . **11.—**

Bluse aus Pailletteseide, mit Moirékragen, Weste aus baumwollenem Krepp mit Spitzen **11.25**

Bluse aus Wollkrepp, mit Moiréeinsatz und Chiffon **11.50**

Bluse aus Pailletteseide, moderne Westenfasson **11.75**

Bluse aus modernem Damassèstoff, mit Rüsche garniert, elegante Form, neue Farben **16.75**

Bluse aus Spachtel-Tüll, mit Pelzbesatz und farbigem Damassé garniert **18.75**

Morgenröcke

Matinée aus prima bedrucktem Velours-stoff, in verschiedenen, modernen Fassons . . **3.90**

Matinée aus halbwollenem Flauschstoff mit Sammetkragen und Aermelaufschlägen . . **6.25**

Morgenrock aus Flauschstoff, moderner Kimonoärmel und reicher Atlasgarnitur . . . **8.75**

Morgenrock aus reinwoll. Velours, Empireform mit breitem Sammetschalkragen und Aermelaufschlägen **16.50**

Besonders billiges **Linoleum**

Linoleum-Vorleger

45-45	45-65	50-90	70-90	70-115	90-130
38 Pf.	55 Pf.	85 Pf.	1.—	1.55	2.25

Inlaid-Linoleum-Vorleger durchgemustert 50-90 **1.55** 70-100 **2.25**

Nur Dienstag, soweit vorhanden

Heute billige Lebensmittel

Diese Artikel werden nicht zugesandt.

Ochsenschmorfleisch . . Pfund **1.—**
Hammelkeule . . . . . Pfund **80** Pf.
Hammelrücken . . . . . Pfund **70** Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pfund **75** Pf.
Hammeldünnung . . . . Pfund **65** Pf.
Hammelkotelettes . . . 2 Stück **25** Pf.
Rückenfett . . . . . Pfund **65** Pf.
Liesen . . . . . Pfund **75** Pf.
Kleinfleisch gepökelt . . . . Pfund **35** Pf.

Schweinskopf gepökelt . . . Pfund **35** Pf.
Frische Bratwurst . . . Pfund **80** Pf.
Rotwurst . . . . . Pfund **85** Pf.
Landleberwurst . . . . Pfund **1.—**
Jagdwurst . . . . . Pfund **1.05**
Braunschweig. Mettwurst Pfd. **1.20**
Teewurst . . . . . Pfund **1.30**
Bauernmettwurst . . . . Pfund **1.25**
Gänsebrust in ganzen und halben Brüsten . . . . Pfund **1.60**

Thüring. Pflaumen 5 Pfd. **20** Pf.
Grüne Bohnen . 2 Pfund **10** Pf.

Kabeljau m. Kopf, in ganz. Fisch., Pfd. **8** Pf.
Kabeljau ohne Kopf, i. ganz. Fisch., Pfd. **11** Pf.
Seelachs o. Kopf in ganz. Fischen, Pfd. **11** Pf.
Schellfisch . . . . . Pfund **12** Pf.
Große Schollen . . . . . Pfund **25** Pf.

Steinbutt . . . . . Pfund **68** Pf.
Lebende Aale Pfd. **65 85 1.— 1.15**
Lebende Karpfen . . . . . Pfund **85** Pf.
Junge Rebhühner Stück **50** Pf. bis **1.50**
Tauben . . . . . Stück **35 55 70** Pf.
Große Brathühner **1.20** bis **2.—**
Eß- und Kochbirnen . 2 Pfund **25** Pf.
Kaiserkronen . . . . . Pfund **20** Pf.
Kochäpfel . . . . . Pfund **10** Pf.

Graue Reinetten . . . . . Pfund **10** Pf.
Tiroler Tafeläpfel . . . 2 Pfund **35** Pf.
Weintrauben Pfd. **23** Pf., Kiste **75, 1.70**
Pfirsiche . . . . . Pfund **35** Pf.
Ananas . . . . . Pfund **68, 75** Pf.
Weiß-, Rot-, Wirsingkohl (große Köpfe) . . . . . Kopf **3** Pf.
Spinat . . . . . 2 Pfund **10** Pf.
Große Einmache-Gurken Pfund **17** Pf.

Theater.

Dienstag, 16. September 1913.

Anfang 7 Uhr.

Lessing. Peer Gynt.
Deutsches Künstlertheater. Wilhelm Tell.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Tannhäuser.
Kgl. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Kammerspiele. Franziska.
Kleines. In Ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Serriac.
Berliner. Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsch. Schauspielhaus. Sieben tolle Tage.
Deutsches Opernhaus. Der Freischütz.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Schiller O. Am Tage des Gerichts.
Schiller Charlottenburg. Die Stützen der Gesellschaft.
Thalia. Puppchen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Kasino. Der Aktientenor oder Caruso auf Teilung.
Trianon. Der abgerissene Glockenzug. Untreu.
Herrnfeld. Liebesprobe. Schonzeit-Jäger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8¼ Uhr.

Residenz. Die Frau Präsidentin.
Lustspielhaus. 777:10.
Rose. Die Schiffbrüchigen.
Luisen. Weh' dem, der lügt!
Folies Caprice. Ritter Baldrian. Die Mißgeburt. Das Adoptivkind.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Voigt. Wohltäter der Menschheit.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Die Siebzehnjährigen.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Theater des Westens.
Beginn der Spielzeit:
Sonnabend, den 20. September:
Gräfin Pfifi.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Cyrano von Bergerac.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Freiwild.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
7½ Uhr, zum ersten Male:
Das Paar nach der Mode.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater am Nollendorfplatz.
Ensemble-Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Abends 8 Uhr: Gastspiel
Der lachende Ehemann.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr.
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Gr. Ausstattungsst. m. Ges. u. Tanz in 19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Woll, Ludwig Woll.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Einzig. Varietétheat. 1. Ranges.
Neu! der phänomenale Jules Cheroy. Magcagno Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor oder Caruso auf Teilung.
Sonntag, den 21., nachm. 4 Uhr: **Ein toller Ehemann.**

Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Eröffnungsvorstellung
7 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Mittwoch 7½ Uhr: **Wilhelm Tell.**

Zirkus-Tunnel
im Zirkus Schumann, Karlstraße.
Wieder eröffnet.
Glänzendes Programm.
25 Mann Hauskapelle.
Jeden Sonnabend: **BALL.**
Wochentags 20 Pf., Sonnabend mit Tanz 30 Pf.
Sonntags statt 50 Pf. nur 35 Pf.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
Theaterstück in 3 Akten v. Brieux.

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstr. 64.
Donnerstag, den 18. Septbr. 1913
Eröffnungs-Soiree
der allgemein beliebten u. bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständig neuem Programm.
Anf. 8 Uhr. Nach der Soiree:
Frei-Tanz.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag:
Gr. Militär-Streichkonz.. Hoffmanns Säng. u. Ball

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. 8¼ Uhr: Weh' dem, der lügt! Mittwoch: Dorf und Stadt. Freitag: Die Allwördens.
Walhalla-Theater. Täglich 8¼ Uhr: Der Liebesonkel. Posse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Konzert des Erkschen Männer-Gesangvereins
Chormeister: Prof. Max Stange, unter Mitwirkung des
Berliner Konzerthaus-Orchester! Leitung: Komponist Frz. v. Blon und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Anfang 8 Uhr.
Alle Vergünstigungen aufgehoben.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Del.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 16. September: Volks-Konzert
Blüthner-Orchester (60 Künstler)
Dirigent Guido von Fuchs
und der Königlichen Kammersängerin **Elisabeth Böhm van Endert**
Anfang 8½ Uhr. Abendkasse 1 M.
Billetts im Vorverkauf 30 Pf. sind bei den „Vorwärts"-Spediteuren Hanisch, Ackerstr. 174, und Zucht, Emmanuelkirchstraße 12, zu haben.

Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: Sieben tolle Tage.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr:
Das
Unlösbare Rätsel
des geheimnisvollen Radfahrers bildet (in der Nr. „Das Mirakel") die Hauptattraktion des neuen Programms. Hierzu die glänz. Spezialitäten:
Kapt. Wall mit seinen Krokodilen.
Briant (Mensch oder Puppe?).
Les Pissiutis, akrobatischer Reiakt.
Neue Dressuren. Neue Reiterei.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Dienstag, den 16. September 1913:
Wohltäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akt. v. Felix Philippi.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Passage-Panoptikum
Der Mann mit der eisernen Faust
d. größt. Kraftphän. aller Zeiten lebend zu sehen!
Die Offenbarungen der Traummalerin
Frau Assmann,
d. Aufsch. d. wissensch. Kreise.
AGA die schweb. Jungfrau.
Buddha die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

8¼ Uhr **Residenz-Theater** 8¼ Uhr
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente.)
Schwank in 3 Akt. v. M. Hennequin und P. Veber.
Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr: **Untreu.**
Vorher: Der abgerissene Glockenzug.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
All abendlich Flirt in St. Moritz.
Beginn d. Vorstellung ½9 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr halbe Kassenpreise.

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

ZOOLOGischer Garten
Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Zirkus Albert Schumann.
Eröffnungs-Vorstellung
Mittwoch, den 17. September
Abends 8 Uhr
Vorverkauf an der Zirkuskasse, bei A. Wertheim, Leipziger Straße, und Invalidendank, Unter den Linden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Erster Verhandlungstag.

Jena, 15. September.

Vormittagssitzung.

Ebert eröffnet die Verhandlungen Schlag 9 Uhr. Von der französischen Sozialdemokratie ist folgendes Telegramm eingelaufen: Die französische Sektion der Arbeiter-Internationale begrüßt die deutsche sozialdemokratische Partei, die auf ihrem Kongreß vereint ist, und versichert sie der vollen brüderlichen Solidarität in dem Kampfe, den sie gemeinsam führt für das Proletariat der ganzen Welt. (Beifall.) Als Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs ist Genosse Stein erschienen.

Die Geschäftsordnung ist vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geändert worden. Die Aenderungen sind nur formaler Natur. Sachlich ist die alte bewährte Geschäftsordnung beibehalten.

Ohne Debatte nimmt der Parteitag die neue Geschäftsordnung unverändert an.

Ebert: Parteivorstand und Ausschuß haben beschlossen, auch die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern. Die Frage steht in Zusammenhang mit der parteipolitischen Situation und mit der Tätigkeit des Parteivorstandes. Der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung soll deshalb die Frage des politischen Massenstreiks ebenfalls erörtern, dann aber sollen die Verhandlungen getrennt werden, und zwar soll zunächst verhandelt werden über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, die hier einschlägigen Anträge und dann soll gesondert verhandelt werden über die Frage des politischen Massenstreiks.

Darauf wird über die zur Tagesordnung des Parteitages gestellten Anträge entschieden. Die Anträge 1 und 87, die die Behandlung der Arbeitslosenfürsorge fordern, werden für erledigt erklärt, da dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung steht. Antrag 2, der die Behandlung der Massenstreikfrage verlangt, ist ebenfalls erledigt. Die Anträge 3, 4 und 5, die verlangen, daß die Massenstreikfrage zusammen mit der Wahlrechtsfrage verhandelt wird, werden für erledigt erklärt, da es auch die Ansicht des Parteivorstandes und des Referenten ist, daß diese Fragen gemeinsam behandelt werden müssen. Antrag 86 wird zurückgezogen.

Der Parteitag beschließt, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung. Den

Bericht des Vorstandes

erstattet Scheidemann.

Der Parteivorstand hat schon vor drei Monaten seinen Bericht veröffentlicht. Ich nehme an, daß Sie ihn alle kennen. Es war die letzte Arbeit, woran unser Bebel mitgearbeitet hat. Ich verweise auf diesen schriftlichen Bericht und sehe es nur als meine Aufgabe an, Ergänzungen dazu zu geben. So wie 1912 das letzte Jahr gewesen ist mit dem Genossen Bebel, so war es das erste Jahr mit dem in Chemnitz eingesetzten Parteiausschuß. Es freut mich, ausdrücklich feststellen zu können, daß diese Einrichtung sich außerordentlich gut bewährt hat, und ich freue mich um so mehr, das feststellen zu können, weil auch vereinzelt bereits gegen den Parteiausschuß und in Verbindung damit auch natürlich gegen den Parteivorstand wieder schwere Vorwürfe erhoben sind. Es ist in einer öffentlichen Versammlung von einem Genossen in einer einflußreichen und verantwortungsvollen Stellung die Behauptung aufgestellt worden, anstatt den Parteiausschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe man ihn zur Erledigung von Verwaltungsfragen herangezogen, die ohne ihn hätten erledigt werden können. Wenn ich sage, diese Behauptung ist irrtümlich, so trifft das daneben, denn entweder hat der betreffende Genosse nicht gewußt, was der Parteiausschuß bisher gemeinsam mit uns gearbeitet hat, und dann beging er keinen Irrtum, als er diese Behauptung aufstellte, oder er hat es gewußt und dann ist natürlich die Situation für ihn noch peinlicher. Ich stelle fest, daß alle unsere parteipolitischen Aktionen in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten sind. Und mehr noch. Auch alle Aktionen, die bei dieser oder jener Gelegenheit noch hätten vorgenommen werden können, die aber nicht stattgefunden haben, sind in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten. Ich werde auf die Art und Weise, wie wir gemeinsam gearbeitet haben, noch zurückkommen. Zunächst einige Mitteilungen, die ich pflichtgemäß machen muß.

Der Chemnitzer Parteitag hat uns zahlreiche Anträge überwiesen, mit denen wir uns im Laufe des Jahres beschäftigen mußten. Ich will nur auf einige hinweisen, die uns längere Zeit hier beschäftigt haben und die wir auch in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß haben behandeln müssen. In Chemnitz wurde uns die Angelegenheit auf Ausschluß eines Genossen, der aus einer Bruderpartei ausgeschlossen war und den Anschluß in der deutschen Organisation nachsuchte, jedoch abgewiesen und nun in einer anderen Stadt aufgenommen wurde, ausdrücklich überwiesen. In welcher Weise der Parteivorstand im Einverständnis mit dem Parteiausschuß glaubt, in dieser Sache zu Ende zu kommen, ersehen Sie aus dem Antrag 75. — Dann ist vom Chemnitzer Parteitag uns der Antrag 119 überwiesen worden, der bestimmte

Veranstaltungen für Jugendliche

im Alter von 18—21 Jahren wünscht. Zentralbildungsausschuß, Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich vollkommen einig in der Frage, daß alles geschehen muß, was irgendwie geschehen kann, um die Jugendbewegung zu fördern. Das ist um so selbstverständlicher, weil wir wissen, wie durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen unsere proletarische Jugendbewegung genau so sehr gehemmt wird, wie man andererseits die ausgesprochen politisch patriotische Jugendbewegung, namentlich den Jungdeutschlandbund, unter allen Umständen zu fördern sucht. Das ist ein ganz besonderes Kapitel, auf das ich natürlich nicht näher hier eingehen kann. Aber das möchte ich doch kurz feststellen: es ist unerhört, wenn man sehen muß, wie Veranstaltungen rein wissenschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert hat aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven. (Hört! hört!) Es ist also ganz selbstverständlich, daß wir die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördern müssen, daß ihr unsere ganzen Sympathien gehören müssen. (Bravo!) Nun war uns also der Auftrag geworden, besondere Veranstaltungen zu treffen für die jungen Leute im Alter von 18—21 Jahren. Das ist die Altersklasse, die bereits berechtigt ist, in politische Organisationen einzutreten, denn es ist ja „nur" denen unter 18 Jahren verboten, während die jungen Leute von 18—21 Jahren natürlich unvorbereitet, politisch nicht geschult, in unsere Organisationen hineinkommen, und wir mit ihnen insofern Schwierigkeiten haben, als diesen jungen Leuten selbstverständlich das Verständnis für rein geschäftliche Veranstaltungen der politischen Organisation fehlen muß, daß sie sich schließlich in diesen Versammlungen langweilen usw. Deshalb waren eben besondere Veranstaltungen für diese jungen Leute verlangt. Was geschehen solle, darüber war auch vollkommene Einigkeit zwischen den drei Korporationen. Es ist ein Zirkular ergangen an die Parteiorganisationen und alle Bildungsausschüsse, in dem diese drei Korporationen bestimmte Vorschläge machen, wie man am besten diesen jungen Leuten vorwärts helfen kann. Es heißt da: es interessiert die jungen Arbeiter in jenen Jahren, die allgemeinen Fragen der Weltanschauung mit ihren Altersgenossen zu diskutieren. Die Organisation muß dieser Jungmannschaft deshalb Gelegenheit zu geistiger Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen geben. Es werden dann bestimmte Vorschläge gemacht, wie die großen, wie die kleinen Organisationen arbeiten sollen, wie sie die jungen Leute einführen sollen in bestimmte Wissensgebiete usw. Die Einzelheiten zu schildern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht fest, daß wir alles Mögliche tun werden und auch glauben, bisher getan zu haben, um die Jugendbewegung zu fördern. Ich glaube deshalb, daß man wohl die Anträge, die jetzt gestellt worden sind, in denen das gefordert wird, was in Wirklichkeit bereits ausgeführt ist, und zwar den Antrag 77 von Weimar, als erledigt ansehen kann.

Der vorige Parteitag hat uns aber auch zur Erwägung übergeben einen Antrag, in dem die

Einsetzung einer Studienkommission

gefordert wurde, die die bestimmte Aufgabe haben sollte, auf agrarischem Gebiete zu arbeiten. Wir haben uns auch mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und der Parteiausschuß hat allen von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt. Wir schlagen Ihnen vor, daß eine solche Studienkommission eingesetzt werden soll. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. Wie diese Studienkommission arbeiten soll, welche Aufgaben man ihr stellt, ist eingehend erörtert worden in einem Artikel, der in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" vom Genossen Braun veröffentlich worden ist. Dieser Artikel ist im wesentlichen der Niederschlag einer Rede, die Braun seinerzeit in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß gehalten hat. Parteiausschuß und Vorstand schlagen Ihnen vor, die Wahl dieser Studienkommission diesen Korporationen zu überlassen. Es empfiehlt sich das deshalb, weil man natürlich die Zusammensetzung einer solchen wirklichen Arbeitskommission, die ein ganz bestimmtes Gebiet beackern soll, nicht unter Umständen einer Zufallsmehrheit überlassen soll, sondern weil es notwendig ist, daß die Leute, von denen man bestimmt weiß, sie bringen dieser Sache Interesse entgegen und vielleicht schon bestimmte Kenntnisse auf diesem Gebiete mit, mit Sicherheit in diese Kommission hineinkommen. Es soll diese Kommission auch das Recht der Kooperation haben. Das ist wohl selbstverständlich, daß sie die Möglichkeit haben muß, sachverständige Berater hinzuzufügen. Ich hoffe, daß Sie diesen Vorschlägen zustimmen würden. Dadurch würden sich die Anträge 13 und 14 erledigen.

In der Vorlage finden Sie auch in diesem Jahre wie früher schon einige Anträge, die die Herausgabe einer besonderen Modenzeitung verlangen. Wir haben uns im Parteivorstand mit diesem Vorschlag, der gewiß nichts besonders revolutionäres an sich hat (Heiterkeit), lebhaft beschäftigt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, es empfiehlt sich nicht, diese Angelegenheit breit auf dem Parteitag zu erörtern. (Sehr richtig!) Wir haben wiederholt in langen Sitzungen mit sachverständigen Leuten darüber beraten und sind nach Einholung von Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß ein solches Unternehmen für einen Privatkapitalisten, der mindestens eine Million hineinstecken kann, eine sehr riskante Sache ist, jetzt bei der obwaltenden Konkurrenz und bei den eigenartigen monopolartigen Unternehmungen auf diesem Gebiet damit anzufangen. Für die politische Partei erscheint die Ausführung eines solchen Unternehmens absolut unmöglich. (Sehr richtig.) Wir treten aber nicht mit leeren Händen vor Sie hin. Wir haben während der Beratungen einen Beschluß gefaßt, zu dem wir die Zustimmung des Parteiausschusses erhalten haben, und zu dem wir auch Ihre Zustimmung erhoffen. Wir haben nämlich beschlossen, ein

illustriertes Familienblatt

für die Partei herauszugeben, das alle 14 Tage erscheinen soll. Es soll in Großquartformat auf bestem Papier gedruckt werden, etwa 40 Seiten stark sein und 25 Pfennig pro Nummer kosten. Es soll die beste Unterhaltungsliteratur geboten werden, es soll das Wichtigste aus den Gebieten von Kunst, Wissenschaft und Technik gebracht werden; es soll aber nicht nur literarische Kost geboten werden, sondern auch den Wünschen, die wir in den Anträgen von Teltow-Beeskow und anderen Vereinen finden, nach Möglichkeit Rechnung getragen werden, indem auch Hauswirtschaftliches gebracht werden soll, Mitteilungen und Rezepte für Küche und Keller usw., Muster einfacher Kleider, namentlich von Kinderkleidern u. dergl. Ich glaube, so wie bisher dieses Projekt allseitig bei denen, mit denen wir darüber sprechen konnten, Beifall gefunden hat, so werden auch Sie das Unternehmen mit Freude begrüßen. Es wird leider nicht möglich sein, die erste Nummer vor dem nächsten Parteitag herauszubringen. Es sind doch viele Schwierigkeiten damit verknüpft. Wir haben alle möglichen Versuche gemacht, eine Redaktion zusammenzubringen, die der großen Aufgabe gewachsen ist. Wir sind mit der Zusammensetzung dieser Redaktion noch nicht zu Ende gekommen. Es kommen auch Schwierigkeiten hinzu bei der Bestellung der Maschinen, denn wir wollen auch hier das denkbar beste liefern und das Tiefdruckverfahren von vornherein einführen, um die denkbar besten Illustrationen zu bringen. Ich hoffe, Sie werden alles tun, um der Einführung des neuen Blattes die Wege zu ebnen, damit wir die Schundliteratur, die sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen findet, durch ein wirkliches gutes sozialdemokratisches Blatt verdrängen.

Ich komme auf den schriftlichen Bericht zurück. Begreiflicherweise hat es ungemein überrascht, daß die

Fortschritte unserer Organisation

hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht den Fortgang genommen haben, den wir allgemein erwarteten. Und doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, ist die Ursache sehr leicht zu finden. Wenn in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Krise hereinbricht. Tausende und Abertausende arbeitslos werden und ihren Arbeitsort verlassen müssen, ohne daß neue Arbeiter dafür hinzukommen, so ist das schon ein sehr plausibler Grund für den Rückgang oder den Stillstand der Organisation in vielen Orten. (Sehr richtig!) Ich will auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, das wird Kollege Braun nachher tun. Ich habe mich zunächst zu befassen mit eigenartigen Schlüssen, die aus dem geringen Fortgang der Organisation gezogen worden sind und die auf sehr schwere Vorwürfe gegen den Parteivorstand hinauslaufen. Die Gegner haben ja von jeher gesagt, daß die Sozialdemokratie anfange, stillzustehen, sie haben von einem Krebsgang gesprochen und wir kennen ja das Wort von der vorübergehenden Erscheinung. Das sind trügerische Hoffnungen der Gegner. Niemals hat sich die Entwickelung unserer Organisation in gerade aufsteigender Linie vollzogen. Selbst im Wahljahr 1912 mußten wir trotz der Wahlagitation in nicht weniger als 71 Wahlkreisen einen absoluten Rückgang in der Organisation feststellen. Das hat also gar nichts Beängstigendes an sich. Es kommen da Ursachen in Betracht, die uns nicht zu schrecken brauchen. Jetzt sind vielleicht diejenigen Parteigenossen — ich bitte, das aber nicht mißzuverstehen — zufrieden, die bei dem schnellen Wachstum früher immer gesagt haben: wir wachsen viel zu schnell in die Breite, aber nicht in die Tiefe. (Sehr gut.) Der Vorwurf kann jetzt gar nicht erhoben werden. Im Vorjahre ist alles Erdenkliche geschehen, um dafür zu sorgen, daß auch der Sozialismus mehr in die Tiefe dringt. Unsere Arbeitsleistung kann sich sehen lassen. In der inneren Organisationsarbeit sowohl, wie bei der allgemeinen Verbreitung der sozialistischen Lehre und Parteitheorie sind wir vorgegangen in einem Maße wie selten zuvor. Besonders auf dem Gebiete der Jugendbewegung und der Frauenbewegung haben wir eine Arbeit geleistet wie bisher noch niemals. Redner verweist auf die Zahlen aus dem letzten Geschäftsjahre. Bei ihrer Würdigung ist wohl zu beachten, daß das Berichtsjahr nur neun Monate umfaßt, während die Vergleichszahlen für 1912 sich auf ein volles Jahr verteilen. Redner gibt die Zahlen aus dem Vorstandsbericht über die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, den Ausbau der Frauenorganisation, die Zahl der Abgeordneten in den verschiedenen Körperschaften usw. Was besonders von den Frauen an Kleinarbeit geleistet worden ist, ist aller erdenklichen Dankbarkeit wert. (Beifall.)

Wenn ich nun zu einem anderen Teil meines Vortrages übergehe und dabei eine Anzahl von Aeußerungen mehr oder weniger bekannter Genossinnen und Genossen anführen muß, so werde ich in indirekter Rede zitieren und keine Namen nennen, denn es kommt auf die sachlichen Ausführungen an. Irgend welche Voreingenommenheit gegen irgend jemand liegt mir und dem ganzen Parteivorstand fern. Von jedem, der in der Partei über Parteifragen sich äußert, müssen wir annehmen, daß er es tut in der festen Ueberzeugung, der Partei damit nutzen zu wollen. Wenn hierbei über die Stränge geschlagen wird, so ist das bedauerlich und wir können nur immer wieder wünschen, daß alle öffentlich redenden und schreibenden Genossen sich jederzeit ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt seien. (Beifall.) In einer sächsischen Versammlung hat ein bekannter Parteigenosse gesagt: der Mißerfolg in der Agitation und Organisation ist dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung zuzuschreiben. (Hört, hört!) Solche Worte wirken fort in der Masse, nicht zum Segen der Partei und nicht zum Nutzen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Wo sind denn überhaupt solche Mißerfolge in der Agitation und Organisation? Eine solche Behauptung ist einfach falsch, und wer glaubt, imstande zu sein, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Massen das Vertrauen zu ihrer Leitung verloren haben? Traurig wäre es, wenn das der Fall wäre. Dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Organisationen statt Fortschritte zu machen, rückwärts gehen würden.

Ein anderer Genosse, es war auch ein Sachse (Heiterkeit), kritisierte die Fraktion in Grund und Boden wegen ihres Verhaltens in einer bestimmten Frage und machte dafür dem Parteivorstand Vorwürfe! Kein verständiger Mensch kann sagen, daß solche unüberlegte Aeußerungen der Partei nützlich sein können (Zustimmung), und wenn in temperamentvoller Weise von einer greisenhaften Ermattungsstrategie, von Organisationshochmut geredet wird und die Nichtorganisierten als Wunderknaben hingestellt werden, die alles Gute in der Partei gemacht haben (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung), wer wird sich dann wundern, wenn in der Agitations- und Organisationsarbeit Schwierigkeiten entstehen? (Lebhafte Zustimmung.) Gegenüber den Andeutungen, wie in der Partei eigentlich hätte gearbeitet und gewirkt werden müssen, sehe ich mich gezwungen, einen kurzen Abriß der parteipolitischen Situation zu geben. Unsere große

Protestaktion gegen die agrarische Lebensmittelteuerung

ist mit großer Schnelligkeit durchgeführt worden und hat schließlich die Regierung zu einer Reihe von Konzessionen gezwungen, wenn diese auch nur kleinere sind und in erster Linie für die Gemeindepolitik in Betracht kommen. Als durch den Balkankrieg und den Imperialismus die

Kriegsgefahr

immer größer wurde, hat das deutsche Proletariat, das in Oesterreich und Frankreich seine volle Schuldigkeit getan. Bis ins kleinste Dorf hinein, ist von den Sozialdemokraten über den Imperialismus gesprochen worden und ist den Leuten, die oft das Wort noch nie gehört hatten, plausibel gemacht worden, was es bedeutet und was für große, jeden einzelnen betreffende Fragen damit zusammenhängen. In Millionen von Exemplaren wurde ein zweisprachiges Manifest in Frankreich und Deutschland verbreitet, wir hatten eine Bewegung, wie selten zuvor in bezug auf die Zahl, als auch auf die Wucht unserer großen Demonstrationsversammlungen. Man hat in keinem Lande ähnliches gemacht, ich habe es aus eigener Anschauung kennen gelernt. Damals schoß auch die deutsche Polizei den Vogel ab und blamierte sich grenzenlos durch das Verbot an den französischen Genossen Compère-Morel, in Magdeburg in seiner Muttersprache zu reden. Der Baseler Kongreß war die Krönung der ganzen Parteiarbeit. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam da, als wir in einer großen lebhaften Bewegung waren, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte,

die neue Militärvorlage,

und durch die Reihen der deutschen Proletarier ging ein Schrei der Empörung. So wie bisher gegen den Imperialismus, so richteten wir nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage: Versammlungen folgten auf Flugschriften, die Bewegung nahm zunächst einen mächtigen Aufschwung, dann aber flaute sie nach und nach ab, aber nicht, weil der Parteivorstand versagt hat, sondern weil allmählich selbst in dem kleinsten Dorf bekannt geworden war, daß die Annahme der Vorlage durch alle bürgerlichen Parteien absolut sicher war und weil dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die Regierung mit direkten Besitzsteuern kam. Die Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden, es waren Steuern, die nicht in erster Reihe die Massen treffen konnten, sondern durch die der Besitz herangezogen werden sollte. (Sehr richtig!) Da kamen aber eigenartige Taktiker der Partei und sagten: Das ist ja gar nicht wahr! Es ist immer unbegreiflich gewesen, daß es einige Parteigenossen gibt, die nicht zugeben wollen, daß die Sozialdemokratie etwas erreicht hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Was soll es denn heißen,

offenkundige Errungenschaften der Sozialdemokratie

einfach aus der Welt wegzudisputieren. (Sehr wahr!) In der „Neuen Zeit" hat ein Genosse geschrieben, daß bei dieser Bewegung die Parteipresse versagt habe. In dieser Allgemeinheit unterschreibe ich den Satz nicht, aber ganz aus der Luft gegriffen, ist er auch nicht. (Sehr richtig!) Mit dem Satz in unserem Bericht: „wir wollen es ununtersucht lassen, ob die Parteipresse alles getan ist, um an die indifferenten Massen heranzukommen" haben wir angedeutet, daß unsere Blätter zu sehr für die eigenen Parteigenossen schreiben und an die Werbearbeit bei den Indifferenten, die doch unsere Ausdrucksweise und unsere stehenden Formen noch nicht kennen, vergessen. Weiter schreibt der betreffende Genosse in der „Neuen Zeit": „Auch der Parteivorstand hat wahrscheinlich nicht aktiv genug eingegriffen." Wahrscheinlich!

Das ist ziemlich selbstverständlich. (Heiterkeit.) In den Parteivorstand wählt man natürlich diejenigen Leute, von denen man annimmt, sie werden unter allen Umständen in allen Situationen versagen und deshalb ist es wahrscheinlich, daß der Parteivorstand nachher versagt hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut.) Wahrscheinlich hat der Parteivorstand versagt. Genaueres weiß man nicht. (Heiterkeit.) Ob überhaupt ein Flugblatt über die Rüstungsskandale und die Liebknechtschen Enthüllungen herausgegeben

ist, das ist dem Artikelschreiber unbekannt. Aber sicher ist, daß ein solches Flugblatt nicht verbreitet ist. (Heiterkeit.) — Als diese Nummer der „Neuen Zeit" herauskam, hatte der Parteivorstand über diese ganz spezielle Frage bereits nicht weniger als vier Flugschriften herausgegeben. (Hört, hört!) Die Flugschriften wurden in Millionen verbreitet, und ich bemerke nebenbei, daß man nicht überall das gleiche Flugblatt verbreiten, sondern daß man es auf die lokalen Verhältnisse zuspitzen soll. Wir haben also getan, was wir nach bestem Wissen tun zu müssen glaubten. In einer eigenen Sitzung des Parteiausschusses am 9. Juli wurde das Abflauen der Bewegung erörtert, und einmütig hat der Parteiausschuß erklärt, daß man die abflauende Bewegung nicht neu entfesseln könne, weil das künstlich nicht zu machen gehe. (Sehr richtig!) Der Parteiausschuß erklärte, daß das Volk aus den Bewegungen gegen Teuerung, Krieg, Imperialismus und Rüstungen gar nicht herausgekommen sei und daß es nun, wo die Einbringung direkter Besitzsteuern sicher war, unmöglich sei, das Abflauen der Bewegung zu verhindern. Die Genossen, die das erklärt haben, die leben wirklich in der Masse!

Die preußischen Landtagswahlen

brachten uns eine Million Stimmen, aber aus eigener Kraft nur ein neues Mandat und drei weitere infolge einer Verständigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei über das Verhalten in einigen Wahlkreisen. Man müßte doch annehmen, daß es die Massen aufpeitschen muß, wenn sie die **empörenden Folgen des preußischen Dreiklassenwahlrechts** aufs neue erfahren und gesehen haben, daß es auf der einen Seite genügt, tausend abkommandierte Wähler, Landarbeiter und Güterbeamte zu seinen Wählern zu haben, um ein Mandat zu erlangen, während auf der anderen Seite hunderttausend Mann unter den schwierigsten Umständen unter der Gefahr der Maßregelung an den Wahltisch treten müssen, um ein solches Ergebnis zu erreichen. Man muß sich wundern, daß das Volk nicht in Wallung gerät über derart himmelschreiende Zustände. (Sehr wahr!) Alle diese Tatsachen riefen naturgemäß ein Unbehagen unter den Parteigenossen hervor, man debattierte und schien immer vorbei zu raten. Bis endlich das Stichwort fiel:

Massenstreik!

Daran schloß sich eine merkwürdige Debatte, die ergab, daß an einen Massenstreik jetzt nicht zu denken sei. (Sehr richtig!) Genossinnen und Genossen, das haben wir uns im Parteivorstand auch gesagt, und deshalb haben wir den Mund gehalten. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut!), weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt nicht machen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung gewesen, daß man nicht so weit die Ritterlichkeit zu treiben braucht, dem Gegner zu sagen, Du, ich habe noch eine Waffe. Wenn ich die benutze, dann bist Du verloren. Aber Du kannst getröstet sein, jetzt kann ich sie augenblicklich nicht benutzen. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Das war das Gefühl, das wir gehabt haben und ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir **mit dieser Massenstreikdebatte zur unrechten Zeit eingesetzt** haben. Es ist mehrfach gesagt worden, die ganze Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Das bestreite ich. (Sehr richtig!) Das, was wir an Reden gehört und gelesen haben, entsprach in den meisten Fällen nicht der Stimmung der Massen. (Sehr richtig!) Ich gehe allerdings nicht so weit, wie vielfach gegangen worden ist, daß man gesagt hat, sie sei nur das Werk einiger Akademiker. Es **ist schon richtig, daß die Unzufriedenheit und der Unwille in den Massen von Tag zu Tag wächst.** Es ist selbstverständlich, daß die Massen von Tag zu Tag empörter werden über die Zustände, unter denen sie leiden. Aber wer die Massen kennt, und aus dieser Masse sind auch die meisten von uns herausgekommen, weiß, daß heutzutage die klassenbewußten Arbeiter viel zu gut den Arbeitsmarkt kennen, viel zu gut wissen, wie die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten beschaffen sind. Und deshalb sagen sie sich, wenn auch zähneknirschend: Noch ist nicht Zeit. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht in dieser Frage auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist unter anderem beschlossen worden: sobald unser Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktionen erfolgreich durchzuführen. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der **Parteivorstand gewillt** ist, diese ihm mit auf den Weg gegebene Entschließung früherer Parteitage **unter allen Umständen** zu respektieren und danach zu handeln. (Sehr gut!) Parteigenossen! Was hat der Parteivorstand in dieser Frage versäumt? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber ich will ganz davon absehen. Aber eins nehme ich sehr tragisch, das ist der Umstand, daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Tausende von braven Arbeitern, die durch das Vertrauen der Genossen innerhalb der Organisationen tätig sind, gegen die Vertrauensleute, die zu Tausenden bereits zählen, die Parteisekretäre Gewerkschaftssekretäre usw. unausgesetzt in der schlimmsten Weise **Verdächtigungen** erhoben hat. (Sehr richtig!) Diese Leute sind geradezu bezeichnet worden als **Bremsklötze der Bewegung**, als diejenigen, die darauf ausgehen, daß nichts geschieht. Das ist der denkbar schwerste Vorwurf. (Sehr wahr!) Wer die Arbeit dieser unserer Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat — wird zugeben, das sind **wirkliche Kulturpioniere**, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen, und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin bereits ist. Sie sind nicht Bremsklötze. Mir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, die in der Kleinarbeit tätig sind, der etwa ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der Rederei über eine Tat (Sehr gut!), die man tun kann, über die man aber nicht redet, wenn man sie noch nicht ausführen kann.

Bei den Auseinandersetzungen über den Massenstreik ist vielfach hingewiesen worden auf Rußland, Belgien und Schweden. Alle diese Vergleiche hinken und sind durchaus unzuverlässig. Wir sind genau informiert worden, beispielsweise über die Streiks in Schweden und Belgien, und die geradezu bewundernswerte Vorarbeit, die unsere belgischen Genossen geleistet haben. Aber, Parteigenossen, eins wird bei diesen Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen dürfte: ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort von ihrem Streik mit uns zu sprechen brauchten — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen — konnten sie doch in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, das sie sicherlich niemals täuschen wird: jenseits der Grenzen, da wohnt ein großer Bruder von mir, der mir im schlimmsten Falle helfen wird. Parteigenossen, wir sind in der Lage, selber ein großer Bruder zu sein, dem aber ein noch größerer Bruder, der jenseits der Grenzen wohnt, nicht zu Hilfe kommen kann. (Heiterkeit.) Jede Hilfe, moralischer oder sonstiger Art, die uns in einem solch' schweren Kampfe wird, wird uns hochwillkommen sein. Aber in der Beziehung sind unsere belgischen Freunde besser dran als wir. (Sehr wahr!)

Ich will ferner nicht bestreiten, daß es in Preußen manchmal sehr russisch zugeht; das haben wir erst in den letzten Tagen erlebt durch die unwürdige Behandlung der Genossen Huysmans und Vandersmissen. (Sehr wahr!) Das sind Zustände, die den russischen verzweifelt ähnlich sehen, aber im übrigen vergleichen Sie doch den russischen Arbeiter mit dem deutschen Arbeiter. Welche Rechte hat denn der russische Arbeiter? Gar keine. Er hat nur sein Recht auf die Knute und auf Sibirien. Er spürt daher ganz andere Triebkräfte in sich, um sich gegen diese Zustände zu wehren. Bei aller unserer Entschlossenheit, bei dem unerschütterlichen Willen, dem Volke die Rechte zu erkämpfen, die ihm unter allen Umständen zu teil werden müssen, dürfen wir eines nicht vergessen: wir müssen **klaren Verstand bewahren** und müssen uns bewußt sein, daß man nicht durch jede Wand mit dem Kopf rennen kann. (Beifall.) Es sind

merkwürdige Vorschläge

gemacht worden in bezug auf das Arrangement solcher Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein solcher Massenstreik im ganzen Reiche gleichzeitig ausbricht. Er müsse bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen wie ein fliegendes Feuer. (Heiterkeit.) Das heißt, daß der Massenstreik so organisiert wird wie die Kaiserreisen. **Trari, trara, bald hier, bald da!** (Heiterkeit.) Das mag für jemand möglich sein, dem ein Automobil zur Verfügung steht, und der im Lande herumreisen kann. Der Massenstreik ist nur aus der Stimmung der Massen heraus möglich, aus der Empörung im Volke. In bestimmte Portionen verteilt, heute am Rhein und morgen in Posen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden. Dann will man von anderer Seite eine merkwürdige Methode anwenden, um die Massen zu begeistern. Was kommt denn für den Massenstreik für uns zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die **Eroberung des Wahlrechts in Preußen!** Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab! (Sehr richtig und Heiterkeit), setzt Parlamentarismus gleich Kretinismus. Man fragt weiter: Ist denn im Parlament ein Vorteil für das Proletariat zu erringen. Nein, sagt man, deshalb müssen die Massen auf die Straßen gehen. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig.) Ich will die Massen für etwas begeistern, das wir herunterreißen! Ich will sie begeistern für einen Kampf für das Wahlrecht, und um sie frisch und munter zu machen, setze ich das Parlament herunter und sage, das führe zum Kretinismus! (Sehr gut!) Dann braucht man doch nicht den Generalstreik oder Massenstreik, um solch ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen, dann ist es doch besser, man spricht die ganze Wahrheit aus und geht aufs Ganze. Man sagt, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, direkte Aktionen werden gefordert. Was heißt denn das und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.) Man hat gesagt: „Warum sind nicht bei dem **Besuche des Blutzaren** in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden; wir haben 4 Millionen Sozialdemokraten, die ins Mauseloch kriechen, wenn der Zar kommt; wir hätten mehr Anhänger gewinnen können, wenn wir das und das gemacht hätten" . . . Ich kann erfreulicherweise feststellen, daß ich in meiner Bekanntschaft keinen Menschen habe, von dem ich annehmen könnte, daß er eine so feige Memme wäre, irgendwie ins Mauseloch zu kriechen, oder aber auch durch solche blutrünstigen Redensarten sich einschüchtern zu lassen. (Beifall.) Was heißt das: auf die Straße gehen, republikanische Veranstaltungen treffen? Das hört sich nett an für diejenigen, die sich im Augenblick nicht überlegen, was es bedeutet. Das würde geheißen haben, daß wir von den Massen verlangt hätten, auf die Straße zu gehen und irgend etwas zu unternehmen. Was hätte das bedeutet? Eine ganz sinnlose Demonstration, bei der Tausenden von braven Arbeitern die Köpfe eingeschlagen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Das hätte uns keine Freunde zugeführt, sondern uns eine ganze Anzahl von Leuten, die auf der Grenze stehen, und die wir erobern müssen, weggetrieben. Ich kann mir keinen so skrupellosen Menschen denken, der die Arbeiter durch eine sinnlose Demonstration so auf die Straße hetzen will, dazu ist mir das Blut der Arbeiter zu kostbar! (Lebhafter Beifall.)

Merkwürdig ist auch über den

Wert der Parteiorganisation

gesprochen worden. Der Stolz unserer Partei sind unsere Organisationen. Alle unsere Bruderparteien beneiden uns darum. Und wie hat man über diese Organisationen gesprochen? Man hat es so hingestellt, als ob sie geradezu Bremsklötze der Revolution geworden wären. Es käme nicht darauf an, wie stark sie sind im Vergleich zu den Nichtorganisierten, sondern darauf, daß die Partei kühn die Initiative ergreife, dann würden die unorganisierten Massen begeistert werden. Die unorganisierten Massen versagen nicht, sagt man, wenn ein politischer Feldzug scheitert, sondern die organisierte Partei und ihre Führer. Derartiges muß sich die deutsche Sozialdemokratie ins Gesicht sagen lassen. (Hört, hört!) Kautsky hat zutreffend bemerkt: für Abenteuer und Quertreibereien wird die wachsende Organisation ein Hindernis, aber dieser Nachteil ist zu ertragen. (Sehr gut!) Damit sind 99,99 Prozent der Parteigenossen einverstanden. (Beifall.)

Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim, aber mit der Drucklegung jener Resolutionen ist diese Frage ebensowenig erledigt wie mit der Drucklegung der Resolution auf diesem Parteitag. In dieser Resolution ist die Rede davon, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um uns drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Auf dieser damals beschlossenen Ansicht beharren wir auch heute noch. Es kann sich, wie die Dinge bei uns im Reiche liegen, natürlich nur um eine **Massenaktion** handeln im Hinblick auf das **preußische Wahlrecht.** Wir haben in den letzten Jahren, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten, wir haben große, imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen, wir haben auch höher hinauf eine ganze Reihe von Leuten mit der Nase auf die Verhältnisse gestoßen, die **so bedrohlich sind für die Leute, die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben.** Wir haben die **Thronrede** von 1908 erlebt, in der die **Wahlreform angekündigt wurde** als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtskomödie von 1910 erlebt und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. **Denn das scheint in der Tat aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage aus dem Landtage selber heraus gelöst werden kann.** Eben deshalb unsere Parteitagsbeschlüsse von Jena und Mannheim.

Wir werden den Massenstreik haben,

aber wir wollen uns an das halten, was unser Bebel gesagt hat: **Der Massenstreik ist die ultima ratio der Sozialdemokratie.** (Sehr richtig!) Alles zu seiner Zeit! Wir müssen uns klar sein, daß von der Frage, die uns jetzt beschäftigt, unter allen Umständen geschieden werden muß die Frage des Massen- oder Generalstreiks, der bezeichnet worden ist als ein aus dem Volk heraus wachsendes Elementarereignis, das zu weiteren inneren scharfen Zusammenstößen und schließlich zu einer allgemeinen Entscheidung führen soll. Wir wollen nicht vergessen, daß wir eine Partei sind, die demokratisch ist, die zunächst eine Partei der Minderheit, wenn auch einer sehr großen ist. Keiner wird daran denken, daß wir etwa verlangen, daß die Mehrheit die Politik der Minderheit machen soll, daß wir durch eine große Aktion der Minderheit die Mehrheit aufzwingen wollen. Das wäre undemokratisch. Es kommt an auf eine scharf abgegrenzte selbstbewußte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete politische Aktion. In einem solchen Kampfe können wir uns auch auf den von mir schon angerufenen König von Preußen beziehen. Ihm können wir zurufen, wir kämpfen für ein Wahlrecht, von dem er selbst gesagt hat, daß es dringend reformbedürftig ist. Wir können auch den Ministern zurufen, daß es sich um ein Wahlrecht handelt, daß die Minister von der Schmach befreit, daß sie bei der Dreiklassenwahl in der dritten Klasse wählen und ehrlose Bordellwirte in der ersten.

Wir müssen der ganzen Bourgeoisie zurufen: Wir machen jetzt Ernst mit dem, was Ihr angeblich wollt, mit dem Kampf für das gleiche Recht, mit dem Kampf für das freie Wahlrecht! Wir müssen dem ganzen Volke zurufen: Wir kämpfen hier nicht nur für etwas, was der Sozialdemokratie nutzen soll, sondern wir kämpfen für das ganze Volk, für die Freiheit aller, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller! Selbstverständlich werden wir in einem solchen Kampfe, der aus der Situation herauswächst und herauswachsen muß,

drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns

haben. Aber sind wir heute schon soweit, daß wir einen solchen Kampf wagen können? Heute sind wir noch nicht soweit, werden Sie sagen. (Sehr richtig!) Nun ist gesagt worden: ja, wann denn? Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so werden wir niemals dazu kommen. Das ist eine unbegreifliche Verkennung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Das setzt voraus, daß man das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter so niedrig einschätzt, wie man sie nicht einschätzen sollte. Ich sage: Wir werden den Massenstreik haben in der Stunde, die es uns gebietet, den Kampf zu führen! **Keiner kann glauben, daß sich das deutsche Volk, das preußische Volk auf die Dauer alles gefallen lassen wird.** (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, wie **wenig zeitgemäß** sich die Debatte über den Massenstreik gehalten hat. **Aber noch schlimmer erscheint mir allerdings die geflissentliche Angstmacherei und Bangemacherei** (Lebhafte Zustimmung), dazu ist gewiß keine Ursache vorhanden. Diese Bangemacherei könnte schließlich zur Hoffnungslosigkeit oder Anarchie führen, und dazu liegt gar kein Grund vor. Wenn wir angewiesen wären auf die Gnade und Barmherzigkeit unserer großmächtigen Herrschaften, unserer Minister Bethmann und Dallwitz, dann wären wir längst erledigt. Die Herrschaften wissen, daß sie mit uns zu rechnen haben als mit einer ganz **realen Macht.** Daß wir uns kräftig rühren, daß unsere Partei gedeiht, das ist ein Zeichen unserer wachsenden Macht, das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, die Augen offen zu halten, die Volksstimmung nicht gegen uns aufzubringen, sondern sie immer mehr für uns zu gewinnen, also **keine Dummheiten** zu machen, keine unüberlegten Handlungen zu begehen in einer Zeit, die noch nicht reif ist für das, was wir wollen. Die beste Vorarbeit für entscheidende Kämpfe im Interesse der Demokratie und des Sozialismus ist

Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit!

(Lebhafte Zustimmung.) Ich halte es für falsch, für den Massenstreik besondere Propaganda zu treiben. Ich halte es für richtig, Sozialismus zu lehren, grundsätzliche sozialdemokratische Agitation zu betreiben, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu führen. Dann erübrigt sich das andere ganz von selbst. Die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu bringen, heißt, daß sie die **Notwendigkeit des Klassenkampfes** erkennen lernen. Wir wissen alle aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß der klassenbewußte Arbeiter sich bewußt ist, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen, daß es schwerer Kämpfe bedürfen wird, bis dem Sozialismus zum Heile der Völker der Sieg errungen werden kann. Der klassenbewußte Arbeiter weiß aber auch, daß man nicht mit dem Feuer spielen darf. Er weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Ueberzeugung ist. (Sehr wahr!) Je kritischer die Situation, um so klarer muß die Erkenntnis von der Notwendigkeit unerschütterlicher Disziplin sein. Wir haben mehrfach Situationen gehabt, namentlich in Preußen, die kritisch genug gewesen sind, wo man von oben herunter **brutal eingegriffen** hat, und wenn es bisher nicht zu Blutvergießen gekommen ist, wenn wir aus allen den schweren Komplikationen in unblutiger Weise herausgekommen sind, dann hat es an der deutschen Sozialdemokratie, an ihrer eisernen Disziplin gelegen. (Zustimmung.) Daran will ich Sie absichtlich erinnern, um die Bedenken derjenigen zu zerstreuen, die **immer denken, daß ein Massenstreik nicht denkbar sei ohne Blutvergießen.** Davon braucht meines Erachtens keine Rede sein. Daß man solche großen Streiks durchführen kann ohne Zusammenstöße und ohne Blutvergießen, das haben uns die Kämpfe in Belgien mit aller Deutlichkeit gezeigt. Es ist also nicht absolut notwendig, daß ein Zustand der Verwirrung und Disziplinlosigkeit eintritt, sondern es ist möglich, daß solche schweren Kämpfe ohne derartige Komplikationen durchgeführt werden. Aber das setzt musterhafte Disziplin voraus. Derjenige irrt sich, der da glaubt, man könne den Massenstreik vorbereiten durch die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, durch das Ausspielen der Massen gegen die Führer, durch die Verherrlichung der unorganisierten Masse, die bestimmt sei, alles Große in der Welt zu erreichen. Wo Disziplin und Ordnung vorhanden sind, wo der glatte Aufmarsch, das Zusammenwirken aller Faktoren besteht, da nur können solche großen Kämpfe erfolgreich sein. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Massen dabei einig sind mit den Führern. Es wäre traurig um die Partei bestellt, wenn bei der jetzigen Situation nicht immer wieder aus den Massen heraus der Ruf käme: Gibt es keine Möglichkeit, wie wir schneller aus diesen Zuständen herauskommen können?! (Lebhaftes Sehr wahr!) **Kein Zweifel, daß der Unwille, die Empörung der Massen wachsen.** Sie werden um so schneller wachsen, je hartnäckiger man dem Volke die Rechte verweigert, die ihm zustehen. Nichts anderes verlangen wir ja zunächst, als die

Gleichberechtigung aller.

Deshalb rufe ich den herrschenden Gewalten zu, sie sollen **nicht ihre Hoffnung setzen auf die Langmut des preußischen und deutschen Volkes.** Damit werden sie eine Verantwortung auf sich laden, die sie unter keinen Umständen tragen können. Wenn wir in allen diesen Auseinandersetzungen hinweisen speziell immer auf die Hauptschuldigen in Preußen, auf das Junkerregiment, so sind das gewiß die Hauptschuldigen, aber ziemlich dasselbe gerüttelte Maß von Schuld liegt auf dem **deutschen Bürgertum.** (Sehr richtig!) Eine Bourgeoisie wie die deutsche, die solche Fülle von Macht repräsentiert, hat kein Recht zu heulmeiern und zu sagen, „wir möchten gern Reformen, aber wir sind nicht imstande, sie durchzusetzen". **Ein Bürgertum, das in Preußen-Deutschland die Macht haben will, hätte die Möglichkeit dazu.** (Sehr richtig!) Woher kommt der ganze erbärmliche Zustand, unter dem wir leiden? Daher, daß die Bourgeoisie jahrzehntelang die Junker hat wirtschaften lassen, daß sie den Kampf für die von ihr angeblich vertretenen Grundsätze nicht durchgeführt hat. Und dafür gibt es eine plausible Erklärung. Wir wissen ja, daß schließlich die Kerntruppe der Bourgeoisie viel lieber mit den Junkern zusammengeht, als daß sie der anwachsenden Sozialdemokratie, den Proletariermassen gleiche Rechte einräumte. (Sehr richtig!) Wenn das deutsche Bürgertum schweren Kämpfen, die es weit schwerer treffen könnten als das Junkertum, aus dem Wege gehen will, dann soll es sich darauf besinnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Dann soll es helfen, daß wir das Wahlrecht in Preußen recht bald erkämpfen können. (Lebhafte Zustimmung.) Daß wir in den Wahlrechtskämpfen siegen werden und siegen müssen, das steht fest. Das wissen wir, das wissen aber auch unsere Gegner. Wir können Fehlschläge, wir können Niederlagen erleiden, aber die Sache, die wir vertreten, wird sich durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. An uns ist es, alle Kraft daran zu setzen, uns so stark zu machen, daß wir **vor keinem Kampf zurückschrecken** brauchen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen auch die Resolution zur Annahme, die Ihnen der Parteivorstand vorgelegt hat. Diese Resolution ist scharf angegriffen worden. Das haben wir vorausgesehen, damit haben wir von vornherein gerechnet. Ich will Ihnen aber sagen, daß es uns dabei nicht auf große Worte, nicht auf drohende Gesten ankommt, sondern auf die Möglichkeit, das in die Tat umzusetzen, was wir zu Papier gebracht haben. (Sehr richtig!) Wuchtige Anklagen haben wir gehört in Verbindung mit den Angriffen auf die Resolution. In den Artikeln schwirrte es nur immer so herum von Worten wie Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus, Konzentration, Akkumulation (Heiterkeit), Wahlrechtsräubereien usw. Ich bitte die Ge-

nossen, die das geschrieben haben: halten Sie uns denn wirklich, um das Wort einer Genossin auf einem früheren Parteitage zu gebrauchen, für sozialdemokratische Säuglinge (Heiterkeit), daß wir das nicht auch alles wissen, was hier auf dem Spiele steht, daß wir nicht auch alle die politische Situation kennen und sehen, wie sich der Kapitalismus konzentriert und die Absicht wächst, die Arbeiterklasse niederzuhalten? Das haben wir auch gewußt und ich spreche in dieser Versammlung kein Wort darüber. Ich halte es einfach für deplaciert, das ABC der Sozialdemokratie vor Vertrauensleuten der Arbeiterschaft, die an die höchste Stelle der Partei gestellt worden sind, zu erörtern! Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns gegenseitig nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die Resolution sei weiße Salbe, sie sei das Produkt mangelnder Fühlung der Parteileitung mit den breiten Massen der Parteigenossen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! (Sehr richtig!) Ueber Massenstreiks und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit diesen Massen die wenigste Fühlung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir sind das ganze lange Jahr nicht nur in der Masse selber drin, sondern haben fortlaufende Verbindung mit ihr durch die Vertrauensleute. Wer sagen will, wir wüßten nicht, wie es in Rheinland-Westfalen, im Osten und Westen aussieht, dem sagen wir, wir haben doch auch den Parteiausschuß, den Sie uns als treuen Ratgeber zur Seite gestellt haben. Mit solchen Redensarten soll man uns also gefälligst vom Leibe bleiben. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die revolutionäre Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als „weiße Salbe" bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß **diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses war, sondern das Produkt und die Vereinbarung aller der für die moderne Arbeiterbewegung in Frage kommenden Instanzen, abgesehen vom Parteitag.** (Hört! hört!) Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, **alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik überhaupt in Betracht kommen können.** (Bewegung.)

Das bitte ich zu berücksichtigen, und wenn Ihnen das bekannt ist, so glaube ich, dürfen Sie auch mit Vertrauen dieser Resolution zustimmen. Es kommt nicht an auf klingende Worte, sondern auf **entschlossene Taten.** Dazu sind wir bereit, aber nicht dazu, etwas zu unternehmen, was wir für eine Torheit halten. Ich bin der Meinung, daß man große entscheidende Taten nicht vorbereiten kann und vorbereiten braucht durch Reden und Zeitungsartikel, sondern daß man solche entscheidende Taten am besten durch praktische Arbeiten vorbereiten muß. (Sehr gut!) Das heißt arbeiten an der immer größeren Festigkeit unserer Organisation und durch Bildung unserer Genossen zu zielklaren, klassenbewußten Sozialdemokraten. So wollen wir weiter arbeiten wie bisher, systematisch wie bisher, aber den Blick fest auf das Ziel gerichtet in Einigkeit und Kampfbereitschaft. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun

erstattet den Kassenbericht: Auch auf dem Gebiet des Kassenberichts ist das verflossene Geschäftsjahr mehr ein Jahr der inneren Ruhe und der inneren Festigung gewesen. Das Ergebnis ist nicht unbefriedigend, wir haben abgeschlossen mit einem **Ueberschuß von etwa 394 000 M.** und haben 815 000 M. zum Vermögen nehmen können. Das ist keineswegs ein zu hoher Ueberschuß. Angenommen, wir würden in vier Jahren der Ruhe wirklich den gleichen Ueberschuß erzielen, so würden wir für die nächste Reichstagswahl etwa 1 260 000 M. zurückgelegt haben. Nun werden aber die Anforderungen an die Hauptkasse von Wahl zu Wahl größer. Im Jahre 1903 haben wir aus der Hauptkasse 282 000 M. zugezahlt, im Jahre 1907 waren es bereits 459 000 M. und im Jahre 1912 sogar 910 000 Mark. Wenn die Steigerung in dem gleichen Verhältnis weiter fortschreitet, dann ist es klar, daß Rücklagen, wie wir sie in diesem Jahr gemacht haben, nicht ausreichen. Dazu kommt, daß man jetzt viel von revolutionären Aktionen spricht, bei denen die Massen in Bewegung gesetzt werden sollen. Aber gerade die Erscheinungen im Auslande, auf die man immer hinweist, lehren doch, daß man solche Kämpfe nicht nur mit Begeisterung und Elan führen kann, sondern daß auch ein voller Geldbeutel dazu gehört. (Sehr richtig!) Die Beitragsabführung an die Hauptkasse ist im letzten Jahre etwas besser geworden, aber es gibt immer noch Kreise, die die im Statut vorgeschriebenen 20 Proz. nicht abführen. 63, darunter gut organisierte Kreise, sind mit mehr als 10 M. unter dem Pflichtsatz geblieben. Als wir diesen Kreisen zum Bewußtsein brachten, daß sie, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllen, auch kein Recht auf eine Vertretung auf dem Parteitag haben, haben sie sich beeilt, schnell eine kleine Summe einzuschicken, um wenigstens einen Delegierten hier zu haben. (Hört! hört!) Ein solches Verfahren ist ganz unzulässig. (Sehr richtig!) Ich richte an die Genossen dieser Kreise die Aufforderung, ihr Finanzgebaren so einzurichten, daß sie ihren Pflichten der Hauptkasse gegenüber in vollem Umfange nachkommen können. (Sehr gut!) Den 63 Kreisen, die weniger abgeführt haben, stehen nur 15 gegenüber, die mehr als 10 M. über den Pflichtsatz abgeführt haben, an der Spitze die 8 **Berliner Kreise** mit 66 000, die drei **Hamburger** mit 48 000 M. mehr. Auch **Leipzig** und **Chemnitz** haben erheblich über dem Pflichtbeitrag abgeführt, aber es machen sich besonders in Berlin und Hamburg schon Gegenströmungen bemerkbar, die dahin gehen, in Zukunft der Hauptkasse auch nur die 20 Proz. zu zahlen. Wenn diesen Strömungen auch widersprochen wird, so werden wir doch bis zu einem gewissen Grade damit rechnen müssen, daß die Zahl der Kreise, die mehr als 20 Proz. abführen, in Zukunft geringer wird, und wir müssen deshalb das Hauptgewicht darauf legen, daß alle Kreise ihre volle Pflicht erfüllen.

Die gesamten Kreisorganisationen haben im vorhergehenden Geschäftsjahr 1912 an Mitgliederbeiträgen eingenommen 3 080 365,86 Mark, im Berichtsjahre 1913: 2 754 072,85 Mk. Da das Berichtsjahr sich nur auf 9 Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzurechnen, wir kämen dann auf eine Einnahme von 3 672 097,13 Mk., d. h. auf eine Steigerung um rund 591 000 M. oder um 19,2 Proz. Vergegenwärtigt man sich, daß wir nur eine Mitgliederzunahme von 1,3 Proz. haben, so ergibt sich daraus, daß die **tatsächliche Mitgliederzunahme** an der Hand der Beiträge berechnet doch **eine größere** ist, als aus den Angaben in dem Fragebogen hervorgeht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß einzelne Kreise ihre Beiträge erhöht haben, kommt noch immer eine

Steigerung von etwa 10 Proz.,

die sich aus der größeren Mitgliederzahl resp. aus der besseren Einkassierung der Beiträge ergibt. Dazu kommt, daß noch immer einzelne Kreise nur den Beitrag an die Kreiskasse in die Fragebogen einsetzen, während die Prozente der Ortskassen einfach ausfallen. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Beitragssumme die genaue Mitgliederzahl zu bemessen. Zweifellos ist die **Mitgliederzunahme viel zu gering.** Das liegt in der Hauptsache an der **wirtschaftlichen Krise,** die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und den Großstädten heute schon mit großer Wucht eingesetzt hat. Ein Vergleich mit der vorhergehenden Krisis der Jahre 1907 bis 1909 ergibt, daß wir dort ganz dieselben Erscheinungen in bezug auf die Mitgliederbewegung zu verzeichnen hatten, wie sie jetzt wieder zutage treten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir damals das Wahljahr 1907 mit seiner aufpeitschenden Wirkung hinter uns hatten. Sie wissen, daß das Wahlresultat die Genossen nicht befriedigte und sie anfeuerte, mit aller Macht sich der Organisationsarbeit zuzuwenden. Wir wissen auch, daß das Wahljahr 1912 mit seinem riesigen Erfolge bis zu einem gewissen Grade auf die organisatorische Arbeit etwas lähmend wirkte. Also unsere Gegner, die sich schon wieder einmal anschicken, wie 1907 über Stillstand und Rückschritt der Sozialdemokratie zu phantasieren, werden sehen, daß sich ihre Hoffnungen nicht erfüllen. Allerdings ist es notwendig, daß wir mit aller Kraft nach dieser Richtung einsetzen, um in der Organisationsarbeit unseren Mann zu stellen. (Bravo!) Wir haben dann untersucht, ob vielleicht unser Verwaltungssystem hier und da die geringe Mitgliederzunahme erklärt. Wir haben zu ermitteln gesucht, in welcher Form in den einzelnen Organisationen die Beiträge eingezogen werden, wo Hauskassierung besteht, und wie es sich in den einzelnen Kreisen mit der Mitgliederfluktuation verhält. Die Fragebogen sind leider nicht alle prompt eingegangen, es ergibt sich aber daraus immerhin, daß die Zahl der Kreise, die die Hauskassierung eingeführt haben, wider Erwarten groß ist. Die Zahl beträgt 265. Von diesen haben 104 oder 39,2 Proz. Mitgliederverluste zu verzeichnen. 35 Kreise ziehen die Beiträge in Zahlabenden ein und von den Restanten zum Teil durch Hauskassierung. Von diesen hatten 18 oder 51,4 Proz. einen Mitgliederverlust. In den Kreisen mit Hauskassierung sind 15,4 Proz. Mitgliederzunahme und 12,5 Prozent Verlust zu verzeichnen, der absolute Gewinn beträgt also 2,7 Proz. In den Kreisen mit Zahlabenden und teilweiser Hauskassierung der Restanten ergibt sich ein Gewinn von 16 Proz., ein Verlust von 18 Proz., ein absoluter Verlust von 3 Proz., so daß also der ganze Verlust hauptsächlich auf die Kreise entfällt, wo die Hauskassierung nicht vollständig durchgeführt ist. Es können also bis zu einem gewissen Grade auch durch Verwaltungsmaßnahmen die Mitgliederzahlen stabil gehalten und die Fluktuation verringert werden. Aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptursache der geringen Mitgliederzunahme zweifellos in der wirtschaftlichen Krisis zu suchen ist. Das geht auch aus dem

Abonnentenstand der Presse

hervor. Die Abonnentenzahl hat absolut abgenommen. Wir hatten 1911/12 89 Blätter, 1912/13 92 Blätter, aber die Zahl der Abonnenten ist von 1 478 042 auf 1 465 212 gesunken. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß man in knappen Zeiten in Arbeiterfamilien bei den Dingen zu sparen anfängt, die nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalt gehören, und da wird zuerst auch bei der Presse gespart, es halten oft zwei Familien zusammen nur noch ein Blatt.

Die Zahl der in **Parteibetrieben Beschäftigten** stellt sich auf 11 089. Dieses große Heer von Beschäftigten zeigt, welchen Umfang unsere Parteibetriebe angenommen haben. An **Zuschüssen für die Presse** haben wir 72 800 M., d. h. in 9 Monaten mehr als in 12 Monaten des vorhergehenden Jahres bezahlt, wo diese Summe nur 70 000 M. betrug. An Darlehen für den Ausbau von Parteigeschäften haben wir 396 000 M. gegen 225 000 M. gegeben, und wir haben weiter für diesen Zweck in den ersten 5 Monaten des laufenden Geschäftsjahres fast ebensoviel aufgewandt wie in den ganzen 9 Monaten des vorhergehenden Jahres. Trotz alledem wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete noch nicht genug getan haben. Dieser Vorwurf ist z. B. erst in der vorigen Woche von dem Vertreter des bayrischen Landesvorstandes auf dem Bezirkstag für die Pfalz erhoben worden. Es ist nicht Aengstlichkeit, die uns davon abgehalten hat, gewisse Neugründungen von Geschäften zu unterstützen, sondern die Gewissenhaftigkeit, zu der wir der Gesamtpartei gegenüber verpflichtet sind. In Kaiserslautern fehlen die Voraussetzungen für ein selbständiges Blatt, und deshalb haben wir den Genossen geraten, erst durch ein Kopfblatt von Ludwigshafen den Weg zu einem selbständigen Geschäft zu ebnen. Gerade die bayerischen Genossen haben am allerwenigsten Grund, über mangelhaftes Entgegenkommen des Parteivorstandes zu klagen. Auf dem Gebiet der Presse geht es genau so wie auf allen anderen. Wollten wir alle Wünsche erfüllen, dann würden nicht nur unsere ganzen Einnahmen, sondern auch die Reserven draufgehen, und Sie müßten sich dann ein wahres Pumpgenie zum Kassierer wählen. (Heiterkeit.) Die Bureaukraten im Parteivorstand haben eben die undankbare Aufgabe, alle diese hochfliegenden Wünsche auf das Vernünftige oder sagen wir höflicher, auf das realisierbare Maß zurückzuführen. Wenn man von Aengstlichkeit reden will, dann könnte man mit weit mehr Recht von der übergroßen Aengstlichkeit mancher Geschäftsführer in bezug auf die Verzinsung und Rückzahlung von Darlehen sprechen. (Heiterkeit.) Darunter sind Parteigeschäfte, die das Geld zur Rückzahlung bereits auf die hohe Kante gelegt hatten und es auf der Bank liegen lassen wollen, wo es Zinsen trägt. (Hört! hört!) Als wir Rückzahlung verlangten, schrieb uns z. B. ein Geschäft: Sie sollten sich doch freuen, daß unser Geschäft sich so vorzüglich entwickelt hat, und nun verlangen Sie noch das Geld zurück. (Große Heiterkeit.) Gewiß, wir freuen uns, wenn sich die Geschäfte durch unsere Hilfe so vorzüglich entwickeln, aber die Geschäfte sollten auch der Amme gedenken, an deren Brüsten sie in der Säuglingszeit ihres Geschäfts gelegen haben. (Heiterkeit.) Solange der Gebärstreik noch nicht auf die Gründung von Geschäften übergegriffen hat, werden wir damit rechnen müssen, daß die Genossen noch immer selbständige Parteigeschäfte ins Leben rufen und dann schließlich der Hauptkasse überlassen, sie zu ernähren. Wo die genügenden Voraussetzungen fehlen, da greifen diese Geschäfte dann mangels genügender Nahrung sofort wieder zu den Brüsten der altbewährten Amme, der Hauptkasse. Soll die Hauptkasse diesen Anforderungen gerecht werden, dann müssen wir entsprechende Auffüllung verlangen. Wir werden über kurz oder lang ernstlich zu erwägen haben, ob nicht durch gut prosperierenden Parteigeschäften, die oft erst durch die tatkräftige Hilfe der Gesamtpartei auf den jetzigen Stand gebracht worden sind, wenigstens die moralische Pflicht auferlegt werden sollte, erhebliche Beiträge ihrer Ueberschüsse an die Hauptkasse abzuführen. Im übrigen müssen wir unser Hauptaugenmerk auf eine Erhöhung der regelmäßigen Beitragseinnahmen richten, und das ist nur möglich, wenn es uns gelingt, die Mitgliederzahl zu vermehren. (Sehr richtig!) Den mehr als 2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern stehen kaum 1 Million Parteimitglieder gegenüber. Es ist also noch ein großes Feld zu beackern. Wollen wir Erfolge erringen, dann aber dürfen wir die Erfolge unserer Genossen im Parlament nicht verkleinern und herabsetzen. Wir sollten uns deshalb vor Aeußerungen hüten, aus denen nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten leicht eine Herabsetzung des Wertes der Organisation herauslesen können. Der Fortbestand und die Entwickelung unserer Organisationen sind nur gesichert durch die Arbeit der Tausende von Genossen, die als Funktionäre tagaus, tagein, durchdrungen von der Siegessicherheit des Sozialismus, die mühsame Kleinarbeit leisten, ihre kärglichen Mittel, die wenigen Mußestunden, die ihnen die kapitalistische Fron läßt, ja einen großen Teil ihres Familienglücks opfern. (Bravo!) Gerade dieser großen Zahl von Mitarbeitern sind wir Dank schuldig. Diese große Zahl der kleinen Funktionäre beweist mindestens ebensoviel Idealismus und Opferfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache, wie jene Parteigenossen, die in großen Massenversammlungen, umbraust von dem jubelnden Beifall der Massen, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern. (Sehr wahr!) Wir wollen uns nicht durch Ungeduld von den alten Bahnen ablenken lassen. Wir wollen unsere Organisationen weiter ausbauen und die Ungunst der Verhältnisse durch doppelte Kraftanstrengung wettmachen. Parole für das laufende Jahr muß sein: Auf! Der ersten Million Parteimitglieder entgegen! (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der

Bericht der Kontrollkommission.

Referent ist Genosse

Brühne:

Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre einen sehr schweren Verlust erlitten. (Der Parteitag erhebt sich von den Sitzen.) Unser alter, von der Pike auf gedienter und in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes erprobter Genosse **August Kaden** ist in Dresden am 21. Juni gestorben. Seit 1890 gehörte er der Kontrollkommission an. Alle, die ihn kannten, liebten ihn wegen seiner geraden, offenen Ansichten. Unsere Parteigenossen in Dresden können sein Andenken nicht besser ehren, als dadurch, daß sie seinen alten Wahlkreis mit großer Mehrheit wieder erobern. — Die Prüfung der Kassengeschäfte des Parteivorstandes, des „Vorwärts", des Pressebureaus, der sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, des Parteiarchivs, des Bildungsausschusses, der Parteischule, der Jugendzentrale, des Dietzschen Verlages in Stuttgart sowie des Rheinisch-westfälischen Bureaus hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Die Kontrollkommission hat ihre Aufmerksamkeit der gesamten Tätigkeit der Parteiinstitute zugewendet und der dadurch gewonnene Einblick hat Anlaß zu eingehendem Meinungsaustausch mit dem Parteivorstand und zu mancherlei Anregungen der Kontrollkommission gegeben. Da die Leistungen der staatlichen Angestelltenversicherung äußerst mangelhaft sind, ist die Regelung getroffen worden, daß den an der oberen Grenze der Versicherungspflicht befindlichen Angestellten im Parteivorstand durch eine entsprechende Zulage eine bessere Fürsorge anderer Art durch Abschluß einer privaten Versicherung zu ermöglichen. Die Kontrollkommission hatte sich mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Genosse Mehring-Berlin-Steglitz beschwerte sich über den Parteivorstand und dann auch über den Genossen Kautsky. Genosse Mehring versandte am 10. Februar d. J. durch das Pressebureau drei Artikel, die den wesentlichen Inhalt eines von der Genossin Luxemburg im Vorwärtsverlag veröffentlichten wissenschaftlichen Werkes zusammenfaßten. Der Parteivorstand erklärte in einem Rundschreiben an die Parteipresse die Veröffentlichung dieser Artikel durch das Pressebureau als eine unzulässige mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus. Gegen diese Erklärung des Parteivorstandes erhob Genosse Mehring Beschwerde bei der Kontrollkommission und begründete sie damit, daß er sich zu der Veröffentlichung seiner Artikel durch das Pressebureau für berechtigt hielt, da der Parteivorstand im vorigen Frühjahr sogar die Verbreitung persönlicher Angriffe Kautskys gegen ihn genehmigt hätte. Dann beschwerte sich Genosse Mehring darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß der ihm vom Jenaer Parteitag 1905 auferlegten Pflicht gegen den Artikel eingeschritten ist, den Genosse Kautsky in Nr. 23 der „Neuen Zeit" unter dem Titel „Parteipolemik" veröffentlicht hatte. Die Kontrollkommission hat Kläger, Beschuldigte und Zeugen vernommen. I. Mehring verlangte von der Kontrollkommission 1. den Vertrieb seiner Artikel über das Buch der Genossin Luxemburg für zulässig zu erklären, 2. für den Fall, daß die Kontrollkommission in dem Vertrieb der Artikel eine mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus erblicken sollte, einen Tadel auszusprechen, weil er im vorigen Jahre die Verbreitung der Kautskyschen Erklärung und der Mehringschen Erwiderung durch das Pressebureau genehmigt hat. II. Mehring ersucht die Kontrollkommission, den Parteivorstand zu einer unzweideutigen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er es gebilligt hat, daß Kautsky, nachdem Mehring einige dem Parteivorstand mißfällige Artikel veranlaßt hat, von Mehring eine Einschränkung der publizistischen Befugnisse beanspruchte. III. Mehring beschwert sich darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß dem Jenaer Beschluß gegen den Artikel Kautskys „Parteipolemik" eingeschritten ist. — Die Kontrollkommission hat entschieden: I.: Auf Grund des § 5 Abs. 2 der Bestimmungen über die Einrichtungen des Pressebureaus, beschlossen zu Essen 1907 („ausgeschlossen von der Tätigkeit des Pressebureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel sowie die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen") verurteilt die Kontrollkommission jede Benutzung des Pressebureaus zur Versendung der oben gekennzeichneten Artikel und hält sowohl die Versendung der Artikel von Kautsky und Mehring im vorigen Jahr als derjenigen Mehrings in diesem Jahr für unzulässig. Es wurde festgestellt, daß Mehring die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Luxemburg durch den Leiter des Pressebureaus nicht als eine mißbräuchliche Benutzung dieser Institution betrachtet hatte. Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, daß der Parteivorstand seinen Tadel nicht gegen den Genossen Mehring gerichtet hat.

Die Kontrollkommission bedauert im übrigen, daß die Redaktion des „Vorwärts" in dieser Sache ohne Wissen des Parteivorstandes ein Zirkular des Parteivorstandes zum Abdruck gebracht hat, das nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, denn dadurch verschärfte sie den an sich geringfügigen Streit ganz erheblich.

II. Die Kontrollkommission hat von der Erklärung des Genossen Haase als Vorsitzenden des Parteivorstandes Kenntnis genommen, daß der Parteivorstand seinerseits nicht daran gedacht hat, die publizistische Befugnis des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit" einzuschränken, daß er aber auch in der vom Genossen Kautsky vorgeschlagenen Neuregelung des Redaktionsverhältnisses betreffend Mitarbeit des Genossen Mehring keine solche Einschränkung erblicken konnte.

Die entgegenstehende Auffassung des Genossen Mehring darüber erklärt sich wesentlich dadurch, daß seine Stellung, die bisher auf „freundschaftlichem Verstehen" mit der Redaktion beruhte, eine Aenderung erfahren sollte, die er als eine Beeinträchtigung seiner bisherigen Stellung betrachtete, wie sie sich durch ein langjähriges, niemals beanstandetes Gewohnheitsrecht gebildet hatte.

Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.

III. Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß die Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1905 dem Parteivorstand nicht das Recht gaben, gegen den Genossen Kautsky wegen seines in Nr. 23 veröffentlichten Artikels „Parteipolemik" einzuschreiten. Diese Beschwerde ist daher unbegründet.

Eine weitere Beschwerde lag vor von dem Genossen Julian Borchardt in Großlichterfelde. Er führte Beschwerde gegen den Parteivorstand, weil dieser in dem gegen Borchardt schwebenden Schiedsgerichtsverfahren den dritten Berliner Wahlkreis mit der Ernennung der drei Beisitzer zum Schiedsgericht beauftragt hat. Borchardt verlangt in seiner Beschwerde, die Kontrollkommission solle den Beschluß des Pateivorstandes aufheben und die Ernennung der beiden Beisitzer durch die beiden beteiligten Kreise, den dritten und vierten Wahlkreis, vornehmen lassen. — Nach unserem Organisationsstatut kann jede Parteiorganisation die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Im Falle Borchardt hatte der dritte Berliner Wahlkreis am 28. Mai, der vierte am 11. Juni ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Borchardt beantragt. Der Parteivorstand beauftragte den dritten Wahlkreis als denjenigen, welcher zuerst die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt hatte, die drei Beisitzer zu ernennen. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig diesem Beschluß an und wies die Beschwerde des Genossen Borchardt als unbegründet ab.

Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Genossen August Bebel hätte nach § 15 unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses das Recht gehabt, eine Ersatzwahl zum Parteivorstand anstelle des Genossen Bebel vorzunehmen. Wegen der kurzen Zeit, die uns noch von dem Parteitag trennte, hat die Kontrollkommission einstimmig von einer Ersatzwahl Abstand genommen und überläßt die Wahl dem Parteitage.

Die Kontrollkommission beantragt einstimmig: Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt wird. (Beifall.)

Vors. **Ebert** schlägt vor, beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes au alle Anträge zu behandeln, die sich beziehen auf Agitation, Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, Agrarfrage, Presse und Literatur.

Damit ist der Parteitag einverstanden. Genügend unterstützt werden die Anträge 17, 96, 13*), 14, 15, 16, 53, 54, 77, 47, 51,

---

*) 13. Harburg: Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitage zu unterbreiten.

14. Königsberg i. Pr.: Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.

52, 55 und 57. Antrag 56 wird zurückgezogen. Die Anträge 18, 19, 91, 48, 49, 50 finden nicht die genügende Unterstützung.

Von den Anträgen zum Massenstreik werden die Anträge 7, 11, 12 und 88 genügend unterstützt, ebenso die Resolution des Parteivorstandes. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 8, 9, 10 und 90.

Dann wird in die

Diskussion

eingetreten und zwar zunächst über den allgemeinen Teil des Geschäftsberichts. Dazu liegt ein weiterer Antrag vor: Der Parteitag wolle eine **besondere Kommission zum Studium der Agrarfrage** einsetzen und sie zu bevollmächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung wichtiger Aufgaben heranzuziehen.

Sollmann-Köln:

Scheidemann hat in seinem Bericht die Hauptursache des Stillstandes in der Organisation auf die Krisis zurückgeführt. Ich warne davor, daß man den Stillstand lediglich auf die Krisis zurückzuführen sucht. Der Parteivorstand hat in dankenswerter Weise darauf hingewiesen, daß unsere Parteipresse sündigt und nicht allgemeinverständliche Propaganda treibt. Ich habe in Arbeiterkreisen im Rheinland Erhebungen angestellt und überall Zustimmung gefunden, wenn auf die unverständliche Schreibweise zahlreicher Parteiblätter hingewiesen wurde. Frauen haben die Zeitung abbestellt, weil das Feuilleton zahlreicher Zeitungen für weite Arbeiterkreise ungenießbar ist. Diese Zeitungen glauben, daß jeder Arbeiter ein Theaterabonnement in der Tasche hat und sämtliche Klassiker gelesen hat. So sehr wir dafür eintreten müssen, daß unsere Genossen zum Kunst- und Literaturverständnis erzogen werden, so unverständig ist es anzunehmen, daß die großen Massen tief in diese Fragen eingedrungen sind. Ich habe das Gefühl, daß viele Redakteure als Journalisten glänzen wollen und nicht bedenken, daß es darauf ankommt, daß die Massen den Inhalt der Zeitung zu würdigen wissen. Der Parteivorstand wird gut tun, dieses wichtige Problem recht bald einer Redakteurkonferenz vorzulegen.

Die Behauptung des Parteivorstandes, daß sich unsere **Jugendbewegung** den Angriffen der Gegner gegenüber glänzend behauptet und gute Fortschritte gemacht habe, ist eine Schönfärberei. (Oho!) In Braunschweig, Bremen, Breslau, Burg, Köln, Dresden, Elberfeld, Frankfurt, Hannover, Leipzig und an anderen Orten ist die Jugendbewegung zurückgegangen, und daran kann nicht die Krisis schuld sein, sondern da müssen wir uns fragen, ob wir wirklich unsere Pflicht getan haben. In weiten Parteikreisen wird die bedeutende **Gefahr der bürgerlichen Jugendbewegung** unterschätzt. Vergessen Sie nicht, daß die bürgerliche Jugendbewegung in den letzten Jahren ganz andere Formen angenommen hat und zu einer gewissen Gefahr für unsere Bewegung geworden ist. Das uns gebotene Werbematerial entspricht nicht den Bedürfnissen der Jugend. Diese Schriften versteht die Jugend nicht. Wir haben noch keine Agitationsbroschüre für die weibliche Jugend. Vierzehnjährigen Arbeiterinnen wird in einer zur Werbung der weiblichen Arbeiterjugend bestimmten Broschüre von der modernen Naturforschung nach Charles Darwin, von den grandiosen Ergebnissen der Chemie und Physik und dergleichen mehr erzählt, vom Aufstieg der Menschheit, von der glühenden Sehnsucht nach Freude und Freiheit usw. Das sind wunderbare Worte, aber junge, unaufgeklärte Arbeiterinnen scheuchen sie ab. Auch die „Arbeiter-Jugend" ist nicht recht geeignet. Für die weibliche Jugend wäre eine besondere Organisation oder mindestens eine eigene Beilage zu schaffen. Zunächst müssen wir die stark bedrohte Jugend von 14 bis 18 Jahren gewinnen, dann erst kann die Gewinnung der Jugend von 18 bis 22 Jahren eine ernste Frage werden. (Beifall.)

Stengele-Hamburg:

Die Tätigkeit des Parteivorstandes war sicherlich vollständig anzuerkennen. Als Verwaltungskörperschaft hat er ausgezeichnet gearbeitet, aber auch in bezug auf Initiative darf ihm kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie auch natürlich mitunter nach einer anderen Richtung gegangen ist, als der eine oder andere vielleicht gern gesehen hätte. (Heiterkeit.) Der Stillstand im Wachstum der Organisation und der teilweise Abonnentenrückgang stimmt mich nicht pessimistisch; es wird da bei den Klagen derselbe Ueberschwang der Gefühle geäußert, wie seinerzeit bei der Vermehrung unserer Wählerstimmen nach der anderen Richtung. Darin sah man eine Weltenwende und in einem kleinen Rückgang der Organisation sieht man die Götterdämmerung der Sozialdemokratie! Wahrscheinlich sind wir, weil wir eine verhältnismäßig junge Partei sind, diesem Ueberschwang unterworfen, bald himmlisch jauchzend, bald zu Tode betrübt. Es äußert sich darin aber auch das, was Caprivi Le rage des nombres genannt hat. Wir operieren immer mit den Zahlen als mit etwas Absolutem, ihr Aufstieg oder Rückgang stimmt uns optimistisch oder pessimistisch. Bei kleinen Schwankungen der Organisation kommen mehr oder minder Zufälligkeiten in Betracht, und die Hauptsache spielt dabei die allgemeine Wirtschaftslage. Pessimistisch aber können wir darüber sein, daß das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden ist. Die Parteiversammlungen befassen sich mit Quisquilien; in dem größten Parteiort, in Berlin, werden über die Frage des Gebärstreiks, die wirklich alles andere ist, nur nicht eine sozialdemokratische Angelegenheit (Sehr richtig!), große Versammlungen abgehalten, und die Genossinnen, die den sozialdemokratischen Standpunkt ganz richtig vertreten, werden von einer für irgendeine Phantasie fanatisierten Menge niedergebrüllt! Da muß man allerdings fragen: Sind wir auf der richtigen Bahn? Es ist dies ein Symptom, daß wir in den letzten Jahren es allzusehr unterlassen haben, die Bewegung zu vertiefen. Wir alle können etwas Schuld daran sein. Ich glaube, daß für unser Parteileben gefährlich ist die Mechanisierung der Partei, wie sie mehr und mehr stattgefunden hat, das Bestreben, alles nach bestimmten Regeln und Schablonen einzurichten in dem einen Ort genau wie in dem anderen, in Schlesien wie an der Wasserkante, in Schleswig-Holstein wie in Oberbayern. Dies ist eine Gefahr für das innere Leben der Partei. Da muß bei einem derartigen Aufbau die Bureaukratie eine bedeutende Macht erlangen, ohne die Schuld der betreffenden Personen. Man soll wohl erwägen, ob man mit der Vermehrung der gewiß notwendigen Verwaltungsbeamten in demselben Tempo fortfahren soll wie bisher. Dem einzelnen Genossen geht die Uebersicht verloren, und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht, dadurch wird er eine autoritäre Person, und weil er notwendigerweise in der Organisationstätigkeit seine Hauptaufgabe sieht, so unterbleibt vielfach das tiefere Eindringen der Parteigenossen in die sozialdemokratischen Prinzipien. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt. Ich gebe dies zu bedenken, ohne bestimmte Anträge zu stellen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Kirschbaum-Essen

unterstützt die Anträge, nach denen die Jugendzentralstelle die Funktionäre fortgesetzt über ihre erzieherischen Aufgaben unterrichten soll, denn unsere Mitarbeiter sind doch ausschließlich Laien. Wir lernen wohl, die Jugendlichen gewinnen, aber um sie festzuhalten, sind erzieherische Kenntnisse erforderlich. Deshalb sollte für die Rundschreiben der Zentralstelle eine pädagogisch geschulte Kraft gewonnen werden. Das wird nicht zuviel kosten.

Heilmann-Chemnitz:

Scheidemann hat meinen Artikel in der „Neuen Zeit" kritisiert. Meine Bemerkung, die Parteipresse habe im Kampf gegen die Militärvorlage vielfach versagt, habe ich so gemeint und meine sie auch heute noch so, daß wir nicht wie früher beim Kampf um große Vorlagen — ich denke zum Beispiel an die Zuchthausvorlage — Tag für Tag die Presse nur mit diesem einen Thema angefüllt und alle Energie der Genossen auf diesen einen Punkt konzentriert haben. Wir haben während des Kampfes um die Militärvorlage unsere Kräfte viel zu sehr zersplittert. Noch mehr hat Scheidemann meine Bemerkung mißfallen, daß der Parteivorstand wahrscheinlich auch versagt habe. Auf dem Wort „wahrscheinlich" ist er herumgeritten, wie jeder geschickte Redner auf seinem Steckenpferd. Das Wort wahrscheinlich bedeutet einfach, daß ich nicht in der Lage war, es ganz genau festzustellen. Es ist Sitte, daß den Parteiredaktionen die Flugblätter des Parteivorstandes zugestellt werden, aber über den Liebknecht-Skandal (Heiterkeit) — ich meine über die Liebknechtschen Enthüllungen — haben wir kein Flugblatt bekommen. Ich habe mit der Möglichkeit gerechnet, daß diese Flugblätter erschienen sein könnten und daß sie uns lediglich aus einem technischen Versehen nicht zugestellt sind, und darum habe ich das mildernde Wort „wahrscheinlich" hinzugefügt. Wenn die Flugblätter erschienen sind, ist es mir sehr zweifelhaft, ob sie die Wirkung gehabt haben, die sie bei rechtzeitigem Erscheinen und bei größter Verbreitung auf Anregung der Zentralstelle hin hätten haben müssen. Wir sind wohl in der Zentralisation etwas zu weit gegangen. Denn bis die Genossen in den einzelnen Orten die Flugblätter erhalten und ihre Verbreitung beschließen können, ist soviel Zeit verflossen, daß die Flugblätter längst ihre Wirkung verloren haben. Bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Parteipresse oder zu ihrer Ausgestaltung handelt es sich vielfach nicht um Aufgaben, die Mittel erfordern, sondern um Unternehmungen, die in absehbarer Zeit sogar Ueberschüsse abwerfen. Wie wäre es mit der Herausgabe einer aktuellen Illustrationszeitung zum Preise von 10 Pf. und in Verbindung damit mit einer Illustrationszentrale für die Parteipresse? Das Zeitungswesen könnte dadurch weit besser gefördert werden als es bisher durch das Pressebureau geschehen ist. (Sehr richtig!) Auf dem Gebiete des Zeitungswesens sollte der Parteivorstand einmal ein Gesamtprogramm aufstellen, was von der Zentrale aus unternommen werden soll. So wäre z. B. eine gemeinsame Inseratenzentrale sehr gut durchführbar. Unangenehm aufgefallen ist es, daß in den Anträgen zum Parteitag, die in der Presse veröffentlicht sind, die des Parteivorstandes gefehlt haben. Der Antrag zum Fall Radek hätte doch wohl rechtzeitig den Genossen unterbreitet werden können. Welche unangenehmen Aktionen diese späte Veröffentlichung nach sich gezogen hat, ist Ihnen allen bekannt. Gern ist niemand in außerorganisatorischer Form vor die Partei getreten. Im Hinblick auf den Fall Radek wird man Scheidemann nicht zu warnen brauchen, daß er nicht allzu gerecht sei, damit er nicht verderbe. Aber er verdirbt manches, weil er allzu witzig sein möchte.

Lüth-Hamburg:

Vor zwei Jahren hieß es, der Parteivorstand brauche neues Blut. Da haben wir Braun und Scheidemann hineingewählt. Jetzt treten die alten Klagen wieder auf. Ein Berliner Genosse hat sogar in der „Neuen Zeit" darüber geklagt, daß die Parteigenossen nur noch Statisten und Paradesoldaten seien. Was muß der Genosse für eine Ahnung von der Parteiorganisation haben (Sehr gut!), die in Berlin genau so demokratisch ist wie anderwärts. Eine große Anzahl von Parteigenossen scheint wirklich am liebsten über Fragen zu schreiben, von denen sie gar nichts verstehen. Auch Genosse Stengele hat ja an der allzu starken Zentralisation Kritik geübt, aber doch mit der Vorsicht, die seinem Wesen entspricht. Wir sollten wirklich etwas vorsichtig sein, wenn wir an der eigenen Partei Kritik üben. Es ist gar keine Rede davon, daß wir an einer Verknöcherung oder Bureaukratie leiden; der Stillstand in der Mitgliederzahl ist sicherlich auf die vorübergehenden wirtschaftlichen Zustände zurückzuführen.

Gehrmann-Zeitz:

Der Vorstand ist nicht unschuldig daran, daß unsere Organisation nicht die nötigen Fortschritte gemacht hat. Er hat bei der Bearbeitung der Jahresberichte ungeheure Fehler gemacht, die der Organisation geschadet haben. So wird vom Vorstand in Zeitz-Weißenfels ein Mitgliederrückgang von 19 Proz., nämlich von 6805 auf 5501 festgestellt; dies beruht auf der irrtümlichen Angabe der Mitgliederzahl im Vorjahre mit 6805. Da waren die Frauen mitgerechnet. Trotz unserer Bitte ist Richtigstellung nicht erfolgt. In Wirklichkeit beträgt unser Mitgliederrückgang nur 9,76 Proz. und die Schuld daran trägt bei uns die Verdrängung deutscher Arbeiter durch Kroaten und Polen. Die Herausgabe des Familienblattes begrüße ich, aber 25 Pf. ist zu teuer.

Dürr-München:

Zur Illustration des Familienblattes müssen sachkundige Männer herangezogen werden. Die Bebel-Extranummer des „Vorwärts" war beschämend. Solch jämmerliche Illustrationen, wie die von dem Leichenbegängnis in Zürich finden wir in der kleinsten Winkelpresse Deutschlands nicht mehr. (Sehr richtig!) Die „Neue Welt" müßte besser und billiger ausgestattet werden. — Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir nicht genug Parteigenossen und Genossinnen haben, die genug Pädagogen sind, um mit der Jugend umzugehen. Der Jugendleiterkurs in Berlin genügt nicht, das müßte in allen großen Städten gemacht werden. Haben wir erst diesen Unterbau, dann werden wir die Jugend dauernd festhalten. Unsere heiligste Pflicht ist eine höhere Propaganda unter den jungen Leuten vor der Einziehung zum Militär und nach der Entlassung vom Heer.

Stubbe-Hamburg:

Nach dem Rückgang um 12 000 Abonnenten hat die Parteipresse nur 1½ Millionen Leser, das sind 35 Proz. unserer Wähler, während 65 Proz. großenteils bürgerliche Blätter lesen. In Hamburg ist das Verhältnis am günstigsten und auch dort haben wir bei 158 000 Stimmen nur 58 000 Abonnenten zur Zeit der letzten Reichstagswahlen gehabt. Dagegen haben die bürgerlichen Blätter Hamburgs 200 000 Abonnenten, während nur 87 000 bürgerliche Stimmen abgegeben wurden. Um die Parteipresse stärker zu verbreiten, müssen die Verbreitungsgebiete verkleinert werden, damit die Zeitung überallhin rechtzeitig gelangt. Kleine Lokalblätter könnten auch mehr Lokalangelegenheiten behandeln. In der Organisation wird nicht zuviel zentralisiert, im Gegenteil. Es muß die Abholung der Beiträge möglichst überall durchgeführt werden und die Mitgliederversammlungen müssen sich auch wirklich mit sozialen Angelegenheiten beschäftigen. Gehen wir so vor, dann werden wir treue Kämpfer für die Organisation gewinnen, auf die wir uns gegebenenfalls vollständig verlassen können. (Bravo!)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung.

Dißmann-Frankfurt a. M.:

Es ist selbstverständlich, daß die Genossen im Lande beim Erscheinen des Vorstandsberichts die Frage erörtern, ob der Erfolg dem Aufwand der Kräfte entsprochen hat. Darum hätte ich gewünscht, daß heute morgen Genosse Scheidemann der angeblichen Kritik gegenüber mit etwas weniger Aufwand an Kraft und Witz vorgegangen wäre. Wir sind uns alle einig über die Bedeutung der täglichen Kleinarbeit und der mühseligen Organisationstätigkeit. Mit einer abfälligen Kritik würden wir uns doch nur selbst ins Gesicht schlagen. Die wirtschaftliche Krise ist nur ganz bedingt als die Hauptursache des Stillstandes im Wachstum der Organisation zu bezeichnen; in den nächsten Jahren wird uns die Krisis mehr zu schaffen machen. Zu dem Stillstand hat die Tatsache, daß nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre, besonders nach den Reichstagswahlen, die Mitgliedschaft in der fortgesetzten Anspannung ihrer Kräfte etwas erschlafft ist, zweifellos mit beigetragen. Das Reservoir, aus dem wir in leichterer Form gewaltige Massen von Mitgliedern gewonnen haben, ist zwar nicht erschöpft, aber die Gewinnung neuer Mitglieder schwieriger geworden. Die Anstrengungen müssen größer werden. Unsere weiteren Reservoire, wo Hundertausende von Arbeitern in Frage kommen, liegen in schwierigeren Gegenden, wo der Aufstieg langsamer sein wird, als in den Großstädten. Je enger und besser das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ist, desto erfreulicher sind für die Arbeiterbewegung die Erfolge. Einer Stimmung, die dahin gehen sollte, die Parteibeamten in der Achtung und im Vertrauen herunterzusetzen, hätten wir uns mit aller Kraft entgegenzustemmen. Aber natürlich sind etwa vorhandene Mißstände in der Organisation auch auszusprechen. Wir müssen in Zukunft die Situation besser ausnutzen. Es war das schlimmste, daß die Massen glaubten, die neuen Heereslasten träfen sie nicht. Fraktion, Parteivorstand und Organisationskörper hätten sich von vornherein mit der Parteipresse über den Rahmen des zu eröffnenden Kampfes verständigen müssen, damit in dem Moment der parlamentarischen Entscheidung die Organisation auf dem Sprunge stehen und die gewaltigste Massenbewegung in Szene setzen könnte. Ich hoffe, daß wir darüber demnächst im Parteiausschuß sprechen können; auch über die Frage der Gelben. Hoffentlich wird der parlamentarische Kampf in engster Verbindung mit den Massen im Lande geführt werden.

(Schluß in der 2. Beilage.)

---

15. 20. sächsischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtskurse einzustellen.

16. Spandau: In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.

17. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagssession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben, unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Heeresvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.

51. Teltow-Beskow: In der „Gleichheit" sind mehr Artikel aufzunehmen, die dem Verständnis der Neueintretenden angepaßt sind. Der Raum dafür ist durch Kürzung der Agitationsberichte zu schaffen.

52. Niederbarnim: Der Parteivorstand wird beauftragt, statistisches Material über Volkswirtschaft (eventuell durch graphische Darstellung und Diagramme) in Broschürenform im Buchhandel permanent erscheinen zu lassen.

53. 13. sächsischer Wahlkreis: Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendhelfern eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut.

54. 12. sächsischer Wahlkreis: Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und Genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendhelfer zu schaffen.

55. Kiel-West: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des dringend notwendigen Ausbaues der „Neuen Zeit" einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

57. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher, die Kinderbeilage der „Gleichheit" eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde.

96. „Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwickelungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen." Parteivorstand.

7. Halle a. S.: Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigt die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiksaktion zielsicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzusetzen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

11. Frankfurt a. M., Wirges, Hanau: Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (bzw. die Kreisgeneralversammlungen zu Wirges und Hanau) begrüßen die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.

12. Niederbarnim: Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits in Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich. Die Versumpfung der preußischen Wahlrechtssache, die Vorstöße des Imperialismus mit der ständigen Kriegsgefahr, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für die Landproletarier und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erobern, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen zur gebieterischen Pflicht, soll die Reaktion auf der ganzen Linie nicht triumphieren.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstag und namentlich im preußischen Wahlrechtskampf.

Nur eine scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, und die vor keiner Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

88. Berlin IV: Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik in die Wege zu leiten.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Klara Zetkin:

Ich will einige Ausführungen machen zu den Anträgen, die sich auf die Ausgestaltung der „Gleichheit“ beziehen. Nicht nur in diesen Anträgen, sondern auch sonst ist der Wunsch laut geworden nach einer populäreren Ausgestaltung der „Gleichheit“. In diesem Ruf vereinigen sich verschiedene Strömungen, von denen mir die eine volle Beachtung zu verdienen scheint. Niemand weiß besser als ich, daß der Ruf nach Popularität bei einigen auf ganz falscher Einschätzung des Populären, des Volkstümlichen beruht. Als volkstümlich stellt man sich verworrene, seichte Gedankengänge vor, die in einem mangelhaften Deutsch vorgetragen werden. (Lebhafter Widerspruch.) Warten Sie doch erst ab. Ich sage, es gibt einige, die sich das so vorstellen. Als Redakteur habe ich die Beweise dafür und bekomme sie oft genug; jeder Redakteur wird mir bestätigen, daß solche Auffassungen vorhanden sind. Aber es liegt auch heutzutage bei diesem Ruf nach Popularität ein sehr tief begründetes und wichtiges Bedürfnis vor. Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert. Früher war die „Gleichheit“ ausschließlich das Organ der Genossinnen, die von vornherein eine Elite des weiblichen Proletariats darstellten, die zum Teil schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hatten. Diese geschulte Elite zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen, war die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“. Aber gerade das opferfreudige und verständnisvolle Wirken dieser Hunderte, die zu Tausenden von Genossinnen geworden sind, hat dazu geführt, daß unsere proletarische Frauenbewegung verhältnismäßig rasch einen sehr großen Umfang erreicht hat. Wir erhalten heute in unseren Organisationen einen Zustrom von proletarischen Frauen, die zwar mit ihrem ganzen Herzen instinktiv mit uns fühlen, die aber infolge ihrer ganzen Lebensumstände, infolge des Erbteils, das sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts für ihre geistige Physiognomie mit sich bringen, noch nicht das ABC unserer Auffassungen kennen und nun das ganz berechtigte Bedürfnis danach haben, daß ihnen dies ABC beigebracht wird. (Sehr richtig!) Man hätte vielleicht früher denken können, daß die Tagespresse der geeignetste Platz wäre, um diesem alltäglichen Bedürfnis zu genügen. Es ist aber nicht so und vielleicht kann es gar nicht so sein, weil eben unsere Tagespresse in dem Maße, als das Gebiet der Betätigungen der Partei nach den verschiedensten Richtungen hin sich verbreitert und bereichert, von den Tagesaufgaben in wachsendem Umfang in Anspruch genommen wird. Dazu kommt, daß unsere Tagespresse in erster Linie, wie Scheidemann ganz richtig betonte, vielleicht zu viel das Organ der bereits geschulten Genossen ist und zu wenig werbendes Organ für die Ideen der Sozialdemokratie außerhalb dieses Kreises. Hier liegt meiner Ansicht nach auch eine Aufgabe vor, die die „Gleichheit“ künftig erfüllen muß. Sie muß sich wenden an die Genossinnen, die an uns herantreten, die zuerst einmal die Elemente unserer Auffassungen, unserer Ueberzeugungen lernen müssen. Ich meine, die Genossinnen müssen zugunsten dieser Nachrückenden, die morgen oder übermorgen an unserem eigenen Platz stehen werden, auf einen Teil des Raumes der „Gleichheit“ verzichten, damit für solche populären Artikel Raum geschaffen wird. Allerdings will ich bemerken: das, was Sie an der „Gleichheit“ meinen tadeln zu müssen, die unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise auch sonst in der Partei. Es sind die nämlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, das daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die „Gleichheit“. Meinen Sie, ich würde in ausgesuchter Bosheit und Dummheit gute populäre Artikel über unsere sozialistischen Ideen nicht annehmen, wenn ich sie bekäme? Nicht mit einer, nein mit zwei Kutzhänden würde ich sie veröffentlichen. (Große Heiterkeit.) Aber das Pech ist eben, ich warte und warte, aber solche Artikel gehen mir äußerst selten einmal zu.

Wenn wir den Genossinnen, die erst anfangen, sich für unsere Theorien zu erwärmen und zu interessieren, unsere Ideen nahebringen wollen, so kann das vielleicht zunächst gar nicht in Artikeln über unsere Theorien geschehen, sondern nach langer Ueberlegung scheint es mir weit zweckmäßiger mit einer Artikelserie über die Geschichte der Sozialdemokratie zu beginnen. Ich meine durch eine solche Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie wird das Interesse an den Ideen, an dem Tun unserer Partei gerade in den Kreisen am ersten erregt werden. Wenn ich aber diesen Plan durchführen will, so werden sich die Genossinnen damit bescheiden müssen, daß der Raum, der ihnen jetzt zur Verfügung steht für Agitationsberichte usw., ein wenig geschmälert wird. Ich meine die Agitationsberichte, wie sie jetzt überall in unserer Tagespresse erscheinen. Ich begreife darunter nicht eine Einschränkung der Berichte, die von der Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, von ihrer Mitarbeit in Gemeindeinstitutionen usw. handeln, mit einem Worte, die ein Bild und Anregungen geben für die ganze große praktische Betätigung unserer Genossinnen auf so vielen Gebieten. Es kann auch notwendig werden, daß ich gelegentlich den einen oder anderen Artikel ausfallen lasse, die die „Gleichheit“ jetzt gebracht hat, zumal auf sozialpolitischem Gebiet, das ja in umfangreicher Weise in unserer Tagespresse bearbeitet wird und in einer Weise, die gerade für die vorgeschrittenen Genossinnen, die als Lehrerinnen, Agitatorinnen unter die breiten Massen hinausgehen, durchaus verständlich und nützlich ist. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Art, dem Bedürfnis entgegenzukommen, wohl einverstanden sein werden. Ich habe dann für später auch andere Artikelserien in Aussicht genommen, die vielleicht zusammenfassend auch als Broschürenliteratur erscheinen können. Ich will in Verbindung damit sagen, daß wir im allgemeinen keine in die breitesten Massen dringende einfache Agitationsliteratur über unsere Grundsätze haben. Die alten Broschüren, wie „Unsere Ziele“, „Nieder mit der Sozialdemokratie“, „Zu Schutz und Trutz“ sind gewiß volkstümlich, knüpfen aber zum Teil an Verhältnisse und Fragen an, die heute längst für das Proletariat in den Hintergrund getreten sind und deshalb nicht mehr aktuell und packend wirken.

Nun zu dem Wunsch, die Kinderbeilage der „Gleichheit“ möge als Buch erscheinen. Soweit es auf die Redaktion ankommt, die würde es sofort machen. Die Redaktion der „Gleichheit“ kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie noch nie mit ihrer Arbeit gespart hat, wenn es das Interesse der Partei erforderte. Aber hinter mir steht der Verlag, und Genosse Dietz behauptet, er hätte mit der Herausgabe des früheren Kinderbuchs der „Gleichheit“ gar keine guten Erfahrungen gemacht. Es hätte so lange gedauert, bis er die Auflage abgesetzt hatte, daß ihm die Lust nach einer neuen Auflage vergangen sei, auf die ich — ich bin ja nun einmal ein unruhiger Drängler — seit Jahren hingedrängt habe. Er meint, der Wunsch sei auch dadurch erfüllt, daß Einbanddecken für die Kinderbeilage zu einem ganz mäßigen Preise vom Verlag herausgegeben werden, so daß jede Mutter sich die Blätter sammeln und sie in den Einband legen kann und auf diese Weise ein hübsches Buch hat. Ich will mich mit diesen Ausführungen begnügen und nur noch auf eines hinweisen, nämlich auf die Bedeutung, die es hat, an unsere Frauenbewegung mehr und mehr unsere Jugendbewegung anzugliedern. Das ist die beste Lösung der Wünsche, die heute morgen hier laut geworden sind. (Großer Beifall.)

Dr. Adolf Braun-Nürnberg:

Genossin Zetkin hat die wichtige Frage der Parteipresse erörtert. Aber dort, wo sie kritisiert hat, ist gar nicht der wichtigste Anlaß zur Kritik. Gerade in der Parteipresse haben wir leider vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat eine überaus bedauerliche Uniformität, und diese Uniformität hat im letzten Jahrzehnt Formen angenommen, daß wir es als einen Mangel an Sparsamkeit des Parteivorstandes bezeichnen müssen, daß er keine Plattenfabrik eingerichtet hat. Eine Plattenfabrik würde — es ist ja sehr traurig, daß ich das als Redakteur sagen muß — eine große Menge Kosten ersparen, namentlich an Redakteurgehältern. (Heiterkeit.) Eine solche Fabrik würde an dem Zustand einer großen Anzahl unserer Blätter auch außerordentlich wenig ändern. Die Genossen würden die Unterschiede gar nicht bemerken. (Sehr gut!) Von den 80 täglich erscheinenden Parteizeitungen sind sich heute 78 ungeheuer ähnlich, es macht gar keinen Unterschied, ob sie im äußersten Nordosten oder im äußersten Nordwesten erscheinen. Es ist genau der gleiche Leitartikel, und nur durch den Kopf und den lokalen Teil unterscheiden sie sich. Es ist leider noch kein ingeniöser Mann aufgetreten, der auch eine Korrespondenz für den lokalen Teil macht, der in Königsberg in Ostpreußen und in Straßburg im Elsaß der gleiche wäre. Dann hätten wir eine vollendet gleichmäßige Zeitung. (Heiterkeit.) Heute sich über die Stimmungen in der Partei klar zu werden, ist außerordentlich schwierig, weil man ja eine uniforme Meinung hat, die man eventuell auf telephonische Anfrage in Berlin schon am Abend vorher wissen kann. Aber die Korrespondenzen unterstehen ja nicht der Aufsicht des Parteivorstandes und des Parteitages, mit Ausnahme des Pressebureaus und des rheinisch-westfälischen Bureaus. Zu meinem größten Bedauern muß ich sagen, daß das Pressebureau in keiner Weise den Anforderungen der Redakteure oder der Leser entspricht. (Sehr richtig!) Es ist das eine außerordentlich peinliche Sache für einen Mann wie mich, der Kollegialgefühl hat, das sagen zu müssen, aber ich bin hier nicht als Kollege, sondern als Delegierter, als Parteigenosse und ich glaube, die Verpflichtung zu haben, das einmal offen auszusprechen. Wenn wir das immer wieder verhehlen, dann ist keine Möglichkeit, Besserung zu schaffen. Der Nachrichtendienst des Pressebureaus ist vollkommen unzulänglich. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit, auf telephonischem Wege Auskunft zu bekommen, schafft nur dem Reiche Geld in Form von Telephongebühren, aber uns keine Nachrichten. Das Material der Berliner Zeitungen wird von dem Pressebureau leider fast gar nicht richtig ausgenutzt. Es sind das sehr bedauerliche Verhältnisse, und ich glaube, daß das Geld, das das Pressebureau kostet, in ganz anderer Weise nutzbringend verwendet werden könnte. (Sehr gut!) Das Pressebureau leidet an Haupt und Gliedern, an Inhalt und an Form. Nicht viel besser ist es mit dem Rheinisch-westfälischen Bureau. Auf der einen Seite haben wir zuviel Korrespondenzen und auf der anderen Seite haben wir zu wenig Redakteure. Eine ganze Reihe unserer Kollegen wollen in Berlin wohnen, wollen nicht in der Provinz Parteiredakteure spielen, sie glauben, wenn sie für 90 Zeitungen das Gleiche schreiben, sich mit wenig Arbeit ein leichtes Leben schaffen zu können. (Sehr richtig!) Wir Redakteure sind vollständig machtlos dem Pressebureau gegenüber, die Kosten des Bureaus werden einfach auf uns umgelegt. Wenn uns eine andere Korrespondenz nicht paßt, kündigen wir sie, dem Pressebureau können wir nicht kündigen, da ist uns eine Kopfsteuer aufgelegt (Heiterkeit), da müssen wir bezahlen, gleichviel, ob wir das Bureau benutzen oder nicht. Würde der Parteitag beschließen, daß wir kündigen dürfen, dann könnten wir sofort Besserung schaffen, dann würden wir sofort einen Gebärstreik machen, der sehr gut wirken wird. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Ich bin sehr gern bereit, dem Parteivorstand Einzelheiten mitzuteilen, aus denen er ersieht, wie das Pressebureau arbeitet.

Der erste Diskussionsredner hat aus einer Broschüre eine für junge Mädchen völlig unverständliche Stelle zitiert. Wir treffen aber den Ton der Jugend auch dann nicht, wenn wir zu der Jugend sprechen, wir begreifen die Jugend nicht; wir sind eben leider alle alte Knaben geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir reden uns ein, daß die Jugend ebenso verständig, klug und nüchtern ist, wie wir leider schon geworden sind. (Große Heiterkeit.) Ich habe unlängst einmal Gelegenheit gehabt, einen alten Berliner Freund zu sprechen über die Berliner Jugendbewegung, und der sagte, Liebknecht ist an allem schuld. Ich sagte: Was fällt Ihnen ein, in Nürnberg ist die Helene Grünberg an allem schuld. (Heiterkeit.) Der Liebknecht und die Lelene Grünberg sind zwei ganz verschiedene Leute (Große Heiterkeit); es ist nicht die Helene Grünberg, und es ist nicht der Liebknecht schuld, daß unsere Jugendbewegung nicht vorwärts geht. Wir wollen uns doch nicht täuschen lassen durch den offiziellen Bericht, es geht nicht vorwärts, die bürgerliche Jugendbewegung dagegen geht vorwärts. Die Jungen in der bürgerlichen Jugendbewegung haben das Gefühl viel größerer Freiheit und Selbständigkeit, viel geringerer Bevormundung als bei uns. Sie werden vielleicht dort mehr bevormundet und gegängelt als bei uns, aber sie merken es nicht so. Bei uns aber merken sie, daß sie so gescheidt gemacht werden sollen. Nicht so gescheidt, wie der Frank von 18 Jahren war, sondern so gescheidt, wie er jetzt ist, will man bei uns die Jungen machen. (Heiterkeit.) Wir verstehen nicht, die Jugend zu behandeln, weil wir sie ebenso machen wollen, wie wir sie haben wollen, weil wir vergessen haben, wie wir im Alter von 18 Jahren waren. Wir müssen uns in das Denken und Fühlen der Jugend hineinversetzen können, wenn wir die Jugend erziehen und mit ihr Erfolge erreichen wollen, die nicht nur gedruckt zu lesen sind. (Beifall.)

Heinrich Schulz:

Es gehört erfreulicherweise zu den regelmäßigen Erscheinungen unserer Parteitage, daß wir beim Vorstandsbericht eine Bildungs- und Jugenddebatte haben. Eine solche Debatte ist nicht nur notwendig, sondern auch selbstverständlich. Selbst solche Kapuzinerpredigt, wie wir sie eben gehört haben, ist durchaus erfrischend und erfüllt an ihrem Teile ihren Zweck. Braun hat durchaus recht, wenn er einem großen Teil der Genossen diese Vorwürfe gemacht hat, aber glücklicherweise treffen sie für einen großen Teil auch nicht mehr zu, denn das, was Braun bei der Behandlung der Jugend haben will, das haben wir auch schon früher als Wunsch des Parteitages festgestellt und in diesem Sinne werden auch die Jugendleiterkurse gehalten. Wir wünschen, daß die Jugendleiter sich in die Stimmung der jungen Leute hineinfinden. Ich unterstütze deshalb auch durchaus die ernste Mahnung des Genossen Sollmann bei seinem Hinweis auf die bürgerliche Jugendbewegung. Sie ist groß und stark und wächst überall. Alle Mittel des herrschenden Staates, von der Schule bis zur Kaserne, stehen ihr zur Verfügung. Gerade in diesen Tagen ist vom Kriegsministerium eine Kundgebung herausgegeben worden, in der alle die Vergünstigungen zusammengefaßt werden, die der Jugendbewegung von den Ministerien eingeräumt worden sind. Gerade, weil der Jugend alle Mittel zur Verfügung stehen, gerade weil die Autoritäten der bürgerlichen Gesellschaften sich in den Kampf hineinstellen, darum haben wir um so mehr Ursache, unsererseits zu tun, was nur für die Jugend möglich ist. Und da geschieht noch nicht alles, was geschehen könnte. Allerdings sind wir auch an Grenzen gebunden, da es an Kräften fehlt; sie müssen erst heranwachsen und herangezogen werden. Diejenigen, die durch unsere Jugendbewegung hindurchgegangen sind, werden später auch die geeigneten Pfleger für unsere Jugend sein. So erst kann langsam bei uns die Führerschaft heranwachsen, die in der bürgerlichen Jugendbewegung schon da ist in den Lehrern und anderen Persönlichkeiten, die sich ihr zur Verfügung stellen. Wenn wir sagen: Nehmt Euch der Jugend an! so heißt das nicht, daß wir die Jugend umschmeicheln und sie durch pädagogische Mittel aufpäppeln wollen. Es wäre ganz falsch, wenn wir den jungen Leuten die Meinung beibringen wollten, sie seien die Blüte der ganzen Gesellschaft und um sie müsse sich alles drehen. Das geschieht aber auch bei uns nicht. Andererseits bleibt aber auch die Notwendigkeit bestehen, daß wir für die **Jugendpflege alles aufwenden müssen, was möglich ist.** Es ist durchaus falsch, wenn man manchmal noch hört, wir haben es ja auch nicht so gut gehabt wie die Jungen und wir sind etwas geworden. Die Zeiten haben sich geändert und wir sind jetzt verpflichtet, Dinge zu tun, die früher an uns nicht getan worden sind. Die Bewegung ist gewachsen an moralischer Kraft, an materiellen Mitteln, und die müssen wir in den Dienst unserer Jugendbewegung stellen. Die Kritik an der Jugendbewegung begrüßt die Zentralstelle ebenfalls, wir wünschen auch, daß Mängel der Zentralstelle kritisiert werden. Wir haben das ehrliche Bestreben, daß unsere Jugendbewegung nicht zur Schablone erstarren soll. Wenn Sollmann unsere Schriften vor dem Parteitag kritisiert hat, so kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Aus einer Schrift von 32 Seiten einige Sätze herauszugreifen, die vielleicht zufällig nicht so populär gehalten sind wie die übrigen, das ist keine Methode. Wenn Sollmann ernste Bedenken gegen diese oder jene Schrift der Zentralstelle hat, dann soll er uns das mitteilen und es wird für Abhilfe gesorgt werden. Ebenso falsch ist es, wenn er mit einer Handbewegung zu verstehen gab, die „Arbeiterjugend“ sei nicht das, was sie sein sollte. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie ein Blatt ist, auf das die **Arbeiterbewegung stolz** sein kann (Sehr richtig!), daß sie das bisher noch nicht vorhandene Familienblatt in denkbar bester Weise ersetzt hat. Es ist ein Blatt, das ruhig auch die erwachsenen Arbeiter lesen können. Ein solches Blatt, das für die 14- bis 20jährigen jungen Leute redigiert wird, kann natürlich nicht in jeder Zeile dem geistigen Niveau des 14jährigen angepaßt sein. Ich glaube aber, daß bisher die „Arbeiterjugend“ eine gute Mischung gefunden hat. Daß sie ein vortreffliches Blatt ist, geht ja auch aus der Tatsache hervor, daß sie bisher etwa **100 000 Abonnenten** erworben hat. — Ich unterschätze die Jugendarbeit der Gegner, besonders der Katholiken, gar nicht. Ich weiß, daß unter den katholischen Jugendpflegern eine Reihe vorzüglicher Pädagogen sind. Wir können auch viele der pädagogischen Erfahrungen der Leute für uns nutzbar machen. Der Antrag 15 rennt offene Türen ein, denn der Zentralausschuß stellt Wanderlehrer an nach dem Bedürfnis und nach der Möglichkeit, sie zu bekommen. Antrag 16 verlangt mehr Tätigkeit für die weibliche Jugend. Ich empfehle, ihn der Zentralstelle zu überweisen, obwohl diese auch bisher in der Aufklärung für die weibliche Jugend nichts unterlassen hat. Es kommt dabei freilich der Wunsch zum Ausdruck, die weibliche Jugend auch für die spätere Wirksamkeit als Hausfrau und als Mutter vorzubereiten. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Fürsorge für die schulpflichtigen Kinder durch Ferienspiele usw. Wir müssen uns dieser jüngsten Generation annehmen, nicht um sie zu Sozialdemokraten zu machen, sondern um unsere erzieherischen Pflichten in gemeinsamer Arbeit gegenüber den Kindern noch mehr zu erfüllen als bisher. Die Anträge 43 und 44 verlangen ein pädagogisches Zentralblatt für die Jugendpfleger. Ueberweisen Sie auch diese Anträge der Zentralstelle, wir sind Anregungen zugänglich und greifen zur richtigen Zeit ein, wenn auch die richtigen Personen da sind. Es ist angeregt worden, den Jugendleiterkursus nicht nur in Berlin abzuhalten, sondern auch in der Provinz. Die Zentralstelle wird das ernstlich erwägen. Die **Frage der 18- bis 21jährigen** lege ich Ihnen dringend ans Herz. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Maßnahmen für die 18- bis 21jährigen in erster Linie zu einer antimilitaristischen Propaganda benutzt werden sollen, sondern um aus ihnen klare, bewußte Sozialdemokraten zu machen. Dann ergibt sich ihre Stellung zum Militarismus und als spätere Soldaten von selbst. (Sehr richtig!) Wie wichtig diese Frage ist, beweist ein Artikel Erzbergers: „Jungzentrum“. Er will eine junge Generation der Zentrumsanhänger für die politischen Zwecke des Zentrums ins Leben rufen. Wir sollen vom Gegner lernen, auch vom Zentrum. Wir treiben mit der Jugendbewegung keine Schönfärberei, wir haben aber auch **keinen Grund zum Pessimismus.** Die Jugendbewegung wächst mit unserer Bewegung. Je mehr die jungen Leute aus der Jugendbewegung in die maßgebenden Körperschaften der Partei hineinkommen, desto mehr wird die Partei für die Jugendbewegung tun. (Beifall.)

Davidsohn-Berlin:

Es ist nicht möglich gewesen, trotz mehrfacher eifriger Anregungen, für die mittlere und kleine Presse über eine Sache von so ungeheurer Bedeutung, wie die Dubliner Angelegenheit aus dem Pressebureau irgendwelche Notizen oder Depeschen zu bekommen. Eine Institution der Partei, die mit einem Soll und Haben von rund 90 000 M. arbeitet, sollte wirklich solchen berechtigten Wünschen nachkommen. Antrag 77 will die Beschränkung der Fremdwörter auf das möglichste Mindestmaß. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, in der man von einer Feier wie von der gestrigen nicht mehr als von einem Kommers redet! Es kommt in der Parteipresse nicht auf die Popularität an, wie die Genossin Zetkin in den Vordergrund gestellt hat, sondern auf die Verständlichkeit. Wenn nur eine von unseren 90 Redaktionen den Antrag berücksichtigen würde, dann hätte es sich gelohnt, ihn anzunehmen. Ein Familienblatt zum Preise von 25 Pf. ist zu teuer und wäre ein Eliteblatt mit einer derartigen geringen Auflage, daß die Institutionen der Partei, die sich damit zu befassen haben, nicht auf die Kosten kommen, wenn sie nicht eine Scherlsche Inseratenplantage daraus machen, was wir nicht hoffen wollen. Heilmann schlug vor, man solle neben der 25-Pf.-Ausgabe eine 10-Pf.-Ausgabe machen. Warum beides? Man sollte sich nur auf die 10-Pf.-Ausgabe beschränken und höchstens 15 Pf. fordern. Bedenken Sie, wie es in ruhigen Zeiten aussieht mit unseren Abonnementsverhältnissen, wie soll das in Krisenzeiten sein? Und doch muß auch solchen Anstürmen stand gehalten werden. Der „Wahre Jakob“, der 10 Pf. kostet, ist im letzten Jahre um 9500 Exemplare in der Auflage zurückgegangen. Bedenken Sie, wie groß der Rückgang bei dem 25-Pf.-Blatt gewesen wäre!

Heilmann sagte, wir wollen keine „Berliner Illustrierte Zeitung“. Sehr richtig, aber die Auflage der „Berliner Illustrierten“ könnten wir durchaus gebrauchen. Ullstein hätte sie mit 25 Pf. nie und nimmer erzielt. Bedenken Sie, daß die Großberliner Genossen eben daran sind, alle Parteiinstitutionen zu bestürmen, daß der „Vorwärts“ bei siebenmaliger Ausgabe in der Woche nur 25 Pf. pro Kopf kosten soll, während er jetzt 1,10 M. pro Monat kostet. Da wollen Sie der Provinz mit diesem 25-Pf.-Blatt kommen? Das kann unter Umständen 75 Pf. pro Monat ausmachen, da zweimal im Jahre im Monat drei Nummern erscheinen. Aus dem Bericht geht hervor, daß 216 Kreise mit 225 570 Mitgliedern, also 25 Proz. unserer sämtlichen organisierten Genossen, noch mit 30-Pf.-Beiträgen pro Monat arbeiten. Und nun wollen Sie mit einem Blatte kommen, das diesen selben Monatsbeitrag noch einmal erheischt! Diese Berechnung muß noch einmal über-

prüft werden. Das Lehrgeld, das die Partei sonst zahlen müßte, würde unter Umständen sehr teuer sein. (Sehr richtig!)

Genossin Nyneck-Berlin

spricht über die Forderung nach populärerer Schreibweise der „Gleichheit". Einige Artikel der Wiener „Arbeiterinnenzeitung" erwecken das Gefühl, als wenn eine liebevolle Freundin unsere Frauen an der Hand nimmt, um sie so in die sozialistische Zukunftsgesellschaft einzuführen. Die „Gleichheit" hat nicht eine einzige der zum Teil wertvollen Broschüren der vom Vorstand herausgegebenen sozialdemokratischen Frauenbibliothek besprochen und empfohlen. Die Worte der Genossin Zetkin haben bestätigt, daß unsere berechtigten Wünsche nicht berücksichtigt worden sind.

Dittmann-Solingen:

Scheidemann hat heute morgen es Heilmann übelgenommen, daß er behauptet hat, der Parteivorstand habe keine Flugblätter über die Militärvorlage herausgegeben. Scheidemann stellte demgegenüber fest, daß der Parteivorstand bereits vier Flugblätter herausgegeben hätte. Der Fall ist mir ein Symptom dafür, daß es in der Partei für das Gros unserer Vertreter in den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften und für unsere Vertrauensmänner an einem laufenden Mittel der Orientierung und Information fehlt. Wenn wir heute ein Examen vornehmen würden, ob der einzelne Parteitagsdelegierte informiert ist über das, was gegenwärtig eingeleitet worden ist von der Gesamtpartei in allen Zweigen ihrer Tätigkeit, so würden unter 100 wohl 96 die Prüfung nicht bestehen. Es ist unter den heutigen Verhältnissen gar nicht möglich, über alles orientiert zu sein. Die Bewegung ist so vielseitig geworden, daß der einzelne sich notgedrungen auf ein einzelnes Arbeitsgebiet beschränken muß. Das bringt die Gefahr der Einseitigkeit mit sich. Es gibt ein Mittel, dem einzelnen, selbst wenn er sich vornehmlich auf einem Arbeitsgebiet betätigt, den Gesamtüberblick zu erhalten. Ein Beispiel dafür ist das Mitteilungsblatt, das für unsere Parteigenossen in Groß-Berlin schon seit acht Jahren besteht. Es ist natürlich zugeschnitten auf Groß-Berlin. Wenn wir aber die Sache auf unsere gesamte Parteiorganisation übertragen und ein vielleicht 14tägig erscheinendes, ähnlich gehaltenes Mitteilungsblatt einführen würden, in dem der Parteivorstand die Aktionen der nächsten Zeit, soweit sie nicht streng vertraulicher Natur sind, den Vertrauensleuten im Lande zur Kenntnis bringen würde und dem auch von der Jugendzentrale, vom Bildungsausschuß und von der Zentrale der Frauen wichtige Mitteilungen gemacht würden, dann würden die Funktionäre im Reich informiert, und die heute so vielfach vorkommende Kollision zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten könnte vermieden werden. Ich will hier keinen formellen Antrag stellen, sondern nur eine Anregung geben, bin aber gern bereit, mit dem Parteivorstand die Anregung mit allen ihren Konsequenzen einmal durchzusprechen. Vielleicht genügt das schon, um die Anregung zu verwirklichen, und es bedarf nicht erst des Beschlusses eines späteren Parteitages.

Es ist viel geredet worden von dem Rückgang unserer Parteipresse. Da scheint es mir angebracht, auf einen Grund hinzuweisen, der als eine Rückwirkung gewerkschaftlicher Taktik anzusehen ist. Vor zehn und mehr Jahren waren die Redakteure der Parteipresse die Berater und Helfer der gewerkschaftlichen Filialleitungen an den einzelnen Orten bei den Lohnbewegungen usw. Das alles hat sich gewandelt im Laufe der Zeit. Die Gewerkschaften haben sich konsolidiert, haben sich einen großen Beamtenapparat geschaffen und es geht nicht mehr an, daß etwa die Gewerkschaftsleitungen ihre Taktik auf offenem Markt austragen können. Aber das hat dahin geführt, daß meines Erachtens heute weit über das Ziel hinausgeschossen wird. Heute gehen die großen Gewerkschaften bei großen Lohnbewegungen so weit, daß sie so gut wie keine einzige Zeile in die Parteipresse hineingeben. Das hat zur Folge, daß die Generalanzeiger-Presse sich der Dinge bemächtigt, überall horcht und in den meisten Fällen sowohl auf der Unternehmer- wie auf der Arbeiterseite von dem Stand der Dinge etwas erfährt, so daß dann unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der parteilosen Generalanzeiger-Presse ihre Informationen über den Stand der Bewegung beziehen. Die Folge ist, daß sich eine Mißstimmung gegen die Parteipresse in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder festgesetzt hat, und daß gerade die aufgeklärten gewerkschaftlichen Arbeiter, die für die Ausbreitung unserer Parteipresse in den Gewerkschaften arbeiten sollen, auf diese Parteipresse schimpfen, anstatt die Kollegen zum Abonnement zu ermuntern. Ich will nicht verallgemeinern oder persönliche Vorwürfe erheben. Aber es ist dringend notwendig, zwischen den leitenden Kreisen unserer Partei und den großen Gewerkschaften eine Rücksprache vorzunehmen, um diesem Uebermaß von Zurückhaltung ein Ende zu machen und um dafür zu sorgen, daß unsere Parteipresse auch bei großen Bewegungen die Mitglieder auf dem Laufenden halten kann über das, was sich vielleicht in geheimen Zirkularen abspielt. Ich möchte deshalb bitten, daß man in der Sitzung des Parteiausschusses, in der man über die Parteipresse reden will, auch diesen Fragen ernsteste Beachtung entgegenbringen möge. (Bravo!)

Westkamp-Düsseldorf:

Auf dem vorigen Parteitag wurde dem Parteivorstand ein Antrag überwiesen, der eine besondere Literatur für die taubstummen Parteigenossen verlangte. Wir haben bisher noch nicht gehört, daß der Parteivorstand seinem vorjährigen Versprechen nachgekommen wäre. Wir dürfen wohl hoffen, daß das in nächster Zeit geschieht. Es mag sonderbar erscheinen, wenn man einer solchen besonderen Literatur das Wort redet. Wenn wir aber sehen, wie seitens der Protestanten sowohl wie der Katholiken, seitens der Nationalliberalen wie anderer Parteien, die größten Anstrengungen gemacht werden, in diesem Kreis Anhänger für ihre Ideen zu gewinnen, so dürfen wir ebenfalls nicht tatenlos zusehen, sondern müssen auf diesem Gebiet tätig sein. Was die Agitation betrifft, so steht fest, daß ein großer Teil der Parteigenossen von dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen nicht sehr erbaut, sondern vielmehr enttäuscht war. Von diesen Genossen sind wohl auch in letzter Zeit die meisten Vorschläge zur Förderung der Agitation gemacht worden. Mit Recht hat Scheidemann verschiedene Artikel der „Neuen Zeit", die sich mit Organisationsfragen beschäftigen, kritisiert. Ich meine auch, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" alle Ursache hätte, solche Artikel vor der Aufnahme kritisch unter die Lupe zu nehmen. Antrag 55 verlangt, daß die „Neue Zeit" mehr ausgebaut werden und leichter verständliche Artikel bringen soll. Es kann jedenfalls nicht dazu dienen, der „Neuen Zeit" neue Abonnenten zuzuführen, wenn Polemiken in unserem wissenschaftlichen Organ geführt werden wie in letzter Zeit zwischen zwei unserer hervorragenden Schriftstellern. Ueber den Antrag 51 brauche ich nichts mehr zu sagen, nachdem wir gehört haben, daß die Genossin Zetkin von ihrem früheren Standpunkt abgekommen ist, daß wir in der „Gleichheit" nicht zu den Massen heruntersteigen, sondern die Massen zu uns heraufziehen müßten. (Klara Zetkin: Absolut nicht!) Das soll kein Vorwurf sein. Aber Sie haben bisher immer gesagt, es sei nicht möglich, die „Gleichheit" populärer zu gestalten, und heute haben Sie zugestanden, daß Sie eines besseren belehrt sind. Das geplante Familienblatt ist unbedingt notwendig, und ich kann nicht zugeben, daß der Preis von 25 Pf. für unsere Genossen unerschwinglich wäre. Wir dürfen nicht vergessen, daß der größte Teil der Parteigenossen die Schaffung eines solchen Familienblattes verlangt.

Dr. Rosenfeld-Berlin:

In bezug auf die Jugendbewegung kann ich den pessimistischen Ausführungen einiger Vorredner nicht zustimmen. Zahlen beweisen und man kann doch nicht von Schönfärberei sprechen, wenn die Tatsache vorliegt, daß die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" gestiegen ist in einer Zeit, wo die Parteiorganisationen einen Stillstand erlebt hat und die Arbeiterjugendbewegung Erfolge aufweist, wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes. Wir sehen doch auch, daß die Gegner von Befürchtungen erfüllt sind über das Wachstum unserer Jugendbewegung. Wenn Herr Dr. Oertel in der „Deutschen Tageszeitung" das äußere und innere Anwachsen der sozialistischen Jugendbewegung beklagt, so können wir uns in dieser Beziehung auf Herrn Dr. Oertel schon verlassen. Das beweist uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, der bergan führt. Durch die Zentralstelle hat die Arbeiterjugendbewegung eine reiche Förderung erfahren. Aber die Zentralstelle könnte noch mehr tun, um das Verständnis für die Notwendigkeit der Jugendbewegung unter den Parteigenossen zu verbreiten. Darum bedaure ich es, daß der Bericht der Zentralstelle nur den Parteitagsdelegierten gedruckt vorgelegt wird. Ich würde wünschen, daß unsere Parteigenossen in der Lage wären, durch einen ausführlichen, auf dem Parteitag vorgetragenen Bericht eingehender als bisher sich über die Jugendbewegung zu informieren. Die Zentralstelle sollte auch mehr als bisher durch materielle Beihilfe die Jugendbewegung in kleineren Städten unterstützen. Die Ausgaben der Zentralstelle dafür sind noch immer verhältnismäßig gering. Sie betragen in diesem Jahr noch nicht einmal 14 000 M. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse in Thüringen hat man darüber geklagt, daß die Zentralstelle kein Geld dafür hat, in Thüringen einen Jugendsekretär anzustellen. Auch das Rundschreiben, das die Zentralstelle herausgibt, müßte mehr ausgestaltet werden. Von der Bekämpfung der Jugendbewegung durch unsere Behörden können gerade wir in Berlin ein Lied singen, wo wir das Vergnügen haben, unter Herrn v. Jagow die Berliner Arbeiterjugend für uns zu gewinnen. Wir halten von der Jugendbewegung die Politik streng fern. Darüber, daß unsere Jugendbewegung unpolitisch sein muß, besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr. Ich möchte das aber doch auf unserem Parteitag betonen, weil die Behörden immer noch der Ansicht sind, wir meinen es mit dem Fernhalten der Tagespolitik von der Jugendbewegung gar nicht ernst. Anders liegt es aber mit den Jugendlichen über 18 Jahren. Gegen deren politische Betätigung und Aufklärung besteht kein pädagogisches oder juristisches Bedenken. Es hat reichlich lange gedauert, bis unsere leitenden Behörden in der Partei sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß für diese Jugendlichen Maßnahmen zur politischen Aufklärung notwendig sind. Die hier von Scheidemann und Schulz angeführten Maßnahmen reichen aber nicht aus und ich halte das eigentlich für keine Erledigung des Parteitagsbeschlusses vom vorigen Jahre, daß lediglich ein Zirkular mit gewissen Anregungen herausgegeben wird. Mindestens muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Jugendsektionen der Wahlvereine für über 18 Jahre alte gegründet werden. Ich möchte wünschen, daß der Parteivorstand im nächsten Jahre noch mehr sein Augenmerk auf die Agitationsarbeit unter den über 18 Jahre alten richtet. Das wird zur Stärkung der Jugendbewegung und zur Stärkung unserer Partei dienen. (Beifall.)

Birkholz-Hamburg:

Es scheint mir notwendig zu sein, gegen die Forderung, die mein Vorredner zuletzt vertreten hat, Stellung zu nehmen. Ich freue mich über die vom Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Parteivorstand vorgeschlagene Resolution, aber die Forderung, die zum Beispiel bezweckt, innerhalb der politischen Organisationen besondere Jugendsektionen zu gründen, sind entschieden verfehlt. Dringend notwendig ist es, daß den über 18 Jahre alten die Möglichkeit gegeben wird, sich in geeigneter Weise wissenschaftlich auszubilden und zu schulen. Braun gegenüber möchte ich bemerken, daß unsere Genossen auch in kleinen Orten so weit sind, den Jugendlichen das Selbstbetätigungsrecht zu gewährleisten. Der Fehler liegt auf anderem Gebiet. Es fehlt namentlich in den kleineren Städten an pädagogisch vorgebildeten Jugendleitern. Vor allem möchte ich deshalb die Herausgabe einer Zeitung empfehlen, die für die Jugendleiter bestimmt ist, und deshalb bitte ich dringend um Annahme der Anträge 53 und 54. Auf die Dauer werden wir unbedingt Kräfte für die Jugendbewegung anstellen müssen.

Wittich-Leipzig

begründet die Anträge 53 und 54. Die Partei muß für einen Zweck, der sich schon in wenigen Jahren hundert- und tausendfach bezahlt machen wird, die notwendigen Mittel hergeben. Die Personenfrage kann heute als gelöst gelten. Wenn ein derartiges Blatt für die Jugendleiter erscheint, wird es auch aus den Reihen solcher Lehrer bereitwilligst Unterstützung finden, die jetzt öffentlich ihre Meinung nicht sagen dürfen, während sie doch mit unserer Bewegung sympathisieren. Wir müssen eine größere Anzahl von Jugendheimen schaffen und für die Entschädigung derjenigen sorgen, die als Jugendpfleger und Beiräte in Frage kommen. Wenn die Zeitung so rasch wie möglich eingeführt wird, wird es mit der Jugendbewegung rascher vorwärts gehen.

Gottschalk-Königsberg

spricht zu den Anträgen auf Einsetzung einer Agrarstudienkommission. Die Studienkommission muß von dem Vertrauen der Gesamtpartei getragen und deshalb vom Parteitag gewählt werden, wie sie auch auf dem Parteitag Rechenschaft zu geben hat. Auch 1894 wurde die Agrarkommission von der Partei selbst gewählt. Wir können dem Parteivorstand und dem Ausschuß das größte Vertrauen entgegenbringen, aber noch mehr Vertrauen müssen wir zu uns selbst haben. An Zeit zur sorgfältigen Vorbereitung der Wahlen fehlt es auf dem Parteitag nicht. Ich beantrage daher, daß der Parteitag die Agrarstudienkommission selbst wählt.

Panzer-Bayreuth:

Wenn unsere Jugendbewegung nicht die erwünschten Fortschritte macht, so muß man bedenken, daß die Maßnahmen gegen die Arbeiterjugend geradezu ins Ungeheuerliche gestiegen sind. In Bayreuth ist den Fortbildungsschülern unter Androhung von Strafe verboten worden, den Stenographieunterricht des Jugendausschusses mitzunehmen, und wer trotzdem dorthin gegangen ist, ist vom Gendarm aus der Fabrik in den Karzer abgeholt worden. So wird bei uns in Oberfranken gegen die allgemeine Arbeiterbewegung aufgehetzt. Es hängt das zusammen mit der infamen Agitationsweise unserer Liberalen, mit denen wir noch dazu in wilder Ehe zu leben gezwungen sind. Die Liberalen haben bei ihrer Agitation den Unternehmern versprechen müssen, ihnen möglichst zu Diensten zu sein. Wenn diese die Kosten für die Sekretäre tragen, so suchen sie mit Hilfe der Unternehmer die Arbeiter zu zwingen, in ihre Unterstützungsvereine einzutreten. In den letzten Tagen ist es ihrer maßlosen Hetze gelungen, daß unsere Zeitung konfisziert wurde, weil wir ein Klischee vom „Vorwärts" über die Feier in Kelheim abgedruckt haben. In Preußen war das Bild nicht beanstandet worden. Das illustrierte Wochenblatt, das herausgegeben werden soll, wird beim Preis von 25 Pf. kaum eine Zukunft haben. Durch die Massenauflage würde ein billigerer Preis leicht ausgeglichen werden können. Das Zentrum hat in Bayern gerade durch seine billigen Familienblätter große Erfolge erzielt.

Stuhl-Spandau:

Nach den Ausführungen des Genossen Schulz hoffe ich, daß die Zentralstelle dem Antrag 16 Rechnung tragen wird, weil wir alle Ursache haben, auch die weibliche Jugend aufzuklären für ihren späteren natürlichen Beruf als Mütter und Erzieher der Kinder.

Schrader-Hannover

bittet, den Antrag 17 anzunehmen oder wenigstens dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Wenn über die Gründe der Stellungnahme der Reichstagsfraktion gleich nach Abschluß der Verhandlungen Bericht erstattet wird, dann wird mancher zu weit gehenden Kritik, wie bei der Militär- und Deckungsvorlage, der Boden entzogen werden. Kritik in der Partei soll gewiß stattfinden, aber nur bis zu gewissen Grenzen. Wenn Heilmann sagt: Ja, ich bin darüber nicht informiert, so geht es über das Verantwortlichkeitsgefühl hinaus, wenn man trotzdem in dem Maße Kritik übt, wie das von verschiedenen Seiten der Fall gewesen ist. Damit wird uns die Agitation nur erschwert.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Jungnickel-Annaberg:

Ein Mangel an Lehrern für die Unterrichtskurse besteht in der Tat. Es ist uns beinahe unmöglich, in den entlegenen Orten Kurse abzuhalten. Der Bildungsausschuß sollte für einzelne Provinzen Lehrer zu gewinnen suchen, die, wie zum Beispiel im Erzgebirge, wo wir mittellos sind, noch billiger arbeiten müssen, als das bisher beim weitesten Entgegenkommen des Bildungsausschusses möglich war. Dann werden wir den Sozialismus auch in die entlegensten Dörfer verbreiten können.

Fries-Köln:

Wenn Scheidemann sagt, daß sämtliche Angestellte Kulturpioniere seien, so möchte ich als einfacher Arbeiter das stark bezweifeln. Ich protestiere dagegen, daß die Genossen, die an den Angestellten Kritik üben, als Beamtenhetzer hingestellt werden. Die Genossen, die sich eine Kritik einzelner Angestellter gestattet haben, haben die hauptsächlichste Parteiarbeit geleistet. Wir wollen durch solche Kritik Partei und Gewerkschaft nur fester zusammenschmieden. Bei der Maifeier werden die Angestellten ja Gelegenheit haben, zu beweisen, ob sie wirklich Kulturpioniere sind oder nicht.

Auer-München:

In bezug auf die Zeitung in Kaiserslautern hat Braun wohl nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben; denn unsere Verhandlungen mit dem Parteivorstand sind noch nicht abgeschlossen. Für die Frage, ob eine neue Zeitung gegründet werden soll, dürfen nicht nur fiskalische Gründe maßgebend sein, sondern es müssen auch der politische Wert und die wirtschaftliche Notwendigkeit berücksichtigt werden. Wenn der Parteivorstand in seinem Bericht davon spricht, daß wir eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben, daß es an Stagnation grenzt, so hätte er auch die Ursache mitteilen sollen. Es ist doch Tatsache, daß wir heute bei Zulassung unserer Mitglieder einen viel strengeren Maßstab anlegen als früher. Früher haben wir Tausende von Mitgliedern geführt, die keine Beiträge gezahlt haben, während jetzt eine viel genauere Durchsiebung erfolgt. Dieses Moment sollte man berücksichtigen und nicht nur flau machen. Auch unsere Jugendbewegung geht vorwärts, obwohl sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen hat. Die unermüdliche Kleinarbeit, das harmonische Zusammenwirken und der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer Sache müssen uns zum Ziele führen. Zur Kopfhängerei haben wir gar keine Ursache. (Beifall.)

Helene Grünberg-Nürnberg:

Unsere freie Jugendorganisation hat auch darunter zu leiden, daß sich so viele Vereine aus unseren eigenen Reihen, wie Turn-, Schwimm-, Gesangvereine und stenographische Klubs um die Jugendlichen bemühen. Auch die Geldfrage spielt eine Rolle. Die Arbeiterbewegung braucht selbst viel Geld, und da bleibt für die Jugend nicht allzuviel übrig. Trotzdem geht es vorwärts. In Nürnberg haben wir im letzten Jahre einen Zuwachs von 800 Jugendlichen gehabt. Wenn die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" maßgebend sein soll, so müssen wir darauf sehen, daß sie so ist, daß die jungen Leute sie auch lesen. Sie ist jetzt geschrieben für junge Leute über 18 Jahre. Wir geben sie aber den jungen Leuten unter 18 Jahren in die Hände. Wir wollen die jungen Leute zu selbständigen Menschen erziehen, und wenn uns dabei die „Arbeiter-Jugend" etwas näher zur Seite stünde, wäre das nur zu begrüßen. Aber ihre Artikel sind zu schwer verständlich. Auch der kleine Druck feuert nicht zum Lesen an. Lieber halb soviel Stoff und das, was im Blatt steht, mit größerer Schrift und mehr dem Verständnis der Jugend angepaßt. Dann werden die jungen Leute die „Arbeiter-Jugend" lesen, und es wird mit unserer Jugendbewegung vorwärtsgehen.

Stücklen-Berlin:

Wenn Ad. Braun sich so aufgehalten hat über die Uniformität der Presse, so ist er doch auch nicht ganz sündenfrei. (Hört! hört!) Auch die „Fränkische Tagespost" bringt ziemlich viel aus dem verpönten Pressebureau. Alle schimpfen, alle drucken ab, aber keiner sagt, wie man es besser machen soll. Die Tätigkeit der Kollegen im Pressebureau ist keineswegs beneidenswert. Es ist nicht angenehm für die ganze Parteipresse den Prügelknaben abzugeben. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß Braun dem Parteivorstand nächstens Vorschläge unterbreitet, wie eine Besserung herbeigeführt werden soll. Bei der Gründung war der Gedanke maßgebend, das Pressebureau soll politisch geschlechtslos sein (Heiterkeit), es soll eine eigene Meinung überhaupt nicht haben. Das ist an sich nicht leicht. Wir haben radikale und nicht radikale Blätter, und so zu schreiben, daß es allen paßt, ist auch eine Leistung, die man nicht allzu gering anschlagen sollte. Ich habe schon bei Schaffung des Pressebureaus darauf hingewiesen: Wo sollen wir denn die Nachrichten hernehmen. Wir können doch nicht in die Ministerien und Reichsämter gehen, um dort Nachrichten zu holen. Vielleicht würden wir sie das erstemal bekommen, aber sobald wir unsere Kritik daran knüpfen, würde man uns die Tür von außen zumachen. Wir sind also auf die bürgerliche Presse angewiesen und müssen das, was sie bringt, mit entsprechenden Bemerkungen begleiten. Man wirft uns vor, daß unsere Schwänze zu lang seien. (Heiterkeit.) Wir haben sie verkürzt, haben uns aber leider noch immer nicht allen Wünschen anpassen können. (Erneute Heiterkeit.) Wir baten einmal einen Genossen, der als Schriftsteller einen guten Ruf genießt, in das Pressebureau zu kommen und uns zu zeigen, wie es zu machen ist. Er hat sich den Betrieb angesehen, und gegen 8 Uhr vormittags meinte er, jetzt müßten doch eigentlich die Nachrichten kommen. Aber was nicht kam, das waren die Nachrichten. Wenn das Pressebureau nicht richtig funktioniert, tragen die Genossen in der Parteipresse die Schuld. Entweder geben sie uns überhaupt keine Nachricht oder solche, die bereits in ihren Blättern erschienen sind. Es war vorgesehen, daß der politische Redakteur der Parteipresse das Pressebureau bedienen soll. Aber statt dessen hat man die Mitarbeiter ausgesucht nach dem Gesichtspunkt: Wer kann am besten das Honorar gebrauchen. (Zuruf: Das können wir alle gebrauchen! — Heiterkeit.) So kommt es, daß wir Mitarbeiter haben, die uns erst ein bis zwei Stunden, nachdem das Blatt erschienen ist, bedienen. Darunter leidet die Berichterstattung ganz außerordentlich. Wir haben alles getan, was wir tun konnten. Wir haben höfliche Briefe geschrieben und Briefe, die das Gegenteil von Höflichkeit waren. (Heiterkeit.) Aber wir haben nichts erreicht. Gerade aus Nürnberg bekommen wir gar nichts, ebensowenig aus München und Hamburg, trotz aller Mühe, die wir uns gegeben haben. Soll das Pressebureau besser funktionieren, dann müssen in allen politischen Zentren des In- und Auslandes fest besoldete Berichterstatter angestellt werden. Aber das würde mit enormen Kosten verknüpft sein, und es soll ja immer nichts kosten. Davidsohn hat bemängelt, daß wir über Dublin so wenig berichtet haben. Soviel wir wissen, hat die Generalkommission sich um Nachrichten bemüht, aber es ist ihr nicht gelungen. Wir haben uns damit geholfen, daß wir Auszüge aus den „Vorwärts"berichten telephoniert haben. Wir können keine Nachrichten geben, die wir uns selbst nicht beschaffen können. Auch sind die Wünsche sehr verschieden. Ueber die Kommissionsberatungen im Reichstag will das eine Blatt lange Berichte, das andere nur ganz kurze Auszüge haben. (Die Redezeit wird verlängert.) Man könnte sagen, es sollen zwei oder drei Berichte hergestellt werden. Aber im Pressebureau sitzen nur drei politische Redakteure, deren Arbeitszeit 18 Stunden beträgt und die im Sommer nur alle fünf Tage einen Tag frei haben. Uns kann also nicht vorgeworfen werden, daß wir nicht mit dem nötigen Eifer bei der Sache sind. Wir haben einen Beirat für das Pressebureau, in dem fünf erfahrene Redakteure sitzen. Die werden bestätigen, daß wir uns seit Jahren um den weiteren Ausbau des Nachrichtendienstes bemühen. Bisher ist aber alles fehlgeschlagen. Meint man, daß das Pressebureau eine vollkommen verfehlte Gründung ist, so wird man am besten tun, es zu beseitigen. Solange aber nicht der Weg zur Besserung gezeigt ist, weise ich alle Vorwürfe gegen das Pressebureau zurück.

(Schluß im Hauptblatt.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. B. Fragen Sie bei der Kopenhagener Glyptothek nach dem Namen des Werkes. Dann wird sich eine photographische Reproduktion beschaffen lassen. — **B. W. 101.** 1. Nur dann, wenn Sie den Mietsvertrag nicht mitunterschrieben haben. 2. Ja. — **P. M. 1155.** Läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag beantworten. — **Schloß.** Nein. — — **H. 66.** Ja. — **F. C. 37.** Ja. — **B. H. 65.** Soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, entspricht der Standpunkt der Krankenkasse dem Gesetz. — **A. M. 41.** Falls Ihre Mutter hier ihren Wohnsitz genommen hat, könnte allerdings die sogenannte Auskaufsgebühr gefordert werden; bei besuchsweisem Aufenthalt nicht. Der Landtransport ist zulässig. Für Beschaffenheit des Sarges besteht für einen solchen Fall keine besondere Vorschrift. Es ist jedoch vom Polizeipräsidium ein Leichenpaß auszustellen, nachdem vorher der beamtete Arzt eine Bescheinigung über die Zulässigkeit des Transports ausgestellt hat. Hält der Arzt eine besondere Beschaffenheit des Sarges für erforderlich, so muß dem nachgekommen werden. — **Militär-Reklamation.** Die Einziehung zum aktiven Dienst ist während des ganzen militärpflichtigen Alters, also bis zum 45. Lebensjahre, zulässig. Es ist aber eine solche Einziehung nicht zu erwarten, sofern der Militärpflichtige das 25. Lebensjahr vollendet hat. — **X.** Ja. — **W. J. 111.** Läßt sich erst beantworten, wenn Sie uns angeben, in welchem Betriebe Ihr Sohn tätig ist und wieviel Arbeiter dort beschäftigt sind. — **L. 99.** Ja. — **W. H. 100.** Ihr Mann kann durch Erklärung beim Standesamt auch jetzt noch dem Kinde seinen Namen geben. Dadurch wird die Unterhaltspflicht des Erzeugers nicht berührt. Aus dem ergangenen Urteil kann gegen denselben jederzeit vollstreckt werden. Erfüllt der Vormund seine Pflicht nicht, so machen Sie eine Eingabe an das Vormundschaftsgericht. Es kann auch beantragt werden, daß Ihr Mann die Vormundschaft erhält. — **A. K. 50.** Sie sind zur Kostenzahlung verpflichtet. — **P. 100.** 1. Leider ja. 2. Weitere Schritte sind aussichtslos. — **H. 153.** Kommen Sie mit dem Vertrage in die Sprechstunde. — **B. 84.** 1. Nein. 2. Angemessenes Lagergeld je nach Inanspruchnahme und Höhe des Mietszinses. 3. In 30 Jahren. — **M. E. 55.** Falls im Mietsvertrag keine Verpflichtung für Sie festgesetzt ist, den Mietsstempel zu zahlen, sind Sie dazu auch nicht verpflichtet. Auf die Höhe der Kirchensteuer hat die Höhe der Miete keinen Einfluß, sie richtet sich nach dem Staatseinkommensteuersatz. — **P. B. 1863.** Eine solche Verpflichtung ist im Gesetz nicht festgelegt. Jedoch halten wir eine Strafe für ausgeschlossen, da nach Ihrer Darstellung der Wächter sich nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes befunden hat. — **M. 8.** 1. Sofern gegen Ihre Schwester kein Schuldtitel vorliegt, kann sie auch nicht zur Ablegung des Offenbarungseides gezwungen werden. 2. In dem geschilderten Fall könnte Betrug angenommen werden. — **W. M.** Nein.

Eingegangene Druckschriften.

Die Brüder Mörk. Roman von Gustaf af Geijerstam. (Fischers Bibliothek 5. Reihe, 8. Band.) 1 M., in Leinen 1.25 M.

Sechs Oeldruckbilder: Weitling, Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht und Bebel. Preis zusammen 50 Pf. M. Ernst, München.

Unserem Freunde und Abteilungsführer 96A

Gustav Gliese

die herzlichsten Glückwünsche zum 40. Geburtstag.

Die Funktionäre des 5. Viertels Lichtenberg.

Unserem Genossen 91A

Albert Westphal u. Gemahlin

zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Genossen des ersten Bezirks Mariendorf.

Todes-Anzeigen

Sonnabend abend ¼10 Uhr entschlief sanft nach langjährigem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wilhelmine Kaczorowski
geb. Anders

im 33. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Kaczorowski,
Ravenéstraße 6.

Die Einäscherung erfolgt am Mittwoch, den 17. September, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/38.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am 13. d. Mts. verstarb unserer Genossin, Frau

Wilhelmine Kaczorowski

Ravenéstraße 6. Bezirk 745.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße 36/37, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

230/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feilenhauer

Adolf Tipke

Wachholderstraße 39, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. September, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

241 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Frau des Kollegen **Kaczorowski,**

Wilhelmine geb. **Anders**

Ravenéstr. 6, Bezirk 2 verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

73/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Bureauangestellten Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegin

Paula Schwarz

(Rechtsanwaltsangestellte) am 15. d. Mts. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. September, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde in Weißensee (neue Halle) statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau 2270b

Klara Lamax

sage ich allen Beteiligten sowie dem Chef Herrn Preuter und den Kollegen und Kolleginnen der Firma Preuter und Pinner Nachflg. meinen herzlichsten Dank.

Der trauernde Gatte
Franz Lamax.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unseres lieben Sohnes und Bruders

Fritz Müller

sagen wir allen, besonders den Beamten und Kollegen der Firma Schuchardt u. Schütte, Spandauer und Uferstraße, unseren herzlichsten Dank. 29a

Oskar Müller.

Die uns bei dem Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes, unseres lieben Vaters, Großvaters und Schwiegervaters, des Gastwirts

Karl Wanzlick

erwiesene warmherzige Teilnahme hat uns wahrhaft wohlgetan. Es ist schwer, ja fast unmöglich, für die vielen Zeichen der Liebe und Freundschaft, die dem teuren Verstorbenen gewidmet wurden, die richtigen Worte der Dankbarkeit zu finden. Wir bitten diesen schwachen Ausdruck unseres tiefempfundenen Dankes entgegennehmen zu wollen.

Die trauernde
Witwe **Berta Wanzlick**
22715 nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir dem 4. Wahlkreis sowie dem Sparverein „Zukunft" und dem Skatklub „Herzen-As", insbesondere aber dem Genossen Voß vom 352. Bezirk für die trostreichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Karl Wagner
2260b nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Einäscherung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, insbesondere Herrn Wiloch für die trostreichen Worte sowie den Herren Sängern meinen innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe **Mathide Fricke.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter, Schwester und Schwägerin

Elise Rust geb. **Röhr**

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, dem Genossen Dr. M. Schütte für die trostreichen Worte am Grabe, den Berufskollegen, dem Wahlverein sowie dem Naturheilverein für Spiel- und Sportpflege unseren innigsten Dank.

Rowanes, 15. September 1913.

Im Namen der Hinterbliebenen:
2272b **Karl Rust.**

Vorwärts-Bibliothek.

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen.

— Neuerscheinung —

Mutter.

Ein Frauenschicksal
von **J. Ferch.**

Preis gut gebunden 1 M.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den **17. September, abends 8½ Uhr, in Obiglos Festsälen** (früher Keller), **Koppenstr. 29:**

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Die Krankenversicherung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Referent: Genosse **Georg Schmidt.** 2. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, in den Comenius-Festsälen, Memeler Straße 67:

Versammlung für die Tischbranche.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Klugner:** „Aus der Krankenkassenversicherung." 2. Branchenangelegenheiten.

Sonnabend, den 20. September, im gr. Saale der „Neuen Welt", Hasenheide 108—114:

21. Stiftungs-Fest

Volkslieder-Abend

Mitwirkende:

Männerchor Fichte-Georginia (M. d. D. A.-S.-B.), Dirig. Herr **Th. Gervais.** Konzertsängerin Frau **Paula Weinbaum** (Alt) und das **Kestenberg-Trio.** Klavier: Herr **Leo Kestenberg.** Violine: Herr **Louis van der Laar.** Violoncello: Herr **Marix Loevensohn.** — **Konzertflügel Ibach.** —

Nach dem Konzert: **Ball** bei zwei Orchestern.

Anfang 8½ Uhr. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Eintrittskarten sind auf allen Zahlstellen, beim Gastwirt Kollegen Greive, Rungestr. 30, und im Bureau zu haben. 88/19

Die Ortsverwaltung.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pfg. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE

sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Ueberall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3088, 4088/90

Damen-

Kostümstoffe, Ulsterstoffe
„Neuheiten" Mtr. 3,— 4,— 5,— Mk.
Tuchlager Koch & Seelund G. m. b. H.,
Gertraudtenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

LYSOFORM

macht jedes Wasser weich wie Regenwasser, Waschungen mit Lysoform desinfizieren sicher und beseitigen jeden üblen Geruch.

Echt nur in Originalfl. von 65 Pf. an.

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. 8—8, Sonntags 9—10.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Sprechst. 10—1, 4—8, Sonnt. 9—11.

Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art. Ehrlich Hata-Kuren in u. Co. kons. Laborat. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.

Dr. Homeyer **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptikum.

Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Orts-Krankenkasse
für das
Tapezierer-Gewerbe
zu Berlin.

Kassenlokal: **Neanderstr. 22.**
Geöffnet werktäglich v. 8—2 Uhr.

Nachdem der unterzeichneten Kasse die Zulassung als besondere Orts-Krankenkasse vom kgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin versagt worden und die hiergegen eingelegte Beschwerde vom Minister für Handel und Gewerbe zurückgewiesen ist, wird die Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin am 31. Dezember 1913 geschlossen. Gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung bringen wir dies mit dem ausdrücklichen Hinweis zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre vermeintlichen Ansprüche innerhalb dreier Monate vom heutigen Tage ab im obigen Kassenlokal schriftlich geltend zu machen haben. 275/12

Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.
J. A.: H. Ludwig, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12.

Los nur 50 Pfg.
Ziehung am 23. Septbr.

Schneidemühler Automobil- und Pferde-Lotterie

3300 Gewinne i. Werte v. Mark

100000

1. Hauptgew.: 1 Automobil Wert M.

15000

2. Hauptgew.: 1 Vierer zu Wert M.

10000

Lose 50 Pf., 11 Lose aus verschied. Tausenden 5 M.

Porto u. Liste 30 Pf. extra durch das General-Debit

H. C. Kröger
Berlin W 8, Friedrichstr. 193a

sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstell.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc., Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Direksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Paletots. Einsegnungs-Anzüge. Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste streng feste Preise.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. „Vorwärts"-Leisern 6 Prozent Extrarabatt.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1233R*

Zinkwaschfässer. Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leisern 5 Proz.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Mittelbachs Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Neustrelitz bis Torgau, von Stendal bis Kottbus, aufgezogen, in Karton 2.60 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden. * *

Teppich-Thomas. Oranienstr. 126 verkauft farbfehlerhafte Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärtsleisern 5 Prozent Extrarabatt. 785R*

Ladeneinrichtung. Ein großer Schrank, 3,30 Meter lang, 2,40 Meter hoch, Unterteil 12 Kasten, Oberteil drei Glas-Schiebetüren. Ein Ladentisch, billig zu verkaufen. Näheres Spedition, Salzwedelerstraße 8. *

Drehrollen (Handbetrieb, auch elektrisch), Wiegeschalen, Milchgeräte (Teilzahlung). Krigar u. Ihssen, Batzmannstraße 29. 1211R*

Teppiche: (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1190R*

Teppiche, Farbenfehler, spottbillige Riesenposten, Portieren, Gardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Möbelstoffe, Läuferstoffe, Fellvorlagen. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer. Vorwärtsleser Extrarabatt. 1189R

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kein Laden! kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Diwandecken, Freischwinger, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags geöffnet. 1187R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots. Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide gearbeitet. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 194R*

Gaskronen, dreiflammig, kompletit 7,50, Gaszuglampen 6,00, Hängelichtpendel 4,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Reinickendorferstraße 120, Schönhauser Allee 121, Neukölln, Berlinerstraße 102. 1103R*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Bunte Küchen, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe, Einsegnungsanzüge! Sende Vertreter! Meisels Nachfolger, Inhaber Richardi, Warschauerstraße 80. 1192R*

Bronzegaskronen, Gaszuglampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Allerbilligste Bezugsquelle. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. *

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Einzelstücke, teilweise leicht fehlerhaft, unter Hälfte des Preises. Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt. Gardinen- und Teppichhaus Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. 1112R*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Wiegeschalen billigst. Spezialgeschäft Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 133/1*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärts-Lesern.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster. Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. *

Pommersche Betten. 2 Deckbetten, 2 Kissen, zweischläfrig, 15,—, Laken 0,90, Damastbezüge 3,80. Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe Prinzenstraße 34 I. 1204R*

4.25 Prachtbett, dauniges Bett, rotrosa gestreift, Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34.

Aussteuerbetten, ganzer Stand, 26,50, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang.

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Monatsgarderobe spottbillig, große Geldersparnis. Paletots, Jacketianzüge, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Hosen für jede Figur. Gelegenheitskäufe: Uhren, Ketten, Ringe. Aussteuerwäsche, Betten, Teppiche, Portieren, Gardinen, nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Neubau Wertheim, kleiner Eingang. Fahrgeld vergütet. 1288R*

Federbetten. Stand 11,—, zweischläfrig 16,—, Pelzstolas, Paletots, Gardinen, Teppiche, Anzüge, Uhren, Ketten, spottbillig, Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. *

Vornehme Herren-Anzüge, -Paletots, -Ulster, -Hosen, fertig und nach Maß, auf Wunsch bequemste Teilzahlung. Wochenrate von 1 Mark an, kaufen Sie am besten in der modernen Maßschneiderei J. Kurzberg, Rosenthalerstraße 36 I, Reinickendorferstraße 4, Frankfurter Allee 104. Vorzeiger dieses Blattes erhält 5 Prozent Rabatt! *

Wringmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26. [296R*

Prachtbett 5,00, dauniges Betten, Stand 9,00, zwei Deckbetten, zwei Kissen 15,50, Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 26,00, Laken 1,00, Damastbezüge 3,90, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße 38. — Vorzeiger vergütet Fahrgeld. 1120R*

Rolle und Ladeneinrichtung verkäuflich Prinzenstraße 66. 148/7*

Große Diwandecken 4,35, buntperfisch, doppelseitig 5,85, Prima Plüsch 18,75, Diwanrückwände, reichgestickt 3,75. Extrapreis. Teppichhaus Emil Lesoure, Oranienstraße 158. 1259R*

Steppdecken! Spottbilliger Umzugsverkauf! Similiseidene 3,85, 4,85, 6,00 bis 15,00. Tiidbettdecken 2,50 bis 8,75, zweibettige 4,75. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuserstor). Abonnenten 10 Proz. Rabatt. 1298R*

Geschäftsverkäufe.

Tierhandlung, flottgehend, passend für Dame, besonderer Verhältnisse wegen billig verkäuflich. Laden nebst Dreizimmerwohnung monatlich 125 Mark. Näheres Lagerbrief „Existenz 99" Postamt 58 bis 18. 9. 13 erbeten.

Großdestillation, ohne Essen, an tüchtige Geschäftsleute zu verkaufen. Brunnenstraße 85. 2275b

Konditorengeschäft, gutgehend, billig verkäuflich Schivelbeinerstr. 32.

Wirtschaft verkauft Schulz, Kirchbachstraße 13. 2267b

Milchgeschäft, 22 Jahre bestehend, billig verkäuflich Fehrbellinerstraße 25, Eingang Griebenowstraße. †114

Zigarrengeschäft billig verkäuflich Rheinsbergerstraße 11. †114

Fuhrgeschäft billig verkäuflich. Näheres Schwartz, Strelitzerstraße 4.

Möbel.

Kein Geheimnis, daß man bei mir Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel in modernster Ausführung zu reellen Kassenpreisen erhält. Auch guterhaltene gebrauchte und zurückgesetzte. Anzahlung und Raten nach Wunsch. Weitgehende Stundung bei Krankheit, Aussperrung usw. Neuartiges Rabattsystem bei pünktlicher Zahlung. Große Ersparnis für den reellen Käufer. Julius Gabbert, Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Möbel auf bequeme An- und Abzahlung. Großes Lager jeder Art. Möbel-Lechner: 1. Geschäft: Brunnenstraße 7, 2. Geschäft: Müllerstraße 174. Sonntags 8—10 geöffnet. 850R

Brautleuten und Möbelsuchenden offeriere englische Bettstellen, echt nußbaum furniert, mit Patentmatratze 45,00, Kleiderschrank, Vertiko, echt nußbaum furniert, 49,00, Trumeau 30,00, farbige Küchen, komplett, 7teilig, 55,00, Chaiselongue 23,00. Eigene Werkstätten. Möbelhaus, Große Frankfurterstraße 8/9. 1195R*

Möbel! Für Brautleute günstigst. Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Spezialität: 1-, 2- und 3-Zimmer-Einrichtungen. Eventuell Zahlungs-Erleichterung. Richard Dehmel, Oranienstraße 131. 1281R*

Plüschsofa, tadellos, Chaiselongue 18,00, Aufkleideschrank, Kücheneinrichtung, Trumeau 29,00, englische Bettstellen 25,00. Eigene Werkstatt. Kein Laden. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. R*

Möbel - Gelegenheitskaufhaus Brückenstraße 6. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spottpreisen. 2241b*

Möbelangebot. Infolge sehr günstigen Einkaufs verkaufe ich die großen Vorräte Möbel, Kronen, Teppiche, Küchen, Stores, Portieren, Uhren, Bilder, Tisch-, Stepp-, Divan-, Tüllbettdecken zu auffallend niedrigen Preisen: Herrenzimmer 630,—, Salon mit Garnitur 450,—, Speisezimmer 575,—, Schlafzimmer 275,—, Chaiselongue mit Decke 22,50, Bettstellen, Ausziehtische, Spiegelschränke, Trumeaus 30,—, Büfette, Schreibtische, Waschkollekten 28,—, Kleiderschränke, Kredenzen, Lederstühle, Klubsessel, Sofa, Standuhren, Umbau, Salongarnituren, Bücherschränke 40. Alles neu, unter Garantie. Auch andere Gelegenheitskäufe für Pensionate, Brautleute, Hotels. Otto Lidcke, Möbelspeicher im Anhalter Innenbahnhof, Bahnspeicher, Möckernstraße 25, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke. 1187R*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbuserstor. 1188R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 890R*

Aufgabehalber. Chausseestraße 48 verkaufe, um zu räumen, zu Spottpreisen englische Aufkleideschränke, Umbauten, Ruhebetten, Plüsch- und Moquettesofas, Büfetts, Anrichten, Schreibtische, moderne farbige Küchen, englische Bettstellen, Flurgarderoben, ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, für Brautpaare günstigste Gelegenheit. 1285R*

Kamerlings Möbelspeicher, Fehrbellinerstraße 17, 18, 21a, Verkauf um die Ecke, Kastanien-Allee 56, enorme Auswahl, Gelegenheitskäufe, Spottpreise. Name, Hausnummer beachten. 2240b*

Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 8—10 geöffnet. 945R*

Kredithaus „Frankfurter Tor", vormals Ostrowski, Große Frankfurterstraße 1, liefert bei denkbar kleinsten An- und Abzahlungen ganze Wohnungs-Einrichtungen, Stube und Küche schon bei Mark 15.— Anzahlung an, einzelne Möbelstücke schon bei Mark 5,— Anzahlung an. Riesengroße Auswahl in bunten Küchen und aller Arten Möbel. Abzahlung ganz nach Wunsch des Käufers. Bekannte Kulanz und Rücksicht. Sonntags 8—10 geöffnet. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf 5 Mk. gutgeschrieben Bitte genau auf Hausnummer Nr. 1 zu achten. 1201R*

100 Speisezimmer! Englisch, romanisch, slawisch, barock, modern, zu außergewöhnlich billigen Preisen. Besichtigung lohnend! Kur Skalitzerstraße 25. 1304R

Neues Plüschsofa billig verkäuflich Strausbergerstraße 48, II links.

Zweihundert Bettstellen, Matratzen von 5,00 an, Kleiderschränke, Vertikos 15,00, neue Plüschsofas 42,00, Ruhebetten 18,00 usw. Neue Möbel billig. Möbelspeicher Prinzenstraße 71/72, Stargardt u. Jubeil. 148/8

Umständehalber Sofa, Tisch 52,00, Bettstelle 18,00, Kleiderschrank, Vertiko 65,00, verkäuflich. Naegler, Salzwedelerstraße 12. †64

Umbausofas 40,00, Chaiselongues 18,00, englische Bettstellen 25,00. Tapezierer Walter, Stargarderstr. 18.

Bildschöne Einrichtung, herrliche Küchenmöbel verkaufe spottbillig. Lehmert, Große Hamburgerstraße 4. Gelegenheit. 2265b

Nußbaumwirtschaft. Plüschsofa, Umbau, auch einzeln. Liese, Hornbostelstraße 4 I, Möbelhändler, Trödler verbeten. 148/4

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl, Teilzahlung gestattet. Geringe Anzahlung. Keine Hausklassierer. Komplette Einrichtung von 30 Mark Anzahlung. Einzelne Möbelstücke billiger. Brautleuten empfehlenswert. Direkt beim Tischlermeister Höfer, Dresdenerstraße 107—108. 1320R*

Achtung! Brautleuten verkaufe Wohnungseinrichtung, gut erhalten, da Besitzer ausgewandert, für 360,00. Händler verbeten. Förster, Oranienburgerstraße 5. 2268b

Heute meine vier Schlager, bestehend aus: Schlafzimmer (Eiche), Schrank 180 Mark, Patentboden mit steiligen Auflagen, Umbau, komplett 500 Mark. Speisezimmer (Eiche), Büfett, 3türig, mit Vorbau, prachtvoll gearbeitet, komplett 612 Mark. Herrenzimmer (Eiche), Bibliothek, 3türig, mit reicher Kristallverglasung, komplett 630 Mark. Anrichteküche, Steilig, mit Linoleum, komplett 95 Mark. Nur Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle.

Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelne Möbelstücke liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen Tischlermeister Nolte, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel besonders billig. Kein Abzahlungsgeschäft. 2264b*

Möbel-Teilzahlung bei Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuserstor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 M. gutgeschrieben. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1208R*

Moebel - Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 220,—, 335,—, 407,—, 475,—, 496,—, 537,—, 574,—, 609,—, 651,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,—, 640,—, 690,—, 756,—, 895,—, 939,— 1035,—, 1105,— bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—, 262,—, echt Eiche 343,—, 371,—, 434,—, Wohnzimmer, modern 215,—, 268,—, 306,—, 341,—, Speisezimmer, echt Eiche, 341,—, 414,—, 475,—, 562,—, Herrenzimmer 334,—, 424,—, englische Bettstelle mit Matratze 40,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Fünf Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Sonntags 8—10. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 199*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Moderne Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Parteimitglieder 5 Prozent. Harnack, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. 1039R*

Anzahlung Nebensache. Möbel für Stube und Küche 10 Mark Anzahlung. Ganz kleine Wochenrate. Dieses Inserat wird vom Vorwärtsleser mit 3 Mark in allen Geschäften in Zahlung genommen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32, Tannenzapf, Blumenstraße 2, Konsum, Kottbuserstraße 14. 1202R

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Krause-Pianos und Flügel, erstklassiges Fabrikat, auch gebrauchte, Kauf, Tausch, Miete, Teilzahlung, Ansbacherstraße 1. *

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Fahrräder.

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin", reelle und billige Bezugsquelle, Reparaturen gewissenhaft und schnellstens Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29.

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R

Fahrradverkauf. Herrenfahrrad 23,00, unbenutztes, Garantieschein, sowie Damenfahrrad billig. Schrader, Weberstraße 42. 148/13*

Kaufgesuche.

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Meyer, nur Köpenickerstraße 157.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 111/1*

Platinabfälle, Gramm 5,50, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Brod, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 5806R*

Zahngebisse, Gold, Silber, Tressen, Platina kauft höchstzahlend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. 699R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,30 (Abholung), Platinabfälle 5,70, Goldsachen, Silbersachen, Rehrgold, Goldwatten, gold-, silberhaltige Rückstände, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,60, Kupfer 1,32, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. Telephon. *

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 148/10*

Briefmarkensammlung kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniol, Flaschenkapseln, Gold, Silber, Platina, Quecksilber, Goldwatte, anerkannt allerhöchste Preise. „Metallschmelze" Willy Cohn, Brunnenstraße 25. 2266b*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Chauffeur-Ausbildung erstklassig und stellungssicher. Verschiedene 4-Zylinder-Systeme. Honorar 100 Mk., auch Abendkurse. Kostenlose Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstraße 116. 731R*

Tanzlehrkurse Friedrich beginnen. Sonntagszirkel, Wochentagszirkel. Anmeldungen täglich Oranienstraße 33, am Oranienplatz. 1271R*

Chauffeur-Ausbildung mit Werkstätten, Autohaus Schapiro, Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Honorar von 50,—, Ratenzahlung, auch Abendkursus. Stellungnachweis 1278R*

Elektrotechnik. Maschinenbau. Lehranstalten Hoppe, Mathiasstr. 13.

Schinkelakademie. Regierungsbaumeister Dr. Artur Werner, Inhaber. Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau. Elektrotechnik. Hochbau. Tiefbau. Heizung. Gasfach. Wasserfach. Tageskurse. Abendkurse.

Dr. Wiese's Handelsschule, vornehmstes Institut Neukölns, Ganghoferstraße Ecke Richardstraße, nahe der Hauptpost.

Dr. Wiese's Handelsschule, vornehmstes Institut Neukölns. Vierteljahreskurse.

Dr. Wiese's Handelsschule, vornehmstes Institut Neukölns. Halbjahreskurse.

Dr. Wiese's Handelsschule, vornehmstes Institut Neukölns. Jahreskurse.

Dr. Wiese's Handelsschule, vornehmstes Institut Neukölns, Ganghoferstraße Ecke Richardstraße, nahe der Hauptpost. Gewissenhafter Unterricht in allen Handelsfächern. Beginn der Einzel- und Spezialkurse Mitte September, der Vollkurse Anfang Oktober. Zahlreiche neue Schreib- und Rechenmaschinen. Ueberaus mäßiges Honorar. Ratenzahlungen. Prospekt gratis. 1291R*

Verschiedenes.

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 2194b*

Patentanwalt Sesselt, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2396R*

Fahrräder, Möbel, Pianos, Nähmaschinen höchstbeleihend Leihhaus, Schwedterstraße 11. 254/4*

Rasenbleiche. Frau Kubasch, Köpenick, Grünauerstraße 45, wäscht schonendst sauber. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Kein Vertauschen, Abholung Donnerstags. 2276b

Wäsche wird sauber und billig gewaschen, Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung sofort. Nischan, Köpenick, Alter Markt 9. 2277b

Waschanstalt. Feinplätterei, elektrisch, krankheitswegen hohe überschußreiche Existenz, billigst. Monatliche Zeitzahlung, Nichtfachmann anlernen. Postlagerkarte 227, Schöneberg 1.

Aufpolsterung. Sofa, Matratzen, Beschäftigung sucht Hobusch, Dresdenerstraße 24. 148/12

Pianos vermietet Pianohaus Krause, Ansbacherstraße 1. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Soldinerstraße 41. Freundliche Stube, Küche, Gas, Korridor, 20 Mark monatlich vermietbar. Dauermietern vergütet Umzug. 2191b*

Prachtwohnungen, 3, 2 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 48,00, 36,00, 25,00. Kolonistraße 69. †55*

Zwei Zimmer mit Pension für Familie, 2 Kinder, für einige Monate gesucht. Nähe Halleisches Tor. Schneider, Karlshorst, Günterstraße 2.

Zimmer.

Zwei Zimmer für Herren. Neuendorff, Petersburgerstraße 85, vorn.

Vorderzimmer, möbliert, zwei Herren, vermietet Lambrecht, Rastmerstraße 6 III. †91

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Waldemarstraße 65, Frau Bernhardt. †24

Möblierte Schlafstelle zwei anständige Herren Gryphiusstraße 10, vorn 1 links, nahe Bahnhof Stralau-Rummelsburg. †77

Freundliche Schlafstelle, separater Eingang. Fluthwedel, Emserstraße 38, vorn 4 Treppen, Ecke Hermannstraße.

Freundliche möblierte Schlafstelle für Herrn vermietet Andler, Zionskirchstraße 52. †114

Saubere Schlafstelle. Rutschkowsky, Bülowstraße 55, 6. Aufgang parterre.

Schlafstelle, möblierte, Herrn oder Dame, 12 Mark mit Kaffee. Proskauerstraße 3, vorn I, Gomoll.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer sofort gesucht, zugleich liebevolle Pflege für 3 Jahre alten Knaben. Nähe Kreuzberg. Offerten mit Preisangabe. Wollmeber, Berlin-Lichterfelde, Steglitzerstraße 47. 2279b

Junger Mann sucht zum 1. Oktober ruhiges kleines Zimmer Nähe Kottbuser Tor. Preisofferten unter W. S. 91, Postamt 36. 2274b

Möbliertes Zimmer, bis 20 Mark, von jungem Mann sofort gesucht. Nähe Bahnhof Bedding. Offerten „M. 29", Spedition Müllerstraße 34a. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Redaktionen! Parteigenosse, seit Jahren für die Arbeiterpresse tätig, lange im Auslande gelebt, sprachen- und stenographiekundig, wünscht Stellung als Hilfsredakteur oder Berichterstatter. Offerten „N. 1" Hauptexpedition des „Vorwärts". *

Junger Konditorgeselle sucht sofort Arbeit auf Fabrik oder größerer Konditorei in Deutschland. Offerten sub „C. U. 321" Wolffs Bur., Kopenhagen. 267/18

Stellenangebote.

Gießer auf Gipsfiguren verlangt Schöneberg, Tempelhofer Weg 12.

Keine Heimarbeit, aber lohnenden und dauernden Verdienst bei täglichen Spesen erhalten gewandte Frauen für den Besuch von Privatpublikum. Meldungen mit Legitimation 10—1, 3—4, Kochstraße 53, Hof parterre rechts. 2269b

Lehrmädchen verlangt sofort Plätterei Elsenacherstraße 26/27. †122

Kontoristinnen, jüngere, sofort gesucht. Meldungen 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113.

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1—2.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Klaviaturfabrik Wernecke, Neukölln, Hobrechtstr. 65.
Pianofortefabrik Jaschinsky, Boucheстr. 37.
Für die Holzleisten-Branche der Betrieb von Aug. König, Teltower Str. 48/49.
Für Tischler: Werder i. S.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkschaftliches.

Der britische Gewerkschaftskongreß.

London, 13. September 1913.

Der diesjährige Kongreß der britischen Gewerkschaften, der in der ersten Woche des Monats in Manchester stattfand, war in mehr als einer Hinsicht ein bemerkenswertes Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung Großbritanniens. Nicht daß besonders wichtige und neue Beschlüsse gefaßt worden wären. Die Tagesordnung des Kongresses zeigte die übliche Ueberladung mit Resolutionen, die jährlich fast ohne Debatte angenommen werden und die meist besser auf den einzelnen Berufskongressen erledigt werden konnten. Aber zwei Ereignisse drücken dem Kongreß einen eigenen Stempel auf: die Ereignisse in Irland und der Empfang der deutschen und französischen Gäste. Daneben muß auch noch erwähnt werden, daß der diesjährige Kongreß der größte war, der je stattgefunden. Es waren nicht weniger als 206 Gewerkschaften mit 2 223 446 Mitgliedern vertreten, was von dem schnellen Wachstum der britischen Gewerkschaftsbewegung in dem letzten Jahre zeugt.

Die Ereignisse in Dublin beschäftigten den Kongreß fast zwei Tage lang. Gleich zu Anfang wurde das stürmische Verlangen laut, der Kongreß möge sich mit der brutalen Vergewaltigung der irischen Arbeiter durch die Polizei befassen. Nach der Wahl der Kongreßausschüsse und Beamten unterbreitete das Parlamentarische Komitee, die ständige Exekutivbehörde des Kongresses, den versammelten Delegierten eine Resolution, in der die Regierung und der englische Statthalter wegen des Versammlungsverbots vom 31. August und das brutale Auftreten der Dubliner Polizei heftig verurteilt wurden und die Wiederherstellung der Redefreiheit und die Einleitung einer strengen Untersuchung über die Aufführung der Polizei verlangt wurde. Begründet wurde diese Resolution von dem Vertreter der Liverpooler Docker Sexton. Daß die Wahl des Parlamentarischen Komitees auf diesen Redner fiel, war wohl Absicht. Die irische Transportarbeitergewerkschaft ist eine Absplitterung von der Organisation, die Sexton vertritt, und Sexton und Larkin sollen miteinander auf sehr gespanntem Fuße stehen. So wollte man denn der Oeffentlichkeit beweisen, daß trotz aller persönlichen Reibereien die irischen und englischen Proletarier Schulter an Schulter stehen, wenn es sich um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen ein arrogantes Unternehmertum, verbündet mit einer brutalen Behörde handelt, und daß die Leute, die mit diesen persönlichen Gegensätzen rechnen, sich arg verkalkuliert haben. Vielen ging die Resolution nicht weit genug. So verlangte ein Redner, der Gewerkschaftskongreß sollte nach Dublin übersiedeln, oder doch wenigstens seine berufensten Vertreter hinschicken, um die Stelle der eingesperrten Streikführer einzunehmen. Es wurde auch von einem Vertreter der Eisenbahnbureauangestellten ein Amendement eingereicht, das von dem Präsidenten der Bergarbeiter, Smillie, unterstützt wurde, in dem die Delegierten aufgefordert wurden, sich als Protest gegen die Niedermetzelung der Dubliner Arbeiter nicht an dem öffentlichen Empfang zu beteiligen, den die Stadt Manchester den Delegierten bereitete. Der Abänderungsantrag wurde jedoch abgelehnt; die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am folgenden Tage erneuerten sich die Szenen, als die Vertreter des Dubliner Gewerkschaftskartells auf der Tribüne des Kongresses erschienen und um Beistand in dem ungleichen Kampfe zwischen unbewaffneten Arbeitern und den betrunkenen Bütteln der Machthaber baten. Partridge, der Vorsitzende der Dubliner Maschinenbauer, berichtete, wie er zweimal in zwei Tagen verhaftet worden sei und das wegen der zahmsten Reden, die er je gehalten. Er habe dem Magistrat gesagt, daß man wohl bald Leute verhaften werde, die auf der Straße das Vaterunser hersagten. Er berichtete über die empörendsten Mißhandlungen von Männern, Frauen und Kindern seitens einer Polizei, die so sinnlos betrunken war, daß sie selbst zwei ihrer Kollegen in Zivil jämmerlich verbläuten. Das Resultat des irischen Besuchs war, daß der Kongreß sechs seiner geachtetsten Mitglieder nach Dublin schickte, um den Dubliner Arbeitern zu helfen, das Recht der freien Rede zu verteidigen, und um über die Ausschreitungn der Polizei eine Untersuchung einzuleiten. Auch bei der Zusammensetzung dieser Delegation ging der Kongreß sehr taktvoll vor. Es waren darin alle gewerkschaftlichen und politischen Richtungen innerhalb der britischen Arbeiterbewegung vertreten.

Schon allein diese schöne Demonstration der Solidarität der Arbeiterklasse hatte dem Kongreß ein eigenes Gepräge gegeben. Allein der Kongreß wird nicht allein wegen dieses Ereignisses in Erinnerung bleiben, sondern auch wegen des machtvollen Beweises der internationalen Solidarität, die er der Welt bot. Zum ersten Male waren auf einem britischen Gewerkschaftskongreß Vertreter der deutschen und französischen Arbeiter erschienen. Die Vertreter beider Völker — Legien für Deutschland und Jouhaux für Frankreich — verkündeten von der Tribüne die Friedensliebe der deutschen und französischen Arbeiter, die Wesensgleichheit der Arbeiterbewegung in allen Ländern und die Entschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft, den Kapitalisten und Kriegshetzern entgegenzutreten und den Frieden zu bewahren. Die Reden zündeten, wie selten Reden auf dem britischen Gewerkschaftskongreß gezündet haben. Minutenlanger Beifall umbrauste die Abgesandten der deutschen und französischen Arbeiter. Der Kongreß beschloß, die Reden sofort drucken und verbreiten zu lassen. Auch sonst noch wurden auf dem Kongreß manch gute Worte über die Bedeutung der internationalen Arbeitersolidarität für die Erhaltung des Weltfriedens gesprochen. So sagte der als Gast anwesende Bischof Welldon, daß er seine größte Hoffnung in bezug auf die Erhaltung des Weltfriedens auf die Entwickelung der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften setze. „Sie sind es vor allen anderen Körperschaften," rief er aus, „die den Kriegen zwischen den Völkern ein Ende bereiten werden."

Wie schon erwähnt, waren die verhandelten Resolutionen meist alte Bekannte. Unvermerkt darf jedoch nicht bleiben, daß diesmal die Resolution über die Einführung von Zwangsschiedsgerichten ausblieb. Als eine Art Stellvertreter dieser Resolution kann man den von dem Buchdrucker Roberts begründeten Antrag ansehen, der die Verträge zwischen Arbeiterorganisationen und Unternehmern gesetzlich erzwingbar machen will. Der vorjährige Kongreß verwarf den Antrag mit großer Mehrheit, da viele Delegierte darin das dünne Ende des Keils der Zwangsschiedsgerichte erblickten. Diesmal hatte man den Antrag in gefälligere Formen gefaßt. Aber der Kongreß wollte auch so nichts davon wissen. Die große Mehrheit, die ihn niederstimmte, scheint den Bestrebungen, das Moment des legalen Zwanges in die Vereinbarungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuführen, den Gnadenstoß versetzt zu haben.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes!

Die am Sonntag, den 14. d. M., stattgefundene Urabstimmung über den Antrag betreffend Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 2 M. pro Woche in allen Stufen, hat folgendes Resultat ergeben:

Es sind abgegeben . . . . 22 817 gültige Stimmen
Davon für den Antrag . . 14 391 Stimmen
Gegen den Antrag stimmten 7 926 „

Der Antrag ist also mit fast zwei Drittel Majorität angenommen worden.

Die weiteren Mitteilungen über die Art der Ausführung des Antrages erfolgen in den nächsten Tagen.

Die Ortsverwaltung.

Schuhmacherstreik in Strausberg.

Die gesamte Arbeiterschaft der Firma „Delphin", Schuhfabrik in Strausberg, ist am Montag nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausstand eingetreten, da bisher ein Entgegenkommen des Fabrikanten auf die Wünsche und Forderungen seiner Arbeiter nicht zu erzielen war.

Deutsches Reich.

Streikbrechervermittelung en gros.

Wie wir bereits am Sonnabend berichteten, hat die Firma Reichstein, Brennabor-Werke, Brandenburg a. H., in Berlin in der Dessauer Straße 17 ein Streikbrechervermittelungsbureau errichtet. Durch Inserate in der Berliner „Morgenpost" und dem „Lokal-Anzeiger" wurden auch gestern wieder Arbeitswillige verlangt. Schon lange bevor die Vermittelung beginnen sollte, waren Massen von Arbeitslosen in der Dessauer Straße versammelt. Gegen 1/2 9 Uhr wurde unter polizeilicher Assistenz das Bureau eröffnet. Wohl an die 10 Polizisten mit Wachtmeister und Polizeioffizier halfen bereitwilligst die zirka 400 Arbeitslosen dem Bureau zuführen. Man sah es den Leuten an, daß sie keine berufsmäßigen Streikbrecher waren, und daß sie sich lediglich von dem Arbeitsangebot haben verleiten lassen. Die Verbandsleitungen der Organisationen, welche an der Brandenburger Aussperrung beteiligt sind, ließen an Ort und Stelle Handzettel verteilen, durch welche den Arbeitsuchenden mit wenig Worten der Sachverhalt mitgeteilt wurde. Sehr viele, wir können zurzeit nicht feststellen, ob nicht die meisten der Arbeitsuchenden, kehrten infolgedessen um und meldeten sich nicht, trotzdem von interessierter Seite verbreitet wurde, daß den Angeworbenen gute und dauernde Arbeit zugesichert werde. Mit Recht sagten viele der Arbeitsuchenden, wenn die Firma solche Löhne zahlen wollte und würde, so hätte sie keine Veranlassung, die alten Leute auszusperren. Wie uns mitgeteilt wurde, soll sogar gegen Mittag die Arbeitswilligenvermittlung unter Beihilfe von reitenden Schutzleuten vorgenommen worden sein.

Daß die Firma mit den wahllos engagierten und an Zahl und Qualität völlig ungenügenden Arbeitswilligen ihren Betrieb aufrecht erhalten oder weiterführen kann, wird uns als völlig ausgeschlossen erklärt. Im übrigen kommt es ja auch noch darauf an, wie sich die Verhältnisse selbst in Brandenburg gestalten werden. Wir machen nachmals die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß die Arbeitsannahme nach Brandenburg gleichbedeutend ist mit Streikbruch.

Kleines Feuilleton.

Im alten Jena mit jungen Sinnen.

Ein wunderbarer Tag! Während mein Zug am frühen Morgen durch die freundliche, fast niedliche Landschaft Thüringens bummelte, kämpfte noch das erwachende Morgenlicht mit den weißen Nebelschwaden, die über den Feldern und Wiesen lagerten. Hinter Naumburg rollte die Sonne blutigrot hinter dem Horizont herauf. Ueberall erwachten Töne und Farben. In tiefem Blau erstrahlte die Himmelskuppel. Noch eine Stunde, und der Zug fuhr in den Bahnhof. „Jena, Jena!"

Mit welchen Gefühlen wandert man durch die alten, gewundenen, holperigen Straßen dieser Stadt, die so viel Vergangenheit in ihren Mauern birgt! Wieviel Bilder, wieviel Erinnerungen steigen auf! Hier ist es gewesen, wo das Altpreußen des Junkertums, das sich selbst überlebt hatte, von den Heeresmassen des revolutionären Frankreichs im Jahre 1806 zertrümmert wurde. Hier war es, nach dem Jahre 1815, als die „heilige Allianz", nach der Niederringung Napoleons in Europa herrschte und die Massen des Volkes um die versprochenen Früchte der opferschweren Siege betrog — hier war es, wo sich in bitterem Unmut die studentische Jugend gegen den Trug auflehnte, die Burschenschaft gründete und mit der Regierung einen Kampf begann, der nicht mehr zur Ruhe kommen sollte.

Dieses Jena gleicht solchen alten Truhen, wie sie Großmutter und Tanten haben, um darin den romantischen Kram und die kostbaren Kleinodien ihrer Jugend aufzubewahren. In den Straßenbildern, in der Architektur der Häuser mit ihren Erkerchen, ihren Giebeln, ihren Toren und Schnörkeleien, lebt noch das Zeitalter Goethes fort und spricht den, der in beschaulicher Muße behaglich durch die Gassen schlendert, laut und vernehmlich an. Da spannt sich ein alter, grauer Torbogen über die Straße, von einem verwitterten Turme überragt. Wie oft mögen hier Goethe und Schiller in angeregtem Gespräch hindurchgeschritten sein. Vier seltsame Wasserspeier, groteske Affen, springen aus dem Gemäuer des Turmes hervor. Und vorn sieht man einen kleinen, schmalen Erker, den sogenannten Käsekorb, von dem eine witzige und boshafte Anekdote erzählt, daß er vor Zeiten zur Ausstellung zänkischer Weiber gedient habe.

Dicht drängen sich die alten kleinen Häuser in den schmalen Straßen aneinander; sie stehen nicht immer ganz senkrecht und es ist, als ob sie sich gegenseitig stützen und halten wollten. Mitten in den neuen und breiten Straßen Jenas stehen noch die Reste der mittelalterlichen Mauern und Türme wie vorweltliche Ungeheuer. Aber junges helles Laub sprudelt wie die Quelle ewig jungen Lebens über die geborstenen Trümmer.

Fast ein jedes Haus erzählt hier etwas von fernen Zeiten, vor allem von jener hohen Zeit, da am Ausgang des 18. und am Beginn des 19. Jahrhunderts das deutsche Geistesleben nach langem Winterschlaf zu herrlicher Blüte sich entfaltete. Damals waren die kleinen Provinzstädtchen Thüringens, Weimar und Jena, die Brennpunkte dieser wissenschaftlichen und künstlerischen Kultur. Hier lebten und wirkten all die Großen, die in abstrakten Begriffen und in künstlerisch-anschaulichen Symbolen den Idealismus kündeten und in dem Herzen ihres Volkes entzündeten: Goethe, Schiller, Fichte, Humboldt, Klopstock, Herder, Wieland. Fast an keinem Hause fehlt eine Tafel, die dem Wanderer erzählt, daß hier einer der vielen Führer jener geistigen Revolution gehaust habe. Ja, manche Häuserfronten sind ganz und gar mit solchen Tafeln und Schildern besät. Man kommt fast auf den Gedanken, daß in dieser schönen, von waldigen Hügeln lieblich umkränzten Stadt jeder große Deutsche von Martin Luther bis August Bebel einmal geweilt habe. Wenn man vom Bahnhof aus nach dem Volkshause, in dem der Parteitag stattfindet, geht, so kommt man nach wenigen Minuten an dem Hause vorüber, in dem Schiller als Professor der Geschichte an der Universität seine erste berühmte Vorlesung über den Zweck des Studiums der Weltgeschichte hielt.

Ich gehe an einer alten, gotischen Kirche vorüber. Von drinnen tönen feierliche, langgezogene Orgelklänge. Wie ich durch ein breites, dunkles Torgewölbe schreite, finde ich den Zugang zu der Kirche. Ich steige eine alte Wendeltreppe empor, über deren steinernen Stufen tiefe Schatten lagern. Immer näher, immer stärker tönt mir die Orgel entgegen. Es ist, als ob die mächtigen Klänge durch die alten Steine dringen und sie im Innersten erbeben lassen. Ich lausche gebannt. Die Kirche ist ganz leer, der Organist spielt für sich allein eine feierliche Fuge des alten Johann Sebastian Bach. Innerlich erfüllt von der erhabenen Musik steige ich leise die Wendeltreppe herab, durch den finsteren Torbogen hinaus in den warmen lauschenden Sonnenschein, dem himmlischen Propheten ewig jungen Lebens, der gegen alles Alte, Finstere, Vergangene protestiert.

Scharen von Genossen strömen in langen Zügen dem Volkshause zu, sich gegenseitig begrüßend, plaudernd, diskutierend. Vor uns steigen die Mauern der großen Zeißschen Fabrik auf und gleich dahinter die Zinnen des Volkshauses. In gewaltigem Strome durchbricht das Leben der Zukunft die Dämme der Vergangenheit.

Eugen Lewin-Dorsch.

Die Angewohnheit. Wieder hat das Reichsversicherungsamt eine dieser berühmten Entscheidungen gefällt, die mit der Motivierung Renten quetscht, der Verunglückte habe sich an den durch den Unglücksfall hervorgerufenen Zustand bereits gewöhnt.

Diesmal ist es ein blinder Monteur, den das Richtschwert getroffen hat. Es sei ihm einfach nicht zu glauben, sagte das Reichsversicherungsamt, das der blinde Mann gegen die Entscheidung der Vorinstanz angerufen hatte, wenn er etwa behaupten wolle, er habe sich nicht an seine Blindheit gewöhnt. Wenn man so lange blind ist wie der Antragsteller (nicht wahr?), dann wisse man nachgerade, wie das ist, und habe sich nicht noch zu beschweren.

Zugegeben, daß die Macht der Gewohnheit sehr groß ist. Wir merken zum Beispiel schon gar nicht mehr, wie diese Richter völlig verlernt haben, — oder haben sie es nie gekonnt? — sich um Dinge des Alltags zu kümmern. Wir sind schon so an diese Art Rechtsprechung gewöhnt, die aus Büchern, aber nicht aus Köpfen, aus Kommentaren, aber nicht aus menschlichen Gefühlen und Ueberlegungen heraus entscheidet, für die Akten, aber nicht für die Parteien. Niemand verjagt sie, man ist an diese Justiz gewöhnt.

Aber so mächtig ist die Gewohnheit denn doch nicht. Es ist durchaus nicht gesagt, daß einer, der jahrelang nicht sehen konnte, sich nun auch wirklich an diesen Zustand gewöhnt hat. Die Justitia zum Beispiel hat doch ihre Binde schon jahrhundertelang vor Augen, aber sie kann und kann sich nicht daran gewöhnen, daß sie nichts zu sehen hat. Sie meint heute noch, sie müsse sich ihre Leute vorher ansehen. Sie mogelt. Sie schiebt das Tuch nach oben und sieht darunter weg. Sie ist nicht an die Dunkelheit gewöhnt.

Aber niemand kürzt ihr die Rente, weil eben alle, wir alle an den Brillenrichter gewöhnt sind. Wie wäre es, wenn wir uns von dieser üblen Angewohnheit befreiten?

Metschnikoff über die Entdeckung des Tollwuterregers. Ueber die aufsehenerregende Entdeckung des Erregers der Hundswut durch Professor Hideyo Noguchi, einen der vier Leiter des Rockefeller-Instituts in New York, ist bereits berichtet worden. Einem Berichterstatter des „Temps" gegenüber äußerte nun Professor Metschnikoff, der berühmte Leiter des Instituts Pasteur in Paris: Die Entdeckung, die Noguchi soeben gemacht hat, ist von überaus weitreichender Bedeutung. Die Notiz, die er darüber in aller Eile veröffentlicht hat, spricht sich zwar über manche Punkte etwas kurz und allzu unklar aus, aber der Name und die wissenschaftliche Bedeutung Noguchis, und die Nachprüfung, der das Institut Rockefeller und die Gelehrten, die es leiten, die Arbeit ihres Kollegen unterzogen haben, bilden eine zuverlässige Bürgschaft für den authentischen Wert der neuen Entdeckung, die bestimmt ist, in der Geschichte der Bakteriologie einen Merkstein zu bilden. Die Züchtung des Tollwuterregers wird uns voraussichtlich in die Lage versetzen, ein ungleich wirksameres Serum herzustellen, als es die bisher verwandte Rückenmarkssubstanz darstellt. Zudem darf man hoffen, daß die schmerzhafte und langwierige Behandlung, die heute an die 20 Einspritzungen notwendig macht, durch die Verwendung des neuen Impfstoffs wesentliche Abkürzung erfahren wird. Eine Statistik, die wir demnächst veröffentlichen werden, bringt übrigens den Nachweis, daß in den drei letzten Jahren von 1138 im Institut Pasteur behandelten Personen nicht eine gestorben ist. Aber in anderen Ländern richtet die Tollwut ungleich stärkere Verwüstungen an. Die Methode, die von der Noguchischen Entdeckung abzuleiten ist, wird vielleicht gestatten, die Behandlungsdauer der von tollen Hunden Gebissenen zu verkürzen.

Notizen.

— **Eine Schach-Simultan-Vorstellung.** R. Teichmann, der Sieger im Internationalen Meisterturnier zu Karlsbad 1911, gibt am Mittwoch, den 17. September, abends 1/2 9 Uhr, im Englischen Saal des Café Kerkau, eine Simultanvorstellung, in der er ca. 30 Partien gleichzeitig spielen wird. (Karten im Café Kerkau und an der Abendkasse.)

— **Georg Büchners „Wozzeck"**, diese wuchtig sozialgerichtete bürgerliche Tragödie, die um die Mitte der dreißiger Jahre entstand und leider unvollendet blieb, wird in München neben des Dichters dramatischen Szenen „Dantons Tod" an einem Gedenkabend zum hundertsten Geburtstage Büchners zur Aufführung gelangen. An die Wozzeck-Szenen haben sich die Bühnen bisher noch nicht herangetraut.

— **„Das Beschwerdebuch".** Den Premierenreigen der Münchener Theater eröffnete Karl Ettlinger mit der dreiaktigen Bauernkomödie: „Das Beschwerdebuch", die im Volkstheater lauten Erfolg erntete. Unser m-Mitarbeiter schreibt uns: Das Jugend-Karlchen ist bekannt für gute Witterung. Er weiß, daß die alten Lederhosen-Dramen abgesetzt sind und daß die zahllosen umherziehenden oberbayerischen Bauerntheater für ein neues Stück mit guten Rollen mehr wie: „Vergelts Gott!" sagen. So schrieb er ihnen das „Beschwerdebuch", wobei er mit dem rechten Aermel stark an Anzengruber, mit dem linken leise an Ludwig Thoma streifte, im übrigen aber seinen Eigenhumor, seine gute Beobachtung behielt, auch an technischem Geschick gewann.

Wie im Hotel und bei der Bahn ein Beschwerdebuch aufliegt, warum soll nicht auch beim Pfarrer im Dorf eins liegen, wo die Gemeinde ablagert, was sie gegen Gott, den Pfarrer, den lieben Nächsten auf dem Gewissen hat? Um diesen guten Einfall schlingt sich eine Meineidsbauerngeschichte mit Gewissenswürmern, aber aus diesem tragischen Wirrsal ringt sich Ettlingers satirischer Witz befreiend heraus.

Die Bauernseele, die einfältig-verschlagene, listig-dummschlaue, bigott-geschäftsmäßige Bauernseele wird wieder einmal hell beleuchtet und wenn auch aus minderer Kenntnis der ländlichen Volksseele wie Thoma, so freuen wir uns doch der Blitzlichter.

— **Hermann Vambéry**, der namhafte Kenner der Turkvölker, der seit den ersten sechziger Jahren die Länder Mittelasiens durchforschte, ist in Budapest, 81 Jahre alt, gestorben. Er stammte aus Bayern.

Die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter in Stettin.

Nachdem der Magistrat Ende Juli den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht, beschlossen die Hafenarbeiter, die Lohnbewegung bis zum Zusammentritt der städtischen Körperschaften zu vertagen. Am 11. September sollte diese sich nun mit dem Beschluß des Magistrats befassen. In Aussicht waren gestellt: die Erhöhung des Tagelohns der unständigen Hilfsarbeiter um 20 Pf., die Erhöhung des Ueberstundenlohnes von 11 Proz. auf 20 Proz. oder eine Lohnerhöhung allgemeiner Art, falls die den Wünschen der Arbeiter mehr entspricht und sie den angesetzten Kosten gleichkommt, Rückwirkung aller Lohnerhöhungen vom 1. August d. J. Darüber hinaus glaubte der Magistrat nicht gehen zu können, bevor die gemischte Arbeiterlohnkommission gehört worden sei. Die Sitzung der Stadtverordneten brachte aber den Arbeitern eine herbe Enttäuschung. Die Finanzkommission hat in aller Eile eine Sitzung abgehalten, in der dem Antrage des Magistrats zugestimmt wurde. In der Verhandlung trat der Einfluß des Arbeitgeberverbandes klar zutage, der nicht will, daß städtische Körperschaften, etwa gar in festen Tarifverträgen, Löhne festsetzen, die in ihrer Industrie nicht üblich sind. In der Abstimmung fand der Antrag des Magistrats Annahme. Die Hilfsarbeiter erhalten danach 20 Pf. Zulage, der Zuschlag für Ueberstunden wird für alle Arbeiter erhöht.

Diese Erledigung der Lohnbewegung kann die Arbeiter keineswegs befriedigen; das Gros der städtischen Arbeiter geht leer aus. Nichts hörte man von den seinerzeit im Juli weiter in Aussicht gestellten Zusicherungen, nichts von dem durch die Arbeiter eingereichten Tarifvertrag. Wenn die Unternehmer und deren Anhang glauben, durch ihren Machtspruch dem Magistrat Fesseln anzulegen, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu hintertreiben, so werden die Arbeiter verstehen, auch diesen Kampf zu führen. Sie wissen jetzt, daß nicht der Magistrat, sondern der Deutsche Arbeitgeberverband der Gegner ist, der sich den Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hindernd in den Weg stellt. Wenn die Herren den Kampf wollen, so sollen sie ihn haben.

Ausland.

Achtung, Buchbinder! In Kristiania (Norwegen) sind am 12. September sämtliche Buchbinder und Buchbindereiarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um die Erneuerung des abgelaufenen Tarifvertrages, über die Verhandlungen zwischen den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern direkt geführt wurden. Wenn die Arbeitgeber die Verhandlungen zunächst auch über Gebühr verschleppt hatten, so daß der neue Vertrag nicht rechtzeitig zustande kam, so wurde schließlich zwischen den Parteien doch eine Einigung erzielt, durch die eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 Stunden sowie ein Minimallohn für Buchbinder von 28 Kronen und für Buchbindereiarbeiterinnen von 16 Kronen und die Gewährung von Ferien festgelegt wurden. Die beteiligten Unternehmer und Arbeiter in Kristiania hatten den Tarif bereits angenommen, als seitens der Zentrale des Arbeitgeberverbandes gegen die Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes Einspruch erhoben und darauf die diesbezügliche Zusage von den Arbeitgebern zurückgezogen wurde.

Dadurch ist das Gesamtergebnis der Vereinbarungen so wesentlich beeinträchtigt, daß die Arbeiterschaft einmütig in den Streik eintrat. Der Streik ist von der gewerkschaftlichen Landeszentrale in Kristiania genehmigt. Beteiligt daran sind etwa 600 Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen.

Kristiania ist gesperrt. Wir bitten auf Streikarbeit zu achten. Deutscher Buchbinderverband.

Gerichts-Zeitung.

Polizeibesuch in der Laubenkolonie.

Das Abenteuer, das in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember 1912 in einer Laubenkolonie bei Treptow einem Ehepaar Feuerherdt widerfahren war, beschäftigte gestern nochmals ein Gericht. In der Laubenkolonie hatte die Treptower Polizei damals eine ihrer üblichen Razzien veranstaltet, um Kolonisten zu erwischen, die etwa in Lauben nächtigten. Dabei soll Herr Feuerherdt, der in seiner Laube noch zu später Stunde mit Frau und Kindern angetroffen wurde, gegenüber den ihn heimsuchenden Beamten sich des Widerstands, des tätlichen Angriffs und der Beleidigung schuldig gemacht haben. Auch Frau Feuerherdt wurde beschuldigt, bei der Sistierung ihres Mannes die Beamten beleidigt zu haben. Das Schöffengericht Neukölln verurteilte Feuerherdt wegen Widerstandes und tätlichen Angriffs zu 1 Monat Gefängnis, wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe, seine Frau wegen Beleidigung gleichfalls zu 20 Mark Geldstrafe. Dieses Urteil war, weil Feuerherdt Berufung eingelegt hatte, gestern vom Landgericht Berlin II (1. Ferienstrafkammer) nachzuprüfen. Die Frau hatte das gegen sie ergangene Urteil rechtskräftig werden lassen, so daß sie jetzt als Zeugin auftreten konnte.

Der Angeklagte Feuerherdt hielt daran fest, daß nicht er den Polizeiwachtmeister Dietze, sondern dieser ihn angegriffen habe. Dietze habe in Zivilkleidung, von zwei Hunden begleitet, die Laube betreten, sich trotz Aufforderung nicht legitimiert, ihn an der Brust gepackt, aus der Laube hinausgedrängt, gegen einen Wagen gestoßen und das erneute Verlangen nach einer Legitimation damit beantwortet, daß er ihm mit der Hundepeitsche einen Hieb über den Kopf gab. Feuerherdt sei dann zum Treptower Polizeirevier geführt worden, obwohl der eine Fuß nur mit dem Strumpf bekleidet war, und seine Bitte, noch den Pantoffel anziehen zu dürfen, sei abgewiesen worden. Der als Zeuge vernommene Polizeiwachtmeister Dietze bestritt diese Darstellung. Feuerherdt habe ihn sofort angegriffen und ihm einen Schlag ins Gesicht gegeben, so daß er sich mit der Hundepeitsche habe wehren müssen. Hätte er eine Waffe bei sich gehabt, so würde er diese gebraucht haben. Unterwegs habe Feuerherdt über „Gemeinheit der Polizei" geschimpft, die ihm die sauer verdienten Arbeitergroschen abnehme. Zu der Pantoffelgeschichte erklärte Zeuge, ihm sei nichts von der behaupteten Verweigerung bekannt. Er bestätigte aber, daß Feuerherdt bei der Ankunft auf der Polizeiwache nur den einen Pantoffel anhatte. Daß Feuerherdt ihn sogleich in der Laube als Beamten erkannt haben müsse, galt diesem Zeugen als zweifellos. Der Angeklagte versicherte: „In Zivil kenne ich ihn nicht". — „Ach, das ist ja dummes Zeug, reden Sie doch nicht solche Kindereien!" fiel ihm der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor von dem Hagen, ins Wort. Dietze bekundete, noch vor ihm habe Polizeisergeant Behrend in Uniform die Laube betreten. Behrend bestätigte das, aber Frau Feuerherdt bestritt es sehr entschieden. Sie unterstützte auch in den übrigen Punkten die Darstellung ihres Ehemannes.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Max Schneider bezweifelte, daß die Beamten sich überhaupt in rechtmäßiger Amtsausübung befunden hätten. In die Laube zur Nachtzeit einzudringen, seien sie nicht berechtigt gewesen, weil es sich weder um eine Verfolgung auf frischer Tat handelte, noch Gefahr im Verzuge war, noch die Wiederergreifung eines Entflohenen bewirkt werden sollte. Es könne also nicht von Widerstand und tätlichem Angriff, sondern höchstens von einfacher Körperverletzung die Rede sein, die das Gericht in Anbetracht der begreiflichen Erregung des in seiner Laube zur Nachtzeit durch die Polizei heimgesuchten Mannes nicht sogleich mit Gefängnis zu bestrafen brauche. Von der Anklage der Beleidigung sei Feuerherdt freizusprechen, weil der Vorwurf der „Gemeinheit" nicht den ihn heimsuchenden Beamten, sondern der Polizei überhaupt gegolten habe, vor der aber kein diesbezüglicher Strafantrag gestellt sei. Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung zu verwerfen.

Das Gericht beschloß so mit der Begründung, die Beamten seien zur Durchsuchung der Laube beauftragt und befugt gewesen, Feuerherdt habe dem ihm bekannten Beamten sich widersetzt und ihn angegriffen, auch habe der Vorwurf der Gemeinheit dem Beamten persönlich gegolten. Die Strafe von 1 Monat Gefängnis und 20 Mark wurde als angemessen erachtet.

Ein Elternpaar, das sein eigenes Kind ertränkte.

Das Schwurgericht Freiburg i. B. hat am 26. Juli den Bäcker und Fabrikarbeiter Julius Meyling wegen Mordes zum Tode und dessen Ehefrau Marie Meyling wegen Totschlages zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die beiden Angeklagten hatten, wie ihnen zur Last gelegt worden ist, am Abend des 20. Februar 1909 in der Gemarkung Weil in Baden ihren eigenen am 13. Juni 1908 geborenen Sohn Ernst im Rheine ertränkt. Die Geschworenen haben den Ehemann für schuldig befunden, die Tat mit Ueberlegung begangen zu haben, während sie bei der Ehefrau das Vorhandensein der Ueberlegung bei der Tat verneinten, worauf er wegen Mordes, sie wegen Totschlages verurteilt worden ist. Gegen das Urteil hatte nur der Ehemann Revision eingelegt. Er rügte zunächst, daß in der Hauptverhandlung die Genehmigung der französischen Regierung zu seiner Auslieferung — er war nämlich nach der Tat in die französische Schweiz geflüchtet — nicht festgestellt worden sei. Weiter behauptete er, die an die Geschworenen gestellten Fragen seien widerspruchsvoll; denn es sei unmöglich, bei ein und derselben von zweien gemeinschaftlich begangenen Tat bezüglich des einen Mord, bezüglich des anderen Totschlag anzunehmen. Das Reichsgericht folgte jedoch den Ausführungen und dem Antrage des Reichsanwalts und verwarf heute die Revision, da die erhobenen Rügen unbegründet waren.

Schwurgericht und Strafkammer.

Der Färberstreik in Friedlingen-Basel hat noch immer gerichtliche Nachspiele. Am Freitag verurteilte die Strafkammer Freiburg i. B. vier weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruch, weil sie am 20. Mai d. J. Arbeitswillige, die frühmorgens per Auto in die bestreikte Fabrik gebracht werden sollten, angeblich beschimpften und mit Gewalt zum Aussteigen aus dem Auto veranlaßten. Auch hätten sie eine Eisenschwelle quer über die Straße gelegt, um das Streikbrecher-Fuhrwerk am Weiterfahren zu hindern. Drei Angeklagte wurden zu je 3 Monaten, einer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die etwa sechswöchige Untersuchungshaft wurde allen Angeklagten abgerechnet.

Dieses Urteil sticht merkwürdig stark von dem ab, das das Freiburger Schwurgericht in der gleichen Angelegenheit — nur die Angeklagten wechselten — am 29. Juli d. J. gefällt hat. Das Schwurgericht bezw. die Geschworenen verneinten das Vorliegen des Landfriedensbruchs und demzufolge betrug die Höchststrafe (Vergehens gegen den § 153 der Gew.-Ord.) für die damaligen Angeklagten nur 2 Monate 2 Wochen, die Mindeststrafe 14 Tage. Die Fachleute der Strafkammer aber konstatierten Landfriedensbruch, wenn auch nur einfachen, als vorliegend und demgemäß mußte auf mindestens drei Monate für die Angeklagten erkannt werden. Wieder ein Beweis, wie sehr sich die gelehrten Richter von dem Rechtsempfinden des Volkes entfernen.

Der Verteidiger stellte übrigens in dem Freiburger Prozeß vor Gericht fest, daß die vier Angeklagten seit ihrer Ende Juli erfolgten Haftentlassung keine Arbeit mehr gefunden haben, weil sie von der bestreikten Fabrik — übrigens dieselbe, die jüngst den Gendarmen 1000 M. anbot, deren Annahme die badische Regierung aber den ihr unterstellten Beamten nicht gestattete — auf die schwarze Liste gesetzt worden sind.

Aus aller Welt.

Einsturzkatastrophe in Koburg.

26 Verschüttete tot oder verwundet.

Ein furchtbares Unglück hat sich am Sonntag abend kurz nach 10½ Uhr in Koburg zugetragen. Durch eine Gasexplosion wurde ein an der Straße „An der Mauer" gelegenes zweistöckiges Wohnhaus, das von sechs Familien mit 26 Angehörigen bewohnt war, vollständig zum Einsturz gebracht. Die Einwohner, die sich zum Teil schon zur Nachtruhe niedergelegt hatten, wurden unter die Trümmer ihrer Wohnstätte begraben. Das entsetzliche Unglück wurde dadurch noch größer, daß die Trümmer in Brandgerieten, wodurch einige der Verschütteten vollständig verkohlt wurden. Bis Montag abend 7 Uhr hatten die Rettungsmannschaften, unter denen auch eine Abteilung des Infanterieregiments Nr. 95 tätig war, zwölf Tote und zwölf Schwerverwundete geborgen. Unter den Trümmern befinden sich zurzeit noch vier Kinder.

Ueber die Einzelheiten der Explosionskatastrophe wird uns folgendes gemeldet: In der Nähe der Unglücksstätte machte sich am Sonntag abend ein starker Gasgeruch bemerkbar. Von der Gasanstalt wurden zur Reparatur des Schadens einige Monteure geschickt. Während die Arbeiter noch dabei waren, die Stelle des Rohrbruches zu suchen, schoß plötzlich eine große Flamme aus dem Innern des Hauses hervor. Eine gewaltige Explosion erfolgte, die das Haus in die Höhe hob und dann in sich zusammenstürzen ließ. Der mit den Reparaturarbeiten beschäftigte städtische Gasmeister wurde weit weggeschleudert und schwer verletzt. Feuerwehr und Mannschaften der Sanitätskolonne eilten herbei und unter Leitung der Feuerwehr wurde sofort die Rettungsaktion eingeleitet. Zunächst mußte der entstandene Brand abgelöscht werden, was auch nach kurzer Zeit gelang. Bei den Rettungsarbeiten stieß man zunächst auf ein Ehepaar Scheps, das mit seinem kleinen Kinde noch lebend, aber schwer verletzt, gerettet werden konnte. Ein Schuhmacherehepaar Holleben wurde fast vollständig verkohlt aufgefunden. Auch deren fünfjährige Tochter fand man schrecklich verstümmelt als Leiche. Die ganze Nacht und den darauffolgenden Tag waren die Rettungsmannschaften aufs eifrigste bemüht, an die Verschütteten heranzukommen. Unter großen Mühen war es bis Montag abend gelungen, die Mehrzahl der Verunglückten zu bergen. Mehrere Kinder befinden sich jedoch noch unter dem Trümmerhaufen.

Die Namen der Toten sind: Lackierermeister Karl Scheps, 45 Jahre, seine Frau Anna, 48 Jahre, Karl Hußkönig, 6 Jahre, Alfred Wild, 10 Jahre, Alfred Alex, 15 Jahre, Taubstummer Richard Schnitter, 10 Jahre, Schuhmacher Karl Wohlleben, 37 Jahre, seine Frau Bertha, 30 Jahre, seine Tochter Lina, 13 Jahre, sein Sohn Hermann, 9 Jahre, sein Sohn Otto, 5 Jahre, und sein Sohn Anton Karl, 3 Jahre alt.

Ein christlicher Kanzelredner.

Voll heiligen Zornes donnerte am 10. August in der katholischen Kirche in Atzbach der Herr Kooperator Matthias Spannlang gegen die Sündhaftigkeit der Welt im allgemeinen und gegen die außerordentliche Sündhaftigkeit eines Mitgliedes seiner Gemeinde im besonderen. Demütig neigten die andächtig Zuhörenden ihr Haupt. Wußten sie doch, daß nach dem neuen katholischen Katechismus die Geistlichen geweihte Personen sind, die dadurch übernatürliche Würde und Gewalt erhalten, so daß selbst die Engel sich vor ihnen neigen. Nur das eine Gemeindemitglied, dessen Haus der Kooperator in seinem heiligen Eifer als ein Sodom und Gomorrha bezeichnet hatte, war von der Predigt weniger erbaut. Er erreichte, daß der fanatische Pfaffe am 5. d. M. in der klerikalen oberösterreichischen „Volkszeitung" folgende Erklärung abgab:

> Ich gefertigter Matthias Spannlang, Kooperator in Atzbach, habe in meiner sonntägigen Predigt vom 10. August 1913 Mitteilungen, welche mir von einer gewissen Katharina Falmseder gemacht wurden, behandelt und bei dieser Gelegenheit das Haus des Herrn Matthias Racher in Oberapping ein Sodom und Gomorrha genannt, von der Tochter desselben, Julie Racher, behauptet, daß sie von Jugend auf verdorben sei, sich neben einer schwerkranken Person im Bette unzüchtigerweise gewälzt hätte und daß sie nur zum Schein und unvollständig beichte.
>
> Ich stehe nun nicht an, diese in der Predigt gemachten Aeußerungen, die jeder Grundhaltigkeit entbehren, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen, und zwar um mein Unrecht teilweise wiederum gutzumachen, in dieser öffentlichen Form.
>
> Atzbach, am 3. September 1913.
>
> Matthias Spannlang.

Herr Matthias Racher scheint vom Teufel besessen zu sein denn sonst müßte er als frommer Katholik wissen, daß es in dem oben genannten Kathechismus auf Seite 82 heißt: „Wenn Geistliche Fehler und menschliche Schwachheiten zeigen, sollen die Gläubigen schweigen, die Sache dem lieben Gott anheimstellen." Auf ihn trifft das zu, was an anderer Stelle in dem Katechismus gesagt wird: „Welch eine Schmach, wenn einzelne in ihrem Trotz sagen, ich frage nicht nach ihm, er hat mir nichts zu befehlen, er soll seine Messe lesen und damit fertig."

Des Bergmanns Tod.

Ein schweres Grubenunglück wird aus Beuthen (Oberschlesien) gemeldet. Auf der dortigen „Abwehrgrube" gingen am Sonntag durch einen Pfeilereinsturz große Kohlenmassen zu Bruche. Eine an der Unfallstelle beschäftigte Arbeiterkolonne wurde durch die Gesteinsmassen verschüttet. Zwei Bergleute wurden getötet, zwei andere schwer und einige leicht verletzt. Die Verunglückten sind sämtlich Familienväter.

Der Mörder im Talar.

Der Geistliche Hans Schmidt, der in New York seine Geliebte, die Köchin Anna Aumüller, ermordete, war auch im Stadtteil Bürgel in Offenbach im Jahre 1907 kurze Zeit tätig. Er wurde hier aber bald seines Postens enthoben, da es sich herausgestellt hatte, daß Schmidt falsche Papiere bei sich führte und seine Anstellung auf Grund falscher Zeugnisse erfolgt war. Strafrechtlich wurde gegen ihn von der Verwaltungsbehörde nicht vorgegangen, da Schmidt es damals verstand, die Flucht zu ergreifen und sich außerdem bei ihm Anzeichen von Geistesgestörtheit bemerkbar machten. Schmidt kam damals von Aschaffenburg nach Bürgel. Wie das „Mainzer Journal" meldet, war Schmidt früher auch in Mainz tätig, von wo er sich ohne Angabe seines Aufenthaltsortes entfernte. Er war von der Mainzer bischöflichen Behörde bereits seit längerer Zeit suspendiert. Dann tauchte er in München auf und wurde wegen verschiedener Betrügereien dort verhaftet, aber wegen geistiger Minderwertigkeit freigesprochen. Daraufhin wanderte er nach Amerika aus.

Ein Fall von Scheintod.

Auf dem Friedhofe der Prager Vorstadt Weinberge spielte sich am Sonntag eine aufregende Szene ab. In der Friedhofskapelle fand gerade ein Leichenbegängnis statt, als die Trauergäste aus einem Kindersarge, der auf einer Bahre lag, ein deutlich hörbares Geräusch vernahmen. Die Friedhofsbeamten öffneten sofort den Sarg, in dem die 9 Jahre alte Hausbesitzerstochter Wlasta Stepanek leblos und auf der Brust liegend aufgefunden wurde. Das Kind wurde sofort mittels Automobils in das Weinberger Krankenhaus übergeführt, wo die verschiedensten Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, welche aber trotz der geringen Lebenszeichen, die das Kind von sich gab, erfolglos blieben. Es handelt sich um einen Fall vollständiger Körperstarre, die infolge einer schweren Erkrankung aufgetreten war, wodurch die Herztätigkeit ausgesetzt hatte und auch die Aerzte irre geführt wurden. Im Sarg war anscheinend die Starre einen Augenblick gewichen und das Kind hatte sich umgedreht. Die Leiche wurde dann, nachdem der eingetretene Tod einwandfrei festgestellt war, in die Totenkammer gebracht.

Kleine Notizen.

Verzweiflungstat einer Mutter. In der Kasernenstraße in Stuttgart sprang am Montagvormittag eine Frau mit ihren beiden kleinen Kindern vom vierten Stock auf die Straße. Die Frau war sofort tot. Die Kinder wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Rache des Verschmähten. Der neunzehnjährige Buchhalter Benicke aus Meerane und das siebzehnjährige Dienstmädchen Heinke aus Niederneukirch, die ein Liebesverhältnis miteinander hatten, wurden Sonntagabend in Neustadt i. S. von dem früheren Liebhaber des Mädchens, dem achtzehnjährigen Fabrikarbeiter Hertwig, aus Eifersucht erstochen. Hertwig wurde verhaftet.

Von der Cholera. Wie aus Marienbad gemeldet wird, sind die im Isolierhospital untergebrachten Personen, die mit der choleraerkrankten Patientin aus Bosnien in Berührung kamen, nach Ablauf der Beobachtungsfrist vollkommen gesund befunden worden. Die Cholerakranke selbst befindet sich in der Genesung. — In Budapest sind seit fünf Tagen keine Choleraerkrankungen mehr vorgekommen.

Einsturz einer Zuschauertribüne. Während eines Stiergefechts in Miguelturro (Spanien) zwang ein Gewitter das Publikum zum überstürzten Aufbruch. Zahlreiche Zuschauer flüchteten in eine Loge, deren Boden einbrach. Vierzig Frauen und Kinder, sechs Gendarmen und zwei Polizeibeamte wurden verletzt.

Schwerer Flugunfall. In der französischen Ortschaft Carcassonne wollte Sonntag abend ein Sergeant einen Versuchsflug auf einem Militärdoppeldecker unternehmen. Das Flugzeug, ein Voisin, konnte jedoch nicht vom Boden abkommen. Es durchlief eine Strecke von 200 Metern und drang in die umstehende Zuschauermenge ein, von der drei Personen schwer und eine leicht verletzt wurden.

Marktpreise von Berlin am 13. September 1913. nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums. Mais (mixed), gute Sorte 17,00—17,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,90—15,30. Richtstroh 0,00. Heu 5,00—7,40.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 30,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,40—3,00. Zander 1,40—3,20. Hechte 1,30—2,80. Barsche 0,80—2,40. Schleie 1,60—3,50. Bleie 0,80—1,80. 60 Stück Krebse 1,00—45,00.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Kreistag Niederbarnim.

Zu unserem Bericht vom Sonnabend wollen wir noch den Schlußpassus der Erklärung des Landrats nachtragen. Er sagte: Meine Herren! Zum Vergnügen erhebt nicht einmal der vielgeschmähte Niederbarnimer Kreistag Steuern, sondern weil die Steuern notwendig sind, um Aufwendungen zu bestreiten, die dem Kreise durch seine Lage zur Reichshauptstadt erwachsen. Wenn aber der Erlaß der angefeindeten Steuerordnung beschleunigt worden ist, so ist das deshalb geschehen, weil die Einwohner des Kreises es nicht verstehen können, weshalb sie in immer zunehmendem Maße diese Lasten allein tragen sollen, während der größte Grundbesitzer im Kreise und zugleich die steuerkräftigste Stadt des Reiches mit ihrem bald 60 000 Morgen umfassenden Grundbesitz von der Einkommensteuer befreit ist.

Dann ergriffen mehrere Kreistagsabgeordnete das Wort, die sich zum Teil in wenig schmeichelhafter Weise über Berlin ausließen. Eine leibhaftige Exzellenz, Ritter hoher Orden pp., brachte es sogar fertig, von Gesindel zu reden, das unserem Kreise durch die Nähe Berlins aufgehalst werde. Auch der bekannte Freiherr von Zedlitz hat sich dahin ausgesprochen, daß er der Verwaltung des Kreises nur Glück wünschen könne zu der neuen Steuerordnung. Wenn er Landrat des Kreises wäre, würde er Berlin gegenüber genau so verfahren. Auch seine Meinung will er der Stadt Berlin noch sagen. Unsere Genossen gaben die Erklärung ab, daß sie in diesem Falle gegen die Erhöhung der Steuer gestimmt hätten, wenn die Beweggründe dazu vorher bekannt gewesen wären. Sonst würden sie natürlich für die höhere Besteuerung privater Grundstücksspekulanten immer zu haben sein. Nach diesem Vorspiel wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten, deren wichtigster Punkt die Beratung des neuen Statuts der allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim war. Zuerst ein im Reserveleutnantston gehaltenes Referat, und dann prompte Ablehnung fast aller Anträge, die unsere Genossen im Interesse der 80 000 Mitglieder der neuen Kasse gestellt hatten. Die Ablehnung erfolgte selbst in solchen Fällen, wo der Referent ihre Annahme als unbedenklich bezeichnete. Angenommen wurde ein Antrag, der den Beitritt von freiwilligen Mitgliedern bis zum 50. Lebensjahre gestattet. Im Entwurf waren 45 Jahre vorgesehen. Weiter ein Antrag, wonach der Vorstand berechtigt ist, erkrankten Mitgliedern den Aufenthalt in einer Erholungsstätte zu gewähren und außer dem Krankengeld den Betrag des Fahrgeldes, sowie die Kosten des Mittagessens aus Kassenmitteln zu bestreiten. Die Fürsorge für Genesende, namentlich durch Unterbringung in ein Genesungsheim, kann bis zur Dauer von 13 Wochen nach Ablauf der Krankenhilfe gewährt werden. Im Entwurf waren 6 Wochen vorgesehen. Für Mitglieder, welche im Laufe der Woche von einer anderen Kasse übertreten, tritt Befreiung von der Zahlung des Wochenbeitrages ein, wenn sie den zweckentsprechenden Nachweis der Beitragsleistung in der anderen Kasse erbringen. Nach der Vorlage sollte die Erhebung des Beitrages selbst in den Fällen erfolgen, wo derselbe für dieselbe Woche in einer anderen Kasse gezahlt war. Der Entwurf sah weiter die Beschlußfähigkeit des Ausschusses bei 40 Anwesenden vor. Jetzt heißt es die Hälfte. Auch ein Kuriosum sei erwähnt. Bei den Versammlungen des Ausschusses sollten Verhandlungsanträge nur zulässig sein, wenn sie von mindestens 20 Vertretern schriftlich gestellt sind. Demnach konnten die Arbeitgeber, deren Zahl im Ausschuß nur 20 beträgt, selbständig überhaupt keinen Antrag stellen. Es bedurfte erst dieses Hinweises, um die Zahl der Unterzeichner von Anträgen auf 10 herabzusetzen. Ebenso war von uns beantragt, daß die Kündigung oder Entlassung von Angestellten, die der Dienstordnung unterstehen, nach fünfjähriger Beschäftigung nur aus einem wichtigen Grunde stattfinden darf. Dieser Antrag fand Zustimmung.

Alles andere wurde abgelehnt. Beantragt war die Gewährung sogenannter kleinerer Heilmittel und Hilfsmittel bis zum Betrage von 50 M. auszusprechen. Es bleibt bei 30 M.

Abgelehnt wurde weiter unser Antrag, daß die Leistungen der Kasse nicht gekürzt werden, wenn ein Versicherter gleichzeitig aus einer anderen Versicherung Krankengeld erhält. Der Referent wies auf die Unbedenklichkeit der Annahme dieses Antrages hin. Auch der Hinweis unserer Genossen, daß durch eine entgegengesetzte Bestimmung nur die offenherzigen und ehrlichen Mitglieder getroffen werden, vermochte die Herren nicht umzustimmen. Der Ablehnung verfielen auch unsere Anträge, die die Gewährung von Schwangerenunterstützung und Zahlung von Stillprämien vorsahen. Besonders bezüglich der letzteren verwies man uns auf die private Säuglingsfürsorge und — auf die Hilfe der Regierung. Als Sterbegeld sah die Vorlage 50—150 M. vor. Unsere Vertreter beantragten eine Staffelung von 50—180 M. Es erfolgte Ablehnung mit der Begründung, daß man bei der Bemessung der Unterstützungen die größte Vorsicht walten lassen müsse. Auch die beantragte Gewährung von Sterbegeld beim Tode eines nichtversicherten Ehegatten (Familienhilfe) fand wegen der voraussichtlich hohen Belastung keine Gnade. Eine recht engherzige Bestimmung bleibt ebenfalls bestehen. Sie lautet, daß der Erkrankte während desselben Unterstützungsfalles den Arzt nur mit Genehmigung des Vorstandes wechseln darf. Der Abänderungsantrag, der mehr Bewegungsfreiheit verlangte, fiel glatt unter den Tisch. Weitere Anträge, die die Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder von 9 auf 18 und die der Ausschußmitglieder von 60 auf 90 forderten, wurden trotz des Hinweises, daß 80 000 Versicherte, die über so viele Orte zerstreut sind, in solch kleinen Körperschaften keine gerechte Vertretung haben, abgelehnt. Einen geradezu klassischen Beweis von Mittelstandsfeindlichkeit lieferte dies Parlament mit der Ablehnung der Anträge, die eine Kürzung der Arbeitgeberstimmen bei den Ausschußwahlen forderten. Demnach bleibt es bei der Fassung, daß ein Arbeitgeber bis zu 30 Stimmen führen darf, während wir als höchste Zahl 5 gelten lassen wollten. Vom Referenten selbst wurde zugestanden, daß dieser Passus eigens zu dem Zweck aufgenommen sei, um die Großindustrie für ihre höheren Beitragsleistungen zu entschädigen. Die Sozialdemokraten als Retter des Mittelstandes! Auch eine Vereinfachung der Ausschußwahlen konnte nicht erreicht werden. Beantragt war, daß der Kassenbezirk den Wahlbezirk bildet. Nach erfolgter Ablehnung verbleibt es bei der Einteilung in 14 Wahlbezirke, deren jeder getrennt wählt. Auf die Wahlkreisgeometrie kann man gespannt sein. § 93 enthält die Bestimmung, daß der Vorsitzende dem Versicherungsamt — will sagen Landrat — von der Anberaumung jeder Sitzung rechtzeitig Kenntnis zu geben hat. Vergeblich wiesen wir darauf hin, daß es Sache des Versicherungsamtes sei, sich selbst darum zu kümmern. Durch diesen Passus sollen angeblich die guten Beziehungen des Vorstandes zum Versicherungsamt aufrecht erhalten werden. Auch der Antrag, die Beamten der aufgelösten Kassen zu übernehmen, wurde abgelehnt, nachdem der Referent betont hatte, daß es dem neuen Vorstande überlassen bleiben muß, einzustellen, wen er will. Nach dem ganzen Verlauf dieser Beratung wird es Sache der Versicherten sein, bei den kommenden Ausschußwahlen alle Kräfte anzuspannen, um nicht nur den nötigen Einfluß auf die Leitung der Kasse, sondern auch auf die Verwaltungspraxis derselben ausüben zu können. Aus ganz bestimmten Aeußerungen ist zu entnehmen, daß die Organisation der neuen Kasse vom Versicherungsamt übernommen wird.

Punkt 2 der Tagesordnung brachte die Annahme des Antrages auf Beteiligung des Kreises an der zu gründenden Gaswerksvereinigung Niederbarnim-Ost. (Siehe Vorwärts vom 29. August.)

Unter Punkt 3 erfolgte die Wiederwahl der ausscheidenden Kreisausschußmitglieder Freiherr von Veltheim-Schönfließ und Bürgermeister Petzold-Bernau.

Mit der Wahl von Sachverständigen zur Abschätzung der Landlieferungen im Falle einer Mobilmachung erreichte die Tagung ihr Ende.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Der hiesige Wahlverein hält heute, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3, eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Diskussion. 3. Vereinsgelegenheiten. 4. Verschiedenes. Es wird zahlreiches, pünktliches Erscheinen erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Steglitz-Friedenau. Donnerstag, den 18. September, abends 8 Uhr, im „Birkenwäldchen", Steglitz, Schützenstraße: Lichtbildervortrag: „Unsere heutige Kenntnis von der Abstammung des Menschen". Vortragender: Genosse M. H. Baege. Eintritt 20 Pf. Karten sind bei den Bezirksführern und Hauskassierern zu haben.

Der Bildungs- und Jugendausschuß.

Tempelhof. Mittwoch, den 17. d. Mts., abends 8½ Uhr, im „Wilhelmsgarten", Berliner Str. 9: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes.

Adlershof. Heute Dienstag, abends pünktlich 8½ Uhr, findet im Jugendheim der zweite Vortrag „Zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus" statt. Die Genossen werden ersucht, sich rege zu beteiligen. Die Vorträge sind völlig unentgeltlich.

Teltow. Mittwoch, den 17. September, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung.

Potsdam. Am Mittwochabend in allen Bezirkslokalen Zahlabend.

Spandau. Heute Dienstag, den 16. September, abends 8½ Uhr, im Lokal von Emil Köpnick, Pichelsdorfer Str. 39: Mitgliederversammlung (Fortsetzung vom 26. August). 1. Fortsetzung der Diskussion zum Vortrag über den politischen Massenstreik. Der Referent Genosse Emil Eichhorn ist anwesend. 2. Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Provinzialkonferenz.

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Magistrat und der Fall Lanke.

Zu der Erklärung des Landrats von Niederbarnim über die Erhöhung der Kreisumsatzsteuer, die am Sonnabend im Niederbarnimer Kreistag erfolgte, gibt der Berliner Magistrat durch das Nachrichtenamt bekannt:

„Im Niederbarnimer Kreistag hat dessen Vorsitzender am 13. September sich bestrebt, die schwere Klage zu entkräften, welche von der Stadt Berlin und nicht von ihr allein gegen den Kreis erhoben worden ist, weil er die gemeinnützige, opfermütige Erwerbung Lankes mit einer in Eile zustande gebrachten Sondersteuer belegte. Wir nehmen an, daß Berlins Vertretung die nächste in der Oeffentlichkeit sich bietende Gelegenheit wahrnehmen wird, um diesen Widerlegungsversuch im einzelnen zu beleuchten. Nachdrücklich hervorheben müssen wir aber schon jetzt, daß die Beweisführung des Herrn Landrats geeignet ist, den eigentlichen Gegenstand der Beschwerde Berlins aus dem Auge zu rücken und zu verhüllen.

Das gilt besonders von dem Bestreben, die seit Jahren und Jahrzehnten im Kreise Niederbarnim befindlichen Berlinischen Rieselfelder als für den Kreis und dessen Steuerkraft schädlich darzustellen. Berlin wird sicherlich nicht ermangeln, einmal in zusammengefaßter Darlegung vor Augen zu führen, welche weitreichenden Vorteile vermögensrechtlicher und anderer Art die Rieselfelderwirtschaft, die übrigens doch auch an sich lediglich dem öffentlichen Wohle dient und für die Reichshauptstadt nicht Einnahmen, sondern Ausgaben zur Folge hat, gerade im Kreis Niederbarnim bringt. Aber durch solche Erörterungen darf die Stadt Berlin sich ihre gerechte Beschwerde über den vorliegenden Steuerfall nicht hinzögern oder verkümmern lassen. Bei dem Erwerb von Lanke stehen die gemeinnützigen Zwecke weit im Vordergrunde, welche nicht der Rieselwirtschaft Berlins, sondern der Gesundheit und Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung der Großstadt dienen. Zudem handelt es sich hier um die Vorteile oder Nachteile des Berliner Grundbesitzes für den Kreis Niederbarnim überhaupt nicht, sondern darum, ob das Steuerrecht dazu gebraucht werden darf, um einen vor dem Abschluß stehenden einzelnen Rechtsvorgang noch schnell mit einer Steuer zu belegen.

Auch die Reinickendorf—Liebenwalder Bahn steht mit der vom Kreise im Falle Lanke beliebten Handhabung seiner steuerrechtlichen Befugnisse in keinem wie immer gearteten Zusammenhang. Die Darlegungen, welche der Berliner Magistrat hierüber in die Lanker Vorlage aufgenommen hat, beruhen auf zuverlässiger Information. Sie sollen außer Zweifel stellen, daß zugunsten der Bahn kraftkräftige Bestrebungen im Gange sind, denen es, wenn ihnen nicht unnötiger Widerstand entgegengesetzt wird, sicherlich gelingen werde, die jetzt nach allgemeinem Urteil sehr zurückgebliebenen Verkehrsverhältnisse der Bahn zu heben. Diese Bestrebungen finden in weiten Teilen des Kreises Niederbarnim selbst die lebhafteste Unterstützung und entspringen der wohlerwogenen Würdigung starker Interessen, die durch den zu erwartenden gesteigerten Besuch Lankes wesentlich gefördert werden. Es ist also durchaus abwegig, wenn der Versuch gemacht wird, der Stadt Berlin die Verantwortung dafür aufzubürden, ob der Kreis und die sonstigen Teilhaber der Bahn deren Betrieb kräftiger als bisher in die Hand nehmen werden. Und jedenfalls hat diese Frage mit der Besteuerung des Lanker Verkaufes nicht das mindeste zu tun."

Die Staatsregierung wendet sich in einer durch das „W. T. B." verbreiteten amtlichen Erklärung gegen die in der Stadtverordnetenversammlung erhobenen Angriffe, daß sie die vom Niederbarnimer Kreistag beschlossene Umsatzsteuer mit besonderer Beschleunigung genehmigt habe.

In der Erklärung wird weiter der Satz von 1 Proz. als nicht besonders hoch bezeichnet und betont, daß u. a. auch für den Kreis Teltow eine solche Steuer genehmigt worden sei.

An unsere Abonnenten! Unsere Zeitungsausgabestelle, bisher Salzwedeler Str. 8, verlegen wir am Mittwoch, den 17. September, nach der Wilhelmshavener Str. 48, Laden, und die Ausgabestelle, bisher Rheinsberger Str. 67, nach der Wattstr. 9, Laden, an der Usedomstraße. Wir bitten unsere verehrten Abonnenten, alle Bestellungen, Ummeldungen, Inserate usw. vom 18. September ab an die neuen Adressen zu richten.

Die Hauptexpedition.

Frauenmord in der Palisadenstraße.

Gestern vormittag machte ein Beamter des 44. Polizeireviers in der Palisadenstraße einen grauenhaften Fund, der auf ein Kapitalverbrechen schließen läßt. Der Arbeiter Gottlieb Buder, der in der Palisadenstraße 69 im Quergebäude mit seiner am 15. Mai 1845 zu Meseritz geborenen Frau Wilhelmine eine Küche bewohnte, sprang am Donnerstag voriger Woche nachmittags in der Schlesischen Straße in die Spree, wurde aber gerettet und zunächst nach dem Krankenhause am Urban gebracht. Hier erkannte man, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hatte. Der Unglückliche wurde nach Herzberge gebracht, nachdem man ihm eine Verletzung an der rechten Halsseite, deren Herkunft noch nicht bekannt war, verbunden hatte. Gestern vormittag sollte nun ein Beamter des 44. Reviers in der Wohnung feststellen, ob Frau Buder mit der Unterbringung ihres Mannes in der Irrenanstalt einverstanden sei. Der Beamte klopfte wiederholt an die Tür, erhielt aber keine Antwort. Als nun Leute aus dem Hause erzählten, daß sie schon seit Donnerstag voriger Woche Frau Buder nicht mehr gesehen hätten, setzte der Beamte eine Leiter an, öffnete das Fenster und stieg ein. In der ärmlich eingerichteten Behausung bot sich ihm ein schrecklicher Anblick. Auf einem Sack, der auf dem Fußboden ausgebreitet war, lag Frau Buder tot da. Sie lag auf dem Rücken mit einem Kissen unter dem Kopfe. Die Leiche war mit einem Kopftuch zugedeckt. Die Hände waren auf der Brust gefaltet. Als der Beamte das Tuch entfernt hatte, entdeckte er eine große Menge geronnenen Blutes, das aus Mund und Nase geflossen war, und neben dem Kopf auf dem Kissen einen Strick. Bald darauf erschien die Mordkommission, die Kriminalkommissare Hoppe und Schlosser und Beamte des Erkennungsdienstes, außerdem Bezirkskommissar Dr. Grünberg, Amtsrichter Dr. Kohle und von der Staatsanwaltschaft Assessor Dr. Rusche, um den Tatbestand aufzunehmen. Die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Strauch stellten fest, daß der Tod der alten Frau durch Strangulationen herbeigeführt worden ist. Der Täter ist nach den weiteren Ermittelungen der Kriminalpolizei ohne Zweifel der Ehemann der Getöteten, der am 11. Oktober 1847 zu Grutke bei Meseritz geborene Arbeiter Gottlieb Buder. Das wird aus den nachfolgenden Tatsachen geschlossen. Nach seiner Einlieferung im Krankenhause Am Urban begann Buder bald wirre Reden zu führen. Er beklagte sich, daß er seit Jahren verfolgt werde und erzählte, daß er sich jetzt mit dem Beil habe das Leben nehmen wollen, weil seine Frau auch tot sei. Wann und wie die Frau gestorben sein könnte, davon sagte er nichts. Buder wurde nun als geisteskrank sobald als möglich nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht. Die Prüfung des Befundes in der Wohnung und die eigenen Angaben des Mannes lassen erkennen, daß Buder nach Erdrosselung seiner Frau sich die Verletzungen mit dem Messer und dem Beil, die gefunden wurden, selbst beigebracht hat. Von ihm rührt auch die Blutlache am Bett neben der Tür her. Seiner Frau hat er, soweit die Besichtigung der Leiche ergab, mit diesen Werkzeugen keine Verletzungen beigebracht. Um sie zu töten, gebrauchte er lediglich den Strick. So scheint es wenigstens. Genaues kann im einzelnen erst die Obduktion ergeben, die auf heute Dienstag, nachmittag 2 Uhr, angesetzt ist. Die Leiche wurde nach den erforderlichen photographischen Aufnahmen und sonstigen Feststellungen am Tatort nach dem Schauhause gebracht.

Hilflos gestorben!

Ueber den Tod eines Kindes macht man uns Mitteilungen, die sehr befremdlich klingen. Ein in Neukölln wohnendes Ehepaar S. gab einen acht Monate alten Knaben täglich in die Krippe (Kanner Straße), weil neben dem Vater auch die Mutter erwerbstätig war und tagsüber nicht zu Hause sein konnte. Als der Kleine zu kränkeln anfing, versicherte die in der Krippe tätige Pflegeschwester, es sei nur eine Halsentzündung. Das sagte sie auch am Abend des Dienstag, und noch am Mittwoch wurde das Kind wieder zur Krippe gebracht. Am Morgen des Donnerstag aber hatte der Zustand sich so verschlimmert, daß die Mutter mit dem Kleinen nach Berlin zur Klinik in der Ziegelstraße fuhr. Hier erklärte man, es liege eine Lungenentzündung vor, das Kind solle unverzüglich der Charité überwiesen werden. Die Mutter wollte das sofort tun, und zur Beschleunigung nahm sie trotz der Kürze des Weges eine Droschke. Von den Aufnahmeverhandlungen, die in der Charité geführt wurden, gibt sie folgende Schilderung. Sie meint, man habe sie gefragt, ob sie Geld bei sich habe. Nachdem sie das verneint hatte, habe man ihr geraten, den Magistrat von Neukölln um Aufnahme des Kindes im Neuköllner Krankenhaus zu bitten. Man habe ihr jetzt auch gesagt, daß in der Charité gar kein Platz für das Kind frei sei. Ein Beamter der Charité habe noch versucht, durch telephonische Anfrage bei mehreren Anstalten eine Aufnahme zu erwirken, doch sei das erfolglos geblieben. Die Mutter verließ schließlich, so schildert sie weiter den Hergang, mit dem kranken Kinde die Charité, um heimzufahren. Der draußen noch wartende Droschkenkutscher, dem sie erst jetzt die Fahrt von der Klinik zur Charité bezahlte, nahm ihr nicht den vollen Betrag, sondern nur 40 Pf. ab. Dafür fuhr er hilfbereit sie auch noch bis zur Straßenbahn, auf der sie nach Neukölln gelangen konnte. Im Straßenbahnwagen erregte die Mutter, die weinend ihr schwerkrankes Kind in den Armen hielt, Aufsehen bei den Mitfahrenden. Der Schaffner sprach die Vermutung aus, daß das Kind wohl schon im Sterben sei. Als Frau S. in Neukölln vor ihrer Wohnung eintraf, schickte sie in ihrer Angst noch von der Straße aus eine Nachbarin zu einem Arzt. Dieser kam bald, nach Verlauf etwa einer Viertelstunde, aber er konnte nur noch feststellen, daß das Kind schon tot war. In der Krippe, wo die Erkrankung des Kindes für minder schwer gehalten worden war, wunderte man sich nicht wenig über den raschen Tod. Wundern müssen wir uns auch darüber, daß ein so schwer krankes Kind nicht in der Charité zurückbehalten worden ist. Die Frage nach Geld, von der die Mutter erzählt, scheint uns ganz unverständlich. Wenn sie die dort geführten Verhandlungen richtig aufgefaßt hat, so bleibt nur die Annahme übrig, daß in der Charité tatsächlich für das Kind kein Platz zu schaffen war. Wir hätten es dann hier wieder einmal mit einem Fall zu tun, der aufs neue zeigt, wie dringend nötig die Vermehrung unserer Kinderkrankenhäuser ist.

Ein internationaler Lebemann und Schwindler,

der unter den Namen Fürst Dolgoruki, Baron v. Rosen u. a. m. in aller Welt aufgetreten ist und von verschiedenen Strafbehörden gesucht wurde, fiel gestern nach einem neuen Schwindel der hiesigen Kriminalpolizei in die Hände. Am Sonnabendabend machte sich im Metropoltheater bei der Premiere ein Kavalier an zwei Herren heran, stellte sich als Fürst Dolgoruki vor und besuchte mit ihnen später ein Weinlokal in der Jägerstraße. Die beiden Herren waren hier bereits wohlbekannt und ihr Begleiter gab sich den Anschein, als ob er ihr bester Freund sei. So hatte denn der Wirt nicht die geringsten Bedenken, als der ihm sonst fremde Gast ihm die mäßige Zeche mit einem Scheck über 1000 M. auf den Credit Lionais bezahlte. Ohne das geringste Mißtrauen gab er den Ueberschuß heraus. Erst später erfuhr der Wirt, daß die beiden bekannten Gäste ihren Begleiter auch eben erst kennen gelernt hatten und nichts Näheres von ihm wußten. Der Wirt zweifelte nun, daß der Name des Gastes auf dem Scheck richtig sei, und machte Anzeige bei der Polizei. Diese ermittelte gestern den Verdächtigen in einem anderen Nachtlokal und nahm ihn fest. Der Verhaftete entpuppte sich als ein 1885 geborener kurländischer Baron Iwan Engelhardt, der früher in einem russischen Regiment Offizier war, seitdem aber ohne Geld den Globetrotter spielte und überall Schulden machte und Betrügereien verübte.

Aus der Krankenhausverwaltung.

Die jüngste Sitzung der städtischen Krankenhausdeputation hat verschiedene die Allgemeinheit interessierende

Beschlüsse gezeitigt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte bekanntlich zur Beschaffung von 200 Milligramm Mesothorium 20 000 M. bewilligt; außerdem erklärte sie sich mit dem vom Magistrat vorgeschlagenen Ankauf von 600 Milligramm Radium zum Preise von 222 000 M. einverstanden. Für die Behandlung geeigneter Krebskranken mit diesen sogenannten radioaktiven Stoffen sollen zunächst im Virchowkrankenhause 20 Betten zur Verfügung gestellt werden. Hier sollen Kranke aus allen Anstalten — auch den Siechenhäusern — unter Aufsicht ihrer Aerzte behandelt werden. Hoffentlich gehen die Erwartungen, welche an diese neue Behandlungsart sich knüpfen, in Erfüllung. — Alsdann gelangte jener Fall zur Verhandlung, der den Lesern des „Vorwärts" noch aus einer Beschwerde vom 1. August in Erinnerung sein dürfte. Im Kinderkrankenhause an der Reinickendorfer Straße war eines Nachts ein zehnjähriger Knabe, der mit Scharlach eingeliefert worden war, aus seinem Bett aufgestanden, zog die Hose eines anderen kranken Knaben an und sprang durch das offene Fenster des im Erdgeschoß liegenden Saales aus einer Höhe von etwa zwei Metern in den Garten hinab. Er erhob sich unverletzt vom Rasen, lief nach dem Tor der das Anstaltsgrundstück gegen die Straße abgrenzenden Mauer, kletterte über die Eisenstangen der Gittertür und gelangte ohne Sturz glücklich ins Freie. Er war aber inzwischen bereits bemerkt worden, und eine mit dem Portier nacheilende Schwester erwischte auf der Straße den kleinen Ausreißer. Die Schuld an dem Fluchtversuch des kranken Kindes traf nicht die diensttuende Nachtschwester, die in jener Nacht mehrere Räume mit zusammen 45 Kindern gleichzeitig zu beaufsichtigen hatte. Hier lag eine bedauerliche Unzulänglichkeit der Beaufsichtigung vor; die Krankenhausdeputation mußte eingreifen und schleunigst das Nötige tun, um eine Wiederholung solcher Fluchtversuche nach Möglichkeit zu verhüten. Der von einer Seite gemachte Vorschlag durch Einbau von Fensterscheiben in die Trennungswände der Krankenzimmer des Scharlachpavillons der diensttuenden Schwester einen besseren Ueberblick über die Patienten zu ermöglichen, wurde als unzweckmäßig empfunden. Angenommen wurde der Antrag des Genossen Dr. Weyl, eine Reorganisation des Pflegedienstes vorzunehmen, um die Räume durch eine größere Anzahl von Schwestern beziehungsweise Pflegerinnen überwachen zu lassen. — Am 29. Mai d. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats beschlossen, den zwischen der Stadtgemeinde und der königlichen Charité bestehenden Vertrag vom 31. März 1879 — betreffend die Errichtung eines Irrendepots in der Charité — zu kündigen. Unter willkürlicher Ausnutzung der städtischen Langmut und der städtischen Finanzen hatte die Charitédirektion ohne vorherige Genehmigung der Stadt oder der Armendirektion alle Woche ihre überzähligen Geisteskranken nach Dalldorf abgeführt, auf Grund dieses ganz unglücklich gefaßten Vertrages; Es war der Charité gleichgültig, ob eine Verpflichtung der Stadt bestand oder nicht. Nicht nur diejenigen, die Ortsangehörige waren, wurden uns zugewiesen, sondern alle, die sie nicht mehr gebrauchen konnte, die sie los werden wollte. Bei der Besprechung dieser Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung führte der Redner unserer Fraktion, Genosse Dr. Zadek, aus, daß jetzt, wo wir die Charité nicht mehr brauchen, die Stadt auch die Pflicht hat, bei plötzlichem Ausbruch gemeingefährlicher Geisteskrankheit, für Tobsüchtige usw. besser zu sorgen als bisher. Künftig sollen die Geisteskranken unmittelbar einer städtischen Irrenanstalt zugeführt werden und in besonders eiligen Fällen eine vorübergehende Aufnahme in einem städtischen Krankenhause finden. Dazu sind erforderlich mehrere sichere Isolierräume und genügendes sachverständiges Wartepersonal. Im Verfolg dieser Betrachtungen beantragte nunmehr Genosse Dr. Weyl in der Krankenhausdeputation: in allen städtischen Krankenhäusern ausreichende Einrichtungen zur vorübergehenden Unterbringung von Geisteskranken zu treffen. Nach den Feststellungen der Verwaltung sind im Urban- und im Virchow-Krankenhause geeignete Räume und geschultes Wartepersonal vorhanden. Auch im Moabiter und Friedrichshain-Krankenhause mangelt es nicht an sicheren Isolierräumen, wohl aber an geeigneten Pflegern. Der obige Antrag unseres Genossen wurde zum Beschluß erhoben, und die zuständigen Direktionen angewiesen, für schleunige Ausbildung einer Anzahl Pfleger in der Wartung von Geisteskranken Sorge zu tragen.

Unter einem umstürzenden Wagen erdrückt.

Einen schrecklichen Tod fand der 33jährige Arbeiter Paul Schneider, Schenkestr. 6a zu Karlshorst. Sch. war in der Dampfsägerei von Radge am Wilhelmsstrand in Ober-Schöneweide beschäftigt. Als er am Sonnabendabend mit anderen Kollegen einen Wagen, der mit Holzplatten hochbeladen war, über den Hof nach der Hebebühne transportierte, kippte das Gefährt, dessen Ladung verrutscht war, plötzlich um. Während es den anderen Arbeitern gelang, sich schleunigst in Sicherheit zu bringen, konnte Sch. nicht mehr zur Seite springen. Er wurde unter dem Wagen und der Ladung begraben. Obwohl sich die Kollegen sofort daran machten, den Verunglückten aus seiner qualvollen Lage zu befreien, vermochte man Sch. nicht mehr zu retten. Der Bedauernswerte war unter der schweren Last erdrückt worden. Er hinterläßt eine Witwe mit mehreren unmündigen Kindern.

Am Donnerstag, den 18. September, abends 8½ Uhr, geben die Thiloschen Chöre mit dem gesamten Berliner Philharmonischen Orchester im großen Saal der Brauerei Friedrichshain ein Konzert. Zur Aufführung gelangen u. a. „Matrosenchor" aus dem „Fliegenden Holländer" von Wagner, Erntelied von Fried, Chor mit großem Orchester. Als Solist ist der erste Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters, Herr Thornberg, gewonnen. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Metropol-Theater. Auf das Genre des Metropol-Theaters hat die von den Berliner Gemeindebehörden beschlossene Lustbarkeitssteuer einen bestimmenden Einfluß geübt. Die seit elf Jahren im Metropol gepflegte Jahresrevue, welche der neuen Steuerordnung unterliegen sollte, ist ersetzt worden durch das Schaustück. „Die Reise um die Erde in 40 Tagen" ist die diesjährige Herbstnovität betitelt, die in Anlehnung an die Idee des Jules Verneschen Romans in drei Akten und 19 Bildern die Reiseabenteuer des Sohnes von Philius Fogg auf die Bühne bringt, die er auf der von ihm infolge einer Wette unternommenen Weltreise überstehen muß. Die Reise führt uns nach Rußland, Sibirien und China. Wir erleben die Paß- und Zollplackereien, die durch den Rubel beseitigt werden. Die Schwierigkeiten der Beförderung in dem schneeverwehten Sibirien kommen uns zum Bewußtsein und schließlich genießen wir die Pracht eines Festes in Peking. Dann geht die Reise nach Japan, wo wir die den Geist zerrüttenden furchtbaren Wirkungen des Dämons Opium in ihrer ganzen Tragweite kennen lernen. In bunter Abwechselung begleiten wir Mister Fogg mit seinem Kammerdiener Passepartout nach dem Hafen in New York, sehen einen Ball an Bord, eine Katastrophe, den Kampf mit den Wellen, landen in Cherbourg, von wo aus es im Aeroplan zurück nach London geht, wo nach Ueberwindung der ersten Einbildung, die gemachte Wette verloren zu haben, ein großes Fest im Exzentriklub stattfindet.

Das neue Stück ist reich an interessanten witzigen Einfällen und hübschen Schlagern, wozu Jean Gilbert die Vertonung geliefert hat. Und was die Hauptsache ist, es gibt der rührigen Direktion von neuem Gelegenheit zu großartiger Prachtentfaltung sowohl was Beleuchtung wie Kostümierung betrifft. Eine solche Modenschau, wie sie im Schlußbild zu Tage tritt, dürfte kaum gesehen worden sein. Das trifft aber auch auf das Premierenpublikum am Sonnabend zu. Welcher Aufwand von der Berliner Gesellschaft da gezeigt wurde, ist kaum zu sagen.

Um das Gelingen der Neuheit machten sich wie immer Giampietro (als Mister Fogg) und Guido Tielscher (Kammerdiener Passepartout) verdient, zu denen sich die Herren Bachmann und Alfred Schmasow und die Damen Ballot und Ruska gesellten.

Schwere Straßenbahnunfälle.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern morgen gegen ¾7 Uhr in der Prenzlauer Allee ereignet. Dort versuchte an der Ecke der Wichertstraße der Arbeiter Karl Stegemann auf einem Zweirade vor einem in der Richtung nach Mariendorf fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 73 das Gleis zu kreuzen. Er wurde jedoch angefahren, umgestoßen und geriet unter den Vorderperron, mit dem rechten Arm unter den Schutzrahmen. Der Verunglückte wurde durch Anheben des Wagens befreit und dann nach der nächsten Unfallstation gebracht. Hier wurde festgestellt, daß Stegemann einen Bruch der Wirbelsäule erlitten hatte. In hoffnungslosem Zustande fand der Arbeiter Aufnahme im Krankenhause Friedrichshain.

Vor dem Hause Invalidenstraße 152 wollte Fräulein Johanna Schwarz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie G das Gleis überschreiten, sie wurde von dem Bahnwagen erfaßt und umgestoßen. Die Sch. geriet mit beiden Beinen unter das Schutzbrett des Vorderperrons und trug Bruch beider Oberschenkel davon. Nachdem die Verunglückte auf der nächsten Unfallstation Notverbände erhalten hatte, wurde sie nach dem Krankenhause Friedrichshain geschafft.

Der Zirkus Busch eröffnete am Sonnabend seine diesjährige Saison mit einem ausverkauften Hause. Fast scheint es, als ob die zirzensische Kunst ihr bestimmtes Publikum hat, das mit Ungeduld des Tages harrt, an dem auf diesem Gebiet die Saison beginnt. Das Programm wies neben einer Reihe von Freiheitsdressuren einige besonders sensationelle Darbietungen auf. In Kapitän Wall, dessen Vorführungen mit seinen Alligatoren lebhaftes Interesse erregten, sahen wir einen vorzüglichen Taucher, der unter dem Wasser raucht, ißt, trinkt und arbeitet. Als artistisches Rätsel war schon Tage vorher „Das Mirakel" angekündigt worden. Wenn auch dieses Mirakel hoch oben an einer globusartigen Kugel mit dem Kopf nach unten hängend geht und mit dem Fahrrad gefahrvolle Fahrten ausführt, so schien es doch, als ob sich das Publikum seine eigenen Gedanken machte. Denn ohne elektrische Energie oder magnetische Kraft wäre dem Mirakel das „artistische Rätsel" wohl nicht geglückt.

Aus der Fülle des Gebotenen erwähnen wir außerdem die von Herrn Emerich Ankner auf einem Schimmel aus dem russischen Gestüt Orloff gerittene hohe Schule, sowie die Pferdedressur des Herrn Jean Bono mit seinen vier Schimmelhengsten als Turmspringer. Die Tricks des Mr. Bricet in der Szene „Mensch oder Puppe" wirkte zwar verblüffend, doch konnte man sich des Gefühls nicht erwehren, daß der „Puppenmensch" sich die Möglichkeit, eine schlenkernde Puppe nachzuahmen, durch einige Schmerzen erkaufen muß. Das Corps de ballet bot dem Auge eine Reihe farbenschöner und abwechselungsreicher Bilder und für die Anregung der Lachmuskeln sorgen wie üblich die Clownspäße.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Bierwagen, bei dem drei Personen verletzt wurden, kam es am gestrigen Montagvormittag gegen ½9 Uhr in der Belle-Alliance-Straße. Dort wollte an der Ecke der Teltower Straße der Führer eines Bierwagens kurz vor einem nach Mariendorf fahrenden Straßenbahnzuge der Linie 70 das Gleis kreuzen. Er hatte jedoch die Entfernung zu kurz bemessen und wurde angefahren. Infolge des Anpralles wurden der Kutscher Wilhelm Geisler und der Mitfahrer Wilhelm Müller von ihren Sitzen geschleudert. G. erlitt Hautabschürfungen im Gesicht, M. eine Verstauchung des rechten Fußgelenkes. Der Straßenbahnführer Wolter trug einen Bruch des rechten Knöchels davon. Müller und Geisler erhielten in der nahen Unfallstation am Tempelhofer Ufer ärztliche Hilfe und konnten ihren Weg fortsetzen. Der Straßenbahnbeamte dagegen wurde nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof und von dort, nachdem er Notverbände erhalten hatte, nach dem Urbankrankenhause geschafft. An dem Bahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt.

Am Grabe seiner Kinder erschossen hat sich gestern nachmittag der 65 Jahre alte Schlosser Friedrich Weidner aus der Burgsdorfstr. 13. Der betagte Mann lebte mit seiner Frau in glücklicher Ehe, aus der zwei Kinder, eine Tochter und ein Sohn, hervorgingen, die jetzt 21 und 18 Jahre alt waren. In den letzten Monaten erkrankten beide Kinder und starben kurz nacheinander. Dieser herbe Verlust machte den Vater schwermütig. Gestern nachmittag verließ er, während seine Frau allein zu Hause blieb, die Wohnung und besuchte die Gräber der Verstorbenen auf dem städtischen Friedhof an der Ecke der Müller- und Seestraße. Hier schoß er sich eine Kugel in den Leib. Eine Frau, die später den Friedhof aufsuchte, fand den ihr unbekannten Mann tot daliegen und machte dem Inspektor Mitteilung. Dieser ließ die Leiche nach dem Schauhause bringen, wo die Persönlichkeit festgestellt wurde. Die Leiche ist wahrscheinlich noch beraubt worden, denn auch die Waffe wurde nicht gefunden.

Die Leiche einer unbekannten Frau von etwa 35 bis 40 Jahren wurde gestern vormittag gegen 9 Uhr vor dem Grundstück Weiganufer 25 aus dem Neuköllner Stichkanal gelandet. Die Tote ist mittelgroß und trug einen schwarzen Rock, eine schwarze Bluse, ebensolche Achselschürze und Schnürschuhe und ein dunkles, gestreiftes Umschlagetuch. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zwei Selbstmorde aus Nahrungssorgen. In seiner Wohnung Beckerstr. 20 in Schöneberg hat sich am gestrigen Montag der 51jährige Chemiker Ludwig S. das Leben genommen. Er hatte vor etwa drei Monaten infolge längerer Krankheit seine Stellung verloren und bemühte sich nach seiner Gesundung vergeblich um neue Beschäftigung. Da alle seine Bemühungen vergeblich waren, geriet er schließlich in große Not und wurde schwermütig. Als auch gestern seine Hoffnung, eine Stellung zu finden, sich nicht erfüllte, nahm er in seiner Wohnung, als er allein zu Hause war, Gift, dem er erlag, ehe Hilfe zur Stelle war. — Wegen langer Stellungslosigkeit hat sich gestern der 52jährige Kaufmann Paul Merfeld aus der Düsseldorfer Str. 14 erschossen. Auch er konnte trotz eifrigster Bemühungen keine Stellung finden. Obwohl er gute Zeugnisse aufzuweisen hatte, wurde er überall seines Alters wegen abgewiesen. Aus Verzweiflung über die trostlose Lage, in der sich M. befand, verübte er gestern Selbstmord, indem er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe schoß. Der Kaufmann wurde zwar noch lebend aufgefunden, verstarb jedoch ehe der herbeigerufene Arzt zur Stelle war.

Sportpark Treptow. Die Rennen am Sonntag, die in der Hauptsache aus Dauerrennen bestanden, zeitigten in denen der Klasse A hübsche Kämpfe. Demke und Przyrembel konnten je einen Lauf auf ihr Konto bringen. Auch Schulze hielt sich gut, hatte aber unter Motorschaden zu leiden. — Im Rennen der Klasse B erwies sich Jenske als der beste Mann; Schrinner kam nur durch das Versagen von Jenskes Motor an die Spitze. — Einige Fliegerrennen vervollständigten das Programm. Die Rennen verliefen ohne Unfall und hatten einen guten Besuch aufzuweisen.

Ergebnisse: Hauptfahren. 40, 30, 20, 10 M. 1. Hoffmann, 2. Pawke, 3. Rabe, 4. Amort. — Prämienfahren. 40, 25, 15 M. 1. Pawke, 2. Hoffmann, 3. Amort. — Verfolgungsrennen. 1. Häusler-Theiß-v. Natzmer, 2. Amort-Rabe-Ehlert. — Dauerrennen. 15 Kilometer (Klasse B): 1. Jenske, 2. Schrinner, 3. Bordoni. — 20 Kilometer (Klasse A): 1. H. Przyrembel, 2. Demke, 3. A. Schulze. — 25 Kilometer (Klasse B): 1. Schrinner, 2. Jenske, 3. Bordoni. — 40 Kilometer (Klasse A): 1. Demke, 2. Przyrembel, 3. Schulze. — Ausscheidungsfahren: 1. Pawke, 2. Rabe, 3. Häusler.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Wo die Polizei ist und wo sie nicht ist. Ueber diese Frage, so wird uns geschrieben, können die Anwohner der Rittergutstraße zurzeit lehrreiche und interessante Betrachtungen anstellen. Besagte Straße liegt in einer Gegend, „wo sich die Füchse gute Nacht sagen". Allerdings hat hier die Konsumgenossenschaft für Groß-Berlin ihre Anlagen, bei denen sich auch eine Anzahl Wohnhäuser befindet. Andere Wohnhäuser gibt es in dieser Straße noch nicht viel. Dagegen ist dieselbe mit industriellen Anlagen ziemlich dicht besetzt. Das letztere hat zur Folge, daß die Straße vor Beginn und nach Schluß der gewöhnlichen Arbeitszeit nicht stark belebt ist. Das haben die Anwohner derselben schon wiederholt recht übel empfinden müssen; denn die Stille und Abgelegenheit haben sich schon wiederholt Rowdys zunutze gemacht, um anständige Passanten — Männer, Frauen und Kinder ohne Ausnahme — in übler Weise zu belästigen. Nicht nur, daß zur Nachtzeit von der Arbeit oder aus Sitzungen heimkehrende anständige Arbeiter belästigt und auch mißhandelt worden sind: die Frechheit mancher Burschen geht sogar so weit, daß bei hellichtem Tage — in der stilleren Zeit — Frauen und Kinder in der unflätigsten Weise belästigt und verfolgt werden. Dieses schamlose Treiben kann ungestört vor sich gehen, weil es der Lichtenberger Polizei anscheinend bisher an Beamten gefehlt hat, um hier für Sicherheit zu sorgen. Denn bekannt muß es der Polizeiverwaltung sein, daß sich hier solche fragwürdigen Elemente herumtreiben. So wurde im vorigen Jahre ein gefährlicher „Kinderfreund" durch einige beherzte Passanten festgenommen und der Polizei eingeliefert. Von den vorgekommenen nächtlichen Ueberfällen wird sicher die Polizei auch schon erfahren haben. Trotzdem aber hat es ihr anscheinend an den nötigen Kräften gefehlt, um hier genügende Aufsicht ausüben zu können. Das wird nunmehr voraussichtlich anders werden; denn seit einigen Tagen ist hier ständig ein Schutzmann postiert, zeitweise waren es sogar zwei. Es ist hier nämlich in einem Betriebe der Metallindustrie ein Streik ausgebrochen und da sorgt die Polizei jetzt für die nötige „Ordnung". Die Herren Schutzleute, die damit betraut sind, haben einen sehr leichten Dienst, da die Ordnung durch den Streik absolut nicht gestört ist. Die Anwohner der Rittergutstraße dürfen daher wohl in der festen Zuversicht leben, daß in Zukunft auch dann Schutzleute in dieser Straße anzutreffen sind, wenn es notwendig sein sollte, anständige Leute und besonders Frauen und Kinder vor den Angriffen verkommener Elemente zu schützen. Die Lichtenberger Polizei wird ja wohl nicht den Nachweis erbringen wollen, daß sie nur dann zur Stelle ist, wenn es gilt, Unternehmerinteressen zu schützen.

Neukölln.

Krankenkassen-Ausschußwahlen. Die einzelnen Gewerkschaften und die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe werden dringend ersucht, die Namen für die Kandidaten der Arbeitnehmer umgehend bei Albert Hendrischke, Thomasstr. 26, oder im Bureau des Wahlvereins, Neckarstr. 3, abzugeben.

Schöneberg.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich gestern morgen um ½7 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz zugetragen. Als der 18jährige Ernst Ziegler aus der Potsdamer Straße 78 auf dem Wege nach seiner Arbeitsstelle auf einem Zweirade den Platz passierte, kam ihm ein Autoomnibus der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft entgegen. Der Chauffeur gab, als er des Radlers ansichtig wurde, Warnungssignale. Z., der nach langer Pause gestern zum erstenmal wieder Rad fuhr, wurde durch die Zurufe des Chauffeurs offenbar verwirrt und unsicher. Er bog nicht weit genug aus und stieß gegen die Seitenwand des Kraftwagens. Der Zusammenprall war so heftig, daß der Radfahrer in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. In besinnungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach der nahen Unfallstation in der Vorbergstraße gebracht, wo der Arzt einen Schädelbruch und einen Bruch des linken Unterschenkels feststellte. Ehe dem Schwerverletzten Notverbände angelegt werden konnten, verstarb er.

Alt-Glienicke.

Eine Arbeiter-Samariter-Kolonne hat sich auch im hiesigen Orte gebildet; dieselbe macht sich zur Aufgabe, ihre Mitglieder auszubilden in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen und Erkrankungen. Die neugegründete Kolonne hat im Monat September ihren ersten Lehrkursus begonnen. Der nächste Lehrabend findet heute Dienstag, den 16. September, und zwar in dem Lokal von Fritz Bah, Köpenicker Str. 45, statt. Jeder, der sich der guten und interessanten Sache widmen will sowie Gäste sind willkommen.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Die bösartigen Hunde, die unseren alten Genossen Rühl überfallen und übel zugerichtet hatten, treiben nach wie vor ihr Unwesen, so daß einige Einwohner schon öffentlich um Schutz ersucht haben. In einem „Mehrere Einwohner" unterzeichneten „Eingesandt" der „Niederbarnimer Zeitung" wird behauptet, daß die Hunde als bissig bekannt seien, schon verschiedentlich Radfahrer vom Rade geholt und kürzlich einen Passanten gestellt hätten; es wird festgestellt, daß alle diese Vorgänge den Besitzer noch nicht bewegt haben, den Hunden Maulkörbe anzulegen. „Noch am letzten Donnerstag führte er seine Hunde — so wird mitgeteilt — aufs neue ohne Maulkorb, ohne Leine spazieren. Flugs stürzten sich die Tiere auf eine Radlerin, und nur durch das Hinzuspringen von Spaziergängern wurde größeres Unheil vermieden." Die Einsender fordern deshalb im Interesse sämtlicher Einwohner, daß bei der Polizeiverwaltung die Untersuchung und eventuelle Tötung der gemeingefährlichen Tiere beantragt wird. Das ist bereits von dem Verletzten, dessen Zustand sich verschlimmert hat, geschehen. Als Charakteristikum wollen wir noch erwähnen, daß Frau Gruhn sogar noch versucht haben soll, den Ueberfallenen für das Vorkommnis selbst verantwortlich zu machen, indem sie den stets nüchternen Mann der Trunkenheit verdächtigte und ihm vorwarf, er hätte doch nicht mit den Füßen um sich stoßen sollen. Es ist höchste Zeit, daß die Polizei sofort Maßnahmen trifft, die eine weitere Gefährdung von Passanten durch diese bösartige Tiere unmöglich macht.

Potsdam.

Bei der stattgefundenen Krankenkassenwahl entfielen auf Liste 1 (Gewerkschaftskartell) 1490 Stimmen und auf Liste 2 (nationale Arbeiter) 710 Stimmen. Liste 1 erhält somit 34 Sitze und Liste 2 erhält 16. 13 Stimmen waren ungültig. Im ganzen wurden 2213 Stimmen abgegeben. Bei den Arbeitgeberwahlen erhielt Liste 1 (Freie Vereinigung für soziale Versicherung) 12 Stimmen und Liste 2 (vereinigte Innungsmeister) 361 Stimmen, so daß Liste 1 einen Vertreter und Liste 2 24 Vertreter hat.

Spandau.

Die Einweihung des neuen Rathauses fand gestern in Gegenwart von 200 geladenen Gästen statt. Vor und während dem auf Kosten der Steuerzahler veranstalteten Festessen wurden die üblichen Hochs und Trinksprüche ausgebracht. Unsere parteigenössischen Stadtverordneten hatten ihr Erscheinen zu der Einweihungsfeier abgelehnt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 17. September, abends 5 Uhr, im Rathaus, Hauptstraße 38/40 (großer Sitzungssaal).

Glienicke. Mittwoch, den 17. September, abends 8 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 18.

Spandau. Donnerstag, den 18. September, nachmittags 4½ Uhr, im alten Rathause.

Frauen-Leseabende.

Adlershof. Morgen Mittwoch, den 17. September, 8½ Uhr, im Jugendheim: „Bebel und die Frauen." Referentin: Genossin Siebel-Neukölln.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin-West. Morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr: Versammlung im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 3. Vortrag. Diskussion. Gäste willkommen.

Wetterprognose für Dienstag, den 16. September 1913.

Zunächst mild, vielfach wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung, nachher kühler.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.